Antifa-Nachrichten-Doku

#4 - März '95
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

NAZIS INS MUSEUM!





Verzeiht!

Mit einer Arroganz, wie sie uns doch eigentlich fremd ist, gehen wir um mit den Sorgen und Kritiken, die uns besorgte MitbürgerInnen nahebringen. Was tun wir damit? Wir legen sie ab unter "erledigt" und freuen uns der wenigen warmer Tage, die wir hatten. Aber nee, das stimmt gar nicht, Anregungen und Kritik sind willkommen und werden auch sehr ernstgenommen. Schließlich soll die Zeitung denjenigen gefallen, die sie lesen und benutzen. Sinnlos ist allerdings die Bitte, uns weiterhin zu einer Änderung des Titels zu drängen, keine Chance!

Eine Kritik war, daß die Abonnements nicht mehr in einem Briefumschlag verschickt werden, sondern nackt wir ein neugeborenes Baby. Da es aber viele Menschen gibt, die nicht wollen, daß andere merken, daß sie ein Baby kriegen, haben sie uns gebeten, doch wieder 'nen Umschlag drumzupacken. Na gut, nehmen wir eben die immens höheren Portokosten auf uns, auch auf die Gefahr hin, daß wir uns damit finanziell übernehmen, Schulden machen müssen, am Hungertuch nagen, Banken und alte Frauen überfallen müssen, nur um die Umschläge bezahlen zu können. Okay...

Ende.

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir keine extra Benachrichtigung, also selber merken!

MARKTPLATZ

Die Was geht ab? weiterverkaufen!

JedeR kann die Zeitung weiterverkaufen! Sie kann bei uns entweder gegen Vorkasse (bar oder Scheck) oder mit Kopie des abgestempelten Einzahlungsbelegs der Bank geordert werden. Versand auf Kommission machen wir nicht. Der Preis beträgt dann pro Exemplar 2,50 DM plus 6,00 DM Versandpauschale.

Inhalt:

Was geht ab?

Postfach 110 331
10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95
Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-1041
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw.: WGA

Folgende Quellen haben wir für diese Ausgabe benutzt:

AIM = Antifa-Ini Berlin-Moabit
AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa-Aktion Lörrach
Antifa Infoblatt
Antifa REM
Autonome Antifa Saarbrücken
Berliner Linke
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
bnr = Blick nach Rechts
BZ = Berliner (Springer-) Zeitung
DF = Deutschlandfunk
FAZ = Frankfurter Allgemeine
Focus
FR = Frankfurter Rundschau
Grüne/Bündnis 90
HAZ = Hannoversche Allgemeine
JW = Junge Welt
ND = Neues Deutschland
NE = Nation + Europa
RSZ = Rheinbacher Stadtzeitung
SZ = Süddeutsche Zeitung
TATblatt
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
Welt
WaS = Welt am Sonntag
WGA = Eigener Bericht
WSS = Wochenspiegel Walsrode

So funxioniert diese Zeitung:

Die ***Was geht ab?*** ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** (fällt diesmal aus Platzgründen aus), diesmal **Antifa-Kontaktadressen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- O **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**
  - O **Anfangs-Abo (#1-7) für 20 DM**
  - O **Einfaches Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**
  - O **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**
- O **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**
  Bitte schickt mir _________ Exemplare der #_______
  für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale
  - O **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Impressum

Was geht ab? #4
Erscheinungsdatum:
1. März 1995
2. Jahrgang
Herausgeber:
A-Point e.V.
Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin
ViSdP: Kai Mara
Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin

Bundesweit

FAP und NL verboten

JW, Taz u.a. 25.2.95, WGA - Am 24. Februar '95 wurden die bundesweit operierende ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*** und die vor allem in Hamburg aktive ***Nationale Liste (NL)*** vom Bundesinnenministerium bzw. vom Hamburger Innensenator als faschistische Organisationen verboten. Bundesweit durchsuchte die Polizei 60 Wohnungen beider Organisationen. Dabei wurde das übliche Propagandamaterial, Organisationsunterlagen und EDV-Geräte beschlagnahmt sowie der Rest des Vermögens eingezogen. In Kassel wurden zudem sechs Karabiner mit aufgepflanzten Bajonetten gefunden. Seit September 1993 war beim Bundesverfassungsgericht (BVG) ein von der Bundesregierung und vom Bundesrat angestrengtes Verbotsverfahren gegen die beiden Parteien anhängig. Dieses wurde am 22. Februar mit dem Beschluß beendet, daß die FAP keine Partei sei. Damit war die Verbotskompetenz wieder an die Innenministerien des Bundes und der Länder zurückverwiesen worden, die schon lange angekündigt hatten, im Falle des Scheiterns eines Parteienverbots die FAP mit Hilfe des Vereinsgesetzes zu belangen. Die FAP war 1979 gegründet worden und zunächst nur regional im Raum Stuttgart aktiv. Dies änderte sich, als nach dem Verbot der Kaderorganisation ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)*** deren Mitglieder begannen, systematisch die FAP zu unterwandern. Spätestens seit 1989/90 erlebte die FAP einen Aufschwung. Unter der Führung des Altnazis und Terroristen **Friedhelm Busse** und unter Mithilfe von Kadern wie **Thorsten Heise** oder **Norbert Weidner** wurden Kontakte zu vielen anderen Organisationen geknüpft. Auch durch das Verbot verschiedener Organisationen wie der NF oder der DA gewann die FAP an Bedeutung im Neonazi-Spektrum. Allein zwischen 1992 und '93 verdoppelte sich die Mitgliederzahl. Selbstredend trug die FAP auch Initiativen wie der ***Anti-Antifa*** mit, die ursprünglich von **Christian Worch** ins Leben gerufen wurde. Worch ist bis zuletzt Vorsitzender der nun ebenfalls verbotenen NL gewesen. Zusammen mit **Thomas Wulff („Steiner")** machte er die NL auch zu einer der bundesweit wichtigsten Nazi-Kaderorganisation. Zwar kam das Verbot zum jetzigen Zeitpunkt relativ überraschend, jedoch waren die Nazis seit geraumer Zeit auf diesen Schlag vorbereitet: Seit die Behörden mit den Verboten angefangen haben, ist eine Neuorganisation der Szene zu beobachten. Mittlerweile zehn Organisationsverbote und die Verhinderung mehrerer großer Aufmärsche blieben nicht ohne Wirkung auf die Strategie der Neonazis. Seit 1992 ist eine Umstrukturierung im großen Stil zu beobachten, hin zu unübersichtlichen, schwer zu überwachenden Kleinstgruppen, die untereinander konspirativ Kontakt halten. Auch die FAP existierte zum Schluß größtenteils nur noch auf der formalen Ebene, die Kreisverbände waren schon zum Jahresende 1994 zu „autonomen Kameradschaften" übergegangen. Lediglich auf lokaler Ebene wie in Berlin bot die FAP auch noch einen Rahmen zur Rekrutierung von neuen Leuten, vor allem von Jugendlichen. Doch die Umstrukturierung hat noch eine andere Auswirkung: Die lange verfolgte Strategie der „Wiederzulassung der NSDAP mit legalen Mitteln" scheint vielen Neonazis inzwischen aussichtslos, daher rü-

Auszüge aus dem Beschluß des Verfassungsgerichts

Weil die FAP keine Partei ist, hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts die Anträge der Bundesregierung und des Bundesrates auf ein FAP-Parteienverbot zurückgewiesen. Eine Partei müsse ihrer Absicht „an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, ernsthaft verfolgen". Vereinigungen, die dazu „nach ihrem Organisationsgrad und ihren Aktivitäten offensichtlich nicht imstande sind", bei denen „die Verfolgung dieser Zielsetzung erkennbar unrealistisch und aussichtslos ist", sieht das Gericht nicht als Parteien an. Zu diesen sonstigen Vereinigungen zählt das Gericht die FAP mit ihren bundesweit offiziell etwa 400 Mitgliedern. In dieser Dokumentation des Ablehungsbeschlusses des BVG wurde das Wort „Antragsgegner" durch „FAP" ersetzt:

"Die FAP gliedert sich formal in einen Bundesvorstand und eine Mehrzahl von Landesverbänden, die zum Teil über einige Untergliederungen auf Kreisebene verfügen. Angesichts der geringen Zahl der Mitglieder besteht indes diese Organisation im wesentlichen nur auf dem Papier. Da es sich bei der FAP nicht um eine regional begrenzte Gruppe von relativer Dichte, sondern um eine über viele Bundesländer verstreute Vereinigung handelt, ist nicht ersichtlich, wie mit den vorhandenen Mitgliedern über eine bloße Vereinsarbeit hinaus eine Mitwirkung in den Volksvertretungen des Bundes und der Länder vorbereitet werden soll. Aus dem vorliegenden Schriftmaterial, insbesondere der an einigen Stellen in den Publikationen der FAP selbst angesprochenen prekären finanziellen Lage der Partei, ergibt sich, daß diese nicht über den Organisationsgrad und Mitgliederbestand verfügt, der für eine geordnete und kontinuierliche Parteiarbeit wie auch für die Durchführung effektiver Wahlkämpfe ausreichend ist. Die Defizite im personellen und organisatorischen Bereich werden auch nicht durch besondere Aktivitäten in der Öffentlichkeit ausgeglichen. Die FAP tritt im wesentlichen nur mit Aktionen im Zusammenhang mit den jährlichen Gedenkfeiern für Rudolf Heß, die von verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen getragen werden, in Erscheinung. Dem vorliegenden Schriftmaterial läßt sich nicht entnehmen, daß die FAP darüber hinaus in nennenswertem Umfang aktiv ist. Sie beschränkt sich - auch nach ihrem Vortrag im vorliegenden Verfahren - in erster Linie auf interne Zuammenkünfte. Die FAP verfügt über keinerlei Unterstützung in der Bevölkerung. Sie hat ihre früheren gelegentlichen Wahlaktivitäten nahezu gänzlich eingestellt. Das letzte Mal hat sie als „Partei" 1990 an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und auch dort nur in einem Wahlkreis mit einem Ergebnis von 56 Stimmen teilgenommen. Soweit sich die FAP früher an Wahlen beteiligt hat, war sie im übrigen nie in der Lage, Kandidaten für verschiedene Wahlbezirke aufzustellen, was die Annahme nahe legt, daß es sich schon damals nur um Aktivitäten einzelner Mitglieder gehandelt hat. Zudem blieb sie bei sämtlichen Wahlen, an denen sie sich seit ihrer Gründung beteiligt hat, erfolglos (0,00 bis 0,07 vom Hundert der gültigen Stimmen). Es ist auch nicht erkennbar, daß die FAP irgendwelche erheblichen Anstrengungen unternommen hat, um ihre derzeitige Situation grundlegend zu ändern. Wenn eine Vereinigung aber offenkundig mit dem Zustand absoluter Bedeutungslosigkeit abfindet, erweist sich der Wille zur politischen Einflußnahme und zur Mitwirkung an der Vertretung des Volkes in den Parlamenten als ein bloß vorgeblicher, mithin als Maskerade. Angesichts ihrer mangelnden Organisationsdichte, einer nicht ausreichenden Handlungs- und arbeitsfähigen Parteiorganisation, des geringen Mitgliederbestandes, des fehlenden kontinuierlichen Hervortretens in der Öffentlichkeit und des Mangels an jeglichem Widerhall in der Bevölkerung bietet die FAP keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit ihrer politischen Zielsetzung. Sie ist keine Partei im Sinne von Artikel 22 des Grundgesetzes und des §2 Absatz 1 des Parteiengesetzes."

FAP-Aufmarsch - Bildmitte: Friedhelm Busse

sten sich immer mehr für den illegalen Untergrundkampf in Terrorgruppen.
Man muß auch feststellen, daß das jetzige Verbot nur sehr halbherzig vollzugen wurde. So gab in Berlin und Brandenburg gerade mal drei (!) Durchsuchungen - und dies, obwohl sich hier einer der Operationsschwerpunkte und das Bundesbüro der FAP befinden! Und auch den folgenden Verlautbarungen ist anzumerken, daß das Interesse der Behörden an einer Verfolgung der Neonazis nur sehr halbherzig zu sein scheint. So ist die Beurteilung der Berliner FAP extrem verharmlosend: Der Innensenator **Heckelmann** spricht von etwa 30, der Verfassungsschutz von ca. 50 Mitgliedern. Der bisherige Landesvorsitzende **Lars Burmeister** kommt dagegen den Beobachtungen der Antifas noch am meisten nahe: In einem Interview bestätigte er die Zahl von mindestens 100 organisieren Faschos in der Berliner FAP.

Razzien bei der FAP

JW-Info 15.2.95 - Bei einer bundesweiten Razzia gegen Mitglieder der rechtsextremen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** haben Polizei und Staatsanwaltschaft am 14. Februar '95 umfangreiches Propagandamaterial sichergestellt. Wie die Staatsanwaltschaft Koblenz mitteilte, wurden bei der vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz koordinierten Aktion insgesamt 66 Wohnungen in neun Bundesländern durchsucht. Betroffen waren auch Angehörige des Parteivorstands, darunter der Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** in München. Nach den Worten der Oberstaatsanwalts Weise lag der Schwerpunkt der Razzia in Nordrhein-Westfalen, wo allein 51 Wohnungen durchsucht wurden. Die Beamten hätten NS-Schriften, in einer Wohnung in Castrop-Rauxel außerdem noch Schreckschußwaffen, Luftgewehre und drei Totschläger gefunden. Die sichergestellten Unterlagen werden derzeit ausgewertet. Außer in Bayern und NRW wurden Wohnungen in Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und dem Saarland durchsucht. Die Razzien wurden aufgrund eines Ermittlungsverfahrens wegen Verwendung von Kennzeichen ehemaliger NS-Organisationen gegen 57 Personen durchgeführt. Die Beschuldigten haben am 12. November '94 an einem Sonderparteitag in Friesenhagen im Westerwald teilgenommen. Dabei haben Teilnehmer NS-Parteiuniformen getragen, sich mit Hitlergruß und „Sieg Heil" begrüßt und Hakenkreuzfahnen aufgestellt. Dorfbewohner hatten damals die Polizei auf diese Versammlung aufmerksam gemacht. Zur Zeit läuft gegen die FAP ein Antrag des Bundesrates an das Bundesverfassungsgericht, das die Auflösung der Partei zum Ziel hat. Doch längst hat sich die FAP schon auf diese Situation eingestellt: Die Hamburger Partei löste sich formal bereits Anfang Dezember '94 selbst auf und auch bundesweit wird auf ein Verbot mit einer neuen Struktur reagiert. Man wird sich in kleinere Einheiten aufsplitten, die nicht mehr unter demselben Namen auftreten, aber trotzdem im faschistischen Netz fest verankert sind. Und auch der magere „Erfolg" der jetzigen Razzien zeigt, daß die FAP'ler auf solche Aktionen vorbereitet sind. Immerhin gehört bei den Neonazis das Tragen von Waffen zu einer Selbstverständlichkeit - da wundert es doch schon sehr, daß der Fund einiger legaler Waffen in einer der durchsuchten Wohnung im Nachhinein so herausgestellt wird. Das spricht wohl sehr dafür, daß die Faschisten bereits vorher von der Aktion informiert waren.

ANS-Prozeß - Zweiter Akt

SZ 4.2., BeZe 16.2.95; WGA - Am 2. und 7. Februar '95 begannen in Stuttgart zwei Prozesse gegen ehemals führende Mitglieder der ***ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten)***, denen vorgeworfen wird, die 1983 verbotene Organisation unter anderem Namen weitergeführt zu haben. Vor allem die Übernahme der ***FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei)*** und die Gründung des ***KAH***, einer Tarnorganisation, die angeblich nur Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von Hitler organisieren wollte, jedoch als Auffangbecken für die ANS-Kader galt. Die Unterwanderung der FAP sei mit Wissen und Billigung des damaligen Vorsitzenden **Martin Pape** geschehen, um die „Ziele der Bewegung weiterzuverfolgen". Die Übernahme der FAP war 1988 abgeschlossen gewesen, zu diesem Zeitpunkt waren sowohl der Bundesvorstand als auch wesentliche Schlüsselpositionen der Partei durch ANS-Leute besetzt gewesen. Als Ziele wurden, wie auch schon bei der ANS/NA, formuliert: „Neugründung der NSDAP", „Kampf für ein Großdeutschland" sowie Rückführung der Ausländer zur Reinerhaltung der deutschen Rasse".
Bereits im Februar 1991 begann ein Prozeß gegen elf der damals für die Fortführung der ANS verantwortlichen Neonazis. In 124 Verhandlungstagen wurde der Öffentlichkeit 3 Jahre und 3 Monate lang ein Trauerstück vorgespielt: Die Neonazis benutzten die regelmäßigen Verhandlungen zur bundesweiten Kommunikation untereinander - immerhin kamen alle 1-2 Wochen die führenden Köpfe der Szene zusammen. Um den Prozeß in die Länge zu ziehen, zog die Verteidigung alle Register, so gab es mehr als 70 Befangenheitsanträge und unzählige Beweisanträge. Vor allem der Hamburger Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** gab diese Linie vor. Als im Mai vergangenen Jahres eine Schöffin erkrankte, platzte der Prozeß. Doch aufgrund dieser Erfahrung soll es diesmal anders laufen. Es gibt nicht mehr einen einzigen großen Prozeß, sondern mehrere kleine. Den Anfang machte **Jürgen Mosler**, der seit dem 2. Februar '95 vor Gericht stand. Mosler war vor zehn Jahren Vorsitzender der FAP in Duisburg und hatte als Freund des Nazi-Führers **Michael Kühnen** eine hervorgehobene Stellung auch in der ANS. Als Kühnen 1986 die Homosexualität pries, gab es eine Spaltung in der Szene, bei der Mosler die Gegenposition von Kühnen einnahm - und wohl auch scharf auf dessen Stellung innerhalb der „Bewegung" war. In der Folge wurde er zum FAP-Generalsekretär. Bei Prozeßbeginn gestand Mosler praktisch alle ihm zur Last gelegten Straftaten und belastete gleichzeitig einige der anderen Angeklagten, deren Prozeß später ist. Mosler bezeugte auch die Prozeßstrategie von Rieger im vorigen Verfahren, diese sei ihm aber „aufgezwungen" worden. Er selber habe sich

schon lange von der Szene gelöst, behauptet Mosler, was aber nur bedingt stimmt: Zwar trat er schon seit ca. 1989 nicht mehr für die „Bewegung" auf, doch dafür engagiert er sich jetzt bei den **Republikanern**. Durch die Aussagebereitschaft Moslers ging dessen Verfahren sehr schnell über die Bühne. Der Staatsanwalt forderte eine Freiheitsstrafe von 3 1/2 Jahren, das Urteil am 15. Februar fiel aber letztlich wesent-



Jürgen Mosler

lich milder aus: Zwei Jahre Haft, die zudem noch zur Bewährung ausgesetzt wurden, sind wohl kaum als wirkliche Strafe zu bewerten.

Am 7. Februar '95 begann dann das Verfahren gegen die nächsten vier Faschisten: **Michael Swierczek, Christian Malcoci, Ewald Althans** sowie **Andreas Rossiar**. Alle vier sind auch noch in der jüngeren Vergangenheit als aktive Neonazis in Erscheinung getreten: Swierczek war Chef der 1992 verbotenen ***Nationalen Offensive (NO)***; Malcoci war Vizechef der rechtsextremen Gefangenen-Hilfsorganisation ***HNG***; Rossiar ist Vorsitzender der ***HVD (Heimattreue Vereinigung Deutschland)*** gewesen, die 1993 verboten wurde. Im Gegensatz zu Mosler sind diese vier Angeklagten bisher nicht aussagebereit. Für seinen Mandanten Christian Malcoci begründete Rechtsanwalt **Uwe Lucke** die Aussageverweigerung mit Drohanrufen, die der ehemalige ANS-"Sektionsleiter West" erhalten habe. Womit gedroht wurde, wollte Lucke allerdings nicht sagen. Anders als bei Mosler wird bei diesem Prozeß mit einer wesentlich längeren Verfahrensdauer gerechnet. Einem Aufruf in der Naziszene, den Prozeß zu beobachten, folgten am ersten Verhandlungstag nur etwa 40 Anhänger, die meist aus der Region stammen. Zwischen ihnen und den 70 ebenfalls erschienenen AntifaschistInnen kam es zu Rangeleien, die dadurch beendet wurden, daß die Polizei den Nazis den Weg in den Gerichtssaal freiräumte.

„Einblick"-Prozeß beendet

JW 2.2.95 - Mit Verurteilungen endete am 31. Januar '95 in Groß Gerau der Prozeß um die Herstellung des Naziblatts **Einblick**, in dem 1993 etliche Adressen von AntifaschistInnen sowie Antifagruppen veröffentlicht wurden. Die Hauptangeklagten und aktiven Neonazis **Norman Kempken** (26) und **Stephane Cumic** (23) wurden zu Haftstrafen verurteilt. Kempken muß für zwei Jahre in den Bau, Cumic bekam nur ein Jahr auf Bewährung und eine Geldstrafe von 4.000 DM. Er nahm das Urteil noch im Gerichtssaal an. Der wegen Beihilfe angeklagte Drucker **Eberhard Hefendehl** (64) muß die gleiche Summe zahlen. Die 20jährige **Karin Maier** wurde vom Jugendschöffen dagegen nur verwarnt und muß 100 Arbeitsstunden ableisten. Beim Urteil wurde vom Richter die schlampige Ermittlungsarbeit der Polizei kritisiert, die jede Aufklärung nach eventuellen Hintermännern unmöglich mache. Jedoch hat auch das Gericht nicht gerade intensiv danach geforscht. Mehr zu den Hintergründen in unserer letzten Ausgabe.

Gegen die „Junge Freiheit"

JW 25.1.95 - Als „kleine Entscheidungshilfe" bezeichnete die „Antifaschistische Gruppe Michael Gäbler" einen Brandsatz, mit dem sie am 17. Januar '95 das Auto von **Dieter Stein**, Chefredakteur der ***Jungen Freiheit***, zerstört hat. Unter der Parole „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" schreibt die Gruppe: *„Ziel der jungen Freiheit ist es, durch einen sogenannten 'rechten Pluralismus' noch vorhandene Berührungsängste der einzelnen Fraktionen des rechten Lagers abzubauen"*. Die JF, die von der Gruppe als *„Sprachrohr ehemaliger Nazi-Terroristen ebenso wie das der Naziparteien von REP über Deutsche Liga für Volk und Heimat bis zur österreichischen FPÖ"* charakterisiert wird, *„plant nichts geringeres als die vollkommene Zurückdrängung und Umkehrung aller seit 1968 erreichten Reformen zur Liberalisierung der Gesellschaft"*. Gerade ihre lagerübergreifende Funktion läßt sie zu einer Gefahr werden, schreibt die Gruppe.

„Unabhängige Nachrichten" durchsucht

bnr, JW 2.2.95 - Beim **Werner Symanek Verlag** in Bingen, der unter anderem mit esoterischen, okkulten und völkischen Werken (Bücher, CDs, Videos) aufwartet, fand am 31. Januar '95 eine Hausdurchsuchung der Polizei statt. Gedruckt und versandt wird von **Werner Symanek** (30) die antisemitische und NS-orientierte Monatspostille ***Unabhängige Nachrichten (UN)***, die sowohl bei jugendlichen Neonazis als auch alten Nazis gleichermaßen beliebt ist. In der Januar-Ausgabe wird vor einer *„totalen Meinungs-Diktatur der Wortpolizei"* in der Bundesrepublik gewarnt. Der wollen sich die Kämpfer der UN nicht beugen: *„Wir wollen alles versuchen, der Flut der Vergangenheitsbewältigung, die uns in diesem Jahr überrollen wird, etwas entgegenzusetzen"*. Herausgegeben wird die UN im Auftrag und in Zusammenarbeit der ***Unabhängigen Freundeskreise (UFK)*** vom ***Freundeskreis Unabhängige Nachrichten*** in Oberhausen. Maßgeblicher Gründungsinitiator des „Freundeskreises" war der 1992 gestorbene Rechtsextremist **Werner Gebhardt**. Dieser war Funktionär bei verschiedenen NS-Organisationen wie der 1952 verbotenen ***Sozialistischen Reichspartei (SRP)***, der ***Deutschen Reichspartei (DRP)*** oder der ***Deutschen Freiheitspartei (DFP)***, die später in der ***Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)*** aufging. Den UN-Freundeskreis gründete er 1970. Der Symanek-Verlag macht vor allem mit Anzeigen in rechtsextremistischen Zeitungen, dem ***Angriff***, Bauernschaft u.ä. auf sich aufmerksam sowie auch in neonazistischen Mailboxen.

Justiz gegen NPD

Focus 6.2.95 - Neue Ermittlungen gegen **Günther Deckert** nachdem er einen Drohbrief gegen den Leiter der KZ-Gedenkstätte Buchenwald geschrieben hatte. Nun bekommt er ein Verfahren wegen Beleidigung und Nötigung. Das ***LKA*** meinte, daß die Drohung sehr ernst zu nehmen ist. Am Freitag, dem 10. Februar '95, begann ein Prozeß gegen den ***NPD***-Vize von Schleswig-Holstein **Heinrich Förster**. Wegen versuchten Mordes und Anstiftung zur Brandstiftung muß sich der 67jährige vor dem Schweriner Schwurgericht verantworten. Förster soll zusammen mit dem bereits zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilten Boizenburger Ex-NPD-Chef **Rüdiger Klasen** (28) den Überfall von 30 Jugendlichen auf ein Asylbewerberheim in Bahlen bei Boizenburg organisiert haben. Nach Aussagen Beteiligter gab Förster am 31. Juli 1992 „den Befehl zum Überfall".

Nazi-Mailboxen

bnr 2, 3/95 - Der Betreiber der im Oktober '94 beschlagnahmten Mailbox ***Elias BBS***, **Jürgen Jost** (37), kündigte an, den Betrieb seines „Bulletin Board Systems" wieder aufzunehmen. Jost alias „Joschi" gab über das rechtsextremistische ***Thule-Netz*** bekannt, daß er einen neuen PC und ein neues Modem habe: *„Trotz staatlichen Terrors! Trotz politischer Verfolgung! Joschi is back!"* Neben der „Elias BBS" in Oftersheim (Rhein-Neckar-Kreis) wurden im vergangenen Oktober noch die ***Steiner BBS*** in Kassel und die ***Rechtsweg BBS*** in Frankfurt/M. beschlagnahmt. Alle drei Mailboxen gehörten dem Thule-Netzwerk an. Ende Oktober neu eingerichtet wurde die Mailbox ***Werwolf BBS*** in Hameln. Damit gehö-

ren dem Thule-Netz mehr als ein halbes Dutzend Mailboxen an, für die u.a. auch per Kleinanzeige in der ***Jungen Freiheit*** geworben wurde. Das von **Kai Dalek**, einem hochrangigen Kopf der ***Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*** und Betreiber der ***Kraftwerk BBS***, vertriebene ***Thule-Journal*** erschien jüngst mit der zweiten Ausgabe.

Neue Aktivitäten von Brunner

bnr 2/95 - Gegenüber der Tageszeitung „Die Welt" kündigte **Manfred Brunner** (46), Vorsitzender des ***Bund Freier Bürger (BFB)***, in der Ausgabe vom 11. Januar '95 einen „nationalliberalen" Dachverband an. Ziel sei die Bündelung nationalliberaler Kräfte und die Schaffung einer gemeinsamen, bisher nicht näher bestimmten, Organisationsform. Miteinbezogen werde solle *„die **Freie Bürgerunion** um den früheren CSU-Bundestagsabgeordneten **Ortwin Lowack**, die **DSU** in Mitteldeutschland, der **Aufbruch 94** und die rechtsliberale **FDP**-Gruppe um Stahl"*. Mit dieser „rechtsliberalen" Gruppe um den ehemaligen Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl**, den Publizisten **Rainer Zitelmann** (36), den leitenden Polizeidirektor **Manfred Kittlaus** und den FDP-Vorsitzenden von Berlin-Spandau, **Wolfgang Miezkowski** sei bereits eine enge Zusammenarbeit vereinbart: *„Motto: Getrennt marschiert, vereint schlagen"*. Vorbild Brunners bleibt dabei der Österreicher **Jörg Haider**, der die dortige Partei ***FPÖ*** auf einen rechtsextremen Kurs sowie zu massiven Wahlerfolgen gebracht hat. Wie diese will Brunner seiner eigenen Partei BFB nun auch den Untertitel ***Die Freiheitlichen*** verpassen.

Antisemitische Straftaten

DF 7.2.95 - Die Zahl antisemitischer Straftaten ist 1994 in Deutschland deutlich gestiegen. Wie der stellvertretende Präsident des Hamburger Verfassungsschutzes, Richard Wagner, am 7. Februar '95 mitteilte, wurden bis Mitte November vergangenen Jahres 8025 antisemitische Delikte registriert. 1993 waren es im gesamten Jahr 656. Zwar hätte die Anzahl der Schändungen jüdischer Friedhöfe 1994 „etwas abgenommen". Deutlich angestiegen sei der Tatbestand der Volksverhetzung, vor allem die Leugnung des Holocaust, betonte Wagner. Dabei nehme das Alter der TäterInnen ab. So seien 78 Prozent der Ermittelten noch Jugendliche und Heranwachsende unter 20 Jahren. Als Ursache für diese Entwicklung nannte der Verfassungsschützer den wachsenden illegalen Vertrieb von Computerspielen vor allem für Kinder, in denen z.B. Hitler verherrlicht werde. Die Produzenten, zumindest „kleine private Hersteller", seien aufgrund der verzwickten Weitergabewege nicht zurückzuverfolgen, sagte Wagner. Zudem sei es dem VS „richtigerweise" verboten, an Schulen Beobachtungen anzustellen. Zugleich wachse der Teilnehmerkreis, der über Mailboxen die zunehmenden Informationen von rechten Parteien und Gruppierungen konsumiert.

Kein „Republikaner"

bnr 2/95 - Nach Mitteilung der Bundesgeschäftsstelle der ***Republikaner*** wurde die gleichnamige Parteizeitung im elften Jahrgang zum Jahresende 1994 „vorübergehend" eingestellt. In den nächsten Wochen will die Partei den Sitz ihrer Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin-Tiergarten, Kluckstr. 25, verlegen.

Gegen das Asylrecht

FAZ, JW 7.2.95 - Bundesinnenminister **Manfred Kanther** kündigte am 6. Februar '95 an, abgelehnte AsylbewerberInnen in Zukunft konsequent abzuschieben. Anlaß dieser Ankündigung war die Vorstellung der neuen Asyl-Statistiken in Bonn. Im Januar '95 wurden demnach 12.139 neue Asylanträge registriert, 50 weniger als im Vormonat und 7,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Im Vergleich zu 1992 sei im vergangenen Jahr die Zahl der BewerberInnen um mehr als zwei Drittel auf 127.210 Menschen zurückgegangen. Kanther forderte gleichzeitig die Behörden von Bund und Ländern auf, ihre Anstrengungen gegen eine „mißbräuchliche Ausnutzung des Asylrechts" fortzusetzen.
Währenddessen hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz sie sogenannte Drittstaaten-Klausel im Asylrecht eingeschränkt. Nach dieser Klausel konnte sich niemand auf das Asylrecht berufen, der aus einem „sicheren Drittland" nach Deutschland eingereist ist. In einer Grundsatzentscheidung stellten die Richter nun fest, daß die zuständigen Behörden einem Asylsuchenden nachweisen müßten, über welchen „sicheren Drittstaat" er nach Deutschland gekommen sei. Die reine Annahme der Behörden, der Reiseweg des Betroffenen spreche dafür, daß er zwangsläufig über irgendeinen sicheren Staat eingereist sei, genüge nicht.

Deutsche Bischöfe bekennen Mitschuld

Welt 25.1.95 - Die katholische Bischofskonferenz hat am 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz die Vernichtung der deutschen Juden ein „präzedenzloses Verbrechen" genannt. Alle Katholiken wurden aufgefordert, „erneut ihr Verhältnis zu den Juden zu überprüfen". Mit seltener Deutlichkeit gab man zu, daß auch in der katholischen Kirche eine „antijüdische Einstellung" weitergelebt habe: „Sie hat mit dazu geführt, daß Christen in den Jahren des Dritten Reiches nicht den gebotenen Widerstand gegen rassistischen Antisemitismus geleistet haben. Es bedrückt uns heute sehr, daß es nur zu Einzelinitiativen für verfolgte Juden gekommen ist", so die Bischöfe in einem veröffentlichtem Text. Die Bischöfe erinnern an ihre Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichsprogromnacht. darin hieß es 1988, „daß die Kirche, die wir als heilig bekennen, eine sündige ist." Zitiert wird auch der Papst, der Antisemitismus eine „Sünde gegen Gott und die Menschheit" nannte. Bei der Vorbereitung auf den Gedenktag war von Arbeitsgruppen der deutschen und der polnischen Bischofskonferenz der Gedanke eines gemeinsamen Wortes ventiliert worden. Dazu Bischof Stanislaw Gadecki: „Die Perspektiven, unter denen beide Konferenzen das Ereignis betrachten, sind zu unterschiedlich." Er befürchtete „Verwirrung hinsichtlich der Verantwortung für die Greuel". Das Vorhaben wurde aufgegeben.

Klaus Martin

Vor einigen Tagen erreichte uns die Nachricht vom Tod von Klaus Martin. Er starb während einer Feier, schnell und scheinbar ohne Schmerzen, völlig unerwartet mit 65 Jahren.
Klaus kam als Jugendlicher Anfang der 40er Jahre aus dem Westen Deutschland nach Thüringen. Schon in seinem Heimatort hatte er sich mit anderen Jugendlichen als "Edelweiß-Piraten" zusammengeschlossen. Im Zuge des Krieges wurden viele Kinder und Jugendliche aufs Land und in kleinere Städte außerhalb der Industriereviere verfrachtet, Klaus kam mit seinen Freunden nach Weimar. Innerhalb weniger Monate hatten sie Dutzende andere Jugendliche in ihren Bann gezogen, organisierten vor Ort Aktionen gegen die Hitler-Jugend und zur Unterstützung von Kriegsgefangenen. Einige Monate vor dem Ende des Faschismus griff er mit 200 anderen ein Lager der HJ an und lebte danach die letzte Zeit im Untergrund versteckt. Ihn hat das Elternhaus, aber auch die Nähe des KZ Buchenwald geprägt.
Nach dem Krieg begann für ihn der Aufbau der DDR. Bis zum Ende seines Lebens engagierte er sich gegen die Faschisten, ob gegen die alten oder die neuen. Er organisierte Ausstellungen, in der z.B. die Nazi-Strafkompanie "999er" vorgestellt wurde, in die ausschließlich Nazigegner - unter anderem Klaus' Vater - gesteckt wurden. Klaus kümmerte sich aber auch viel um den Kontakt zu den jungen Antifas heute, kam zu Veranstaltungen und beteiligte sich aktiv an Aktionen. Vielen ist sicher auch noch sein Besuch auf dem letzten EPI-Bundestreffen in Erinnerung.
Mit Klaus verlieren wir einen Vertreter der alten Generation, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Jungen nicht nur die Schrecken des Faschismus vor Augen zu führen, sondern sie auch zu animieren, selber dagegen aktiv zu werden.

Baden-Württemberg

Brandanschlag auf Ungarin

Welt, Taz 7.2.95 - In der Nacht zum 6. Februar '95 wurde in der schwäbischen Kleinstadt Krumbach ein Brandanschlag auf eine Arztpraxis verübt. Betreiberin ist eine ungarische Hautärztin. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark, es wurde niemand verletzt. Die Polizei fand am Tatort mehrere Schreiben einer ***Wehrgruppe Süd***, in denen wüste Drohungen gegen die Ärztin ausgestoßen werden, und zwar wegen ihrer Herkunft. Neben der Eingangstür wurde ein spiegelverkehrtes Hakenkreuz und SS-Runen gesprüht. Bevor der Brandsatz gezündet wurde, ist die Praxis vermutlich von den Tätern durchwühlt worden. Entdeckt wurde das brennende Haus von einer Zeitungsfrau. Das LKA hat eine Sonderkommission gebildet.

Widerstand gegen Deckert

AN 3/95 - Zum erwarteten Eklat kam es am 4. Februar '95 in Bad Mergentheim anläßlich der Vorstellung der Kandidaten für die bevorstehende Oberbürgermeisterwahl. Etwa 500 Personen hatten sich aus Protest gegen die Kandidatur des ***NPD***-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** vor der Mergentheimer Wandelhalle versammelt, wo ihnen wegen angeblicher Überfüllung der Räumlichkeiten der Eintritt verwehrt wurde. Bereits im Vorfeld hatte die Polizei jedoch zu erkennen gegeben, daß sie gewillt sei, die angekündigte Störung der Veranstaltung durch Ausschluß „potentieller Störer" zu verhindern. Als diese ihren Protest lautstark zum Ausdruck brachten, hatten die eingesetzten Polizisten alle Hände voll zu tun, die verärgerten DemonstrantInnen von der Halle fernzuhalten, wobei eine Fensterscheibe zu Bruch ging. Der folgende Schlagstockeinsatz der Polizei sorgte für weiteren Glasbruch. Beim Auftritt Deckerts verließen etwa dreißig Personen unter Protest den Saal.

Durchsuchung bei Deckert

ND 27.1.95, JW 28.1.95 - Am 26. Januar '95 wurde die Wohnung des ***NPD***-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** in Weinheim, die Bundesgeschäftstelle in Stuttgart sowie zehn weitere Objekte im süddeutschen Raum (Viernheim, Bad Hersfeld, Ramstein, Sigmaringen, Schneeberg, Bad Reichenhall, Raum Böblingen, Johannesberg) fünf Stunden lang von der Polizei durchsucht. Die Durchsuchungen erfolgten im Zuge zweier verschiedener Ermittlungsverfahren. Laut Staatsanwaltschaft Mannheim sollte geprüft werden, ob das rechtsradikale Material, das Deckert vertreibt, „volksverhetzenden Inhalt" hat. Ein weiterer Grund waren antisemitische Flugblätter, die am 4.12.94 in Eningen verteilt wurden. Diese stammten offensichtlich aus der NPD-Villa in Eningen in der Schillerstr.73 *(WGA # 1 und 3)*. Da diese Flugblätter volksverhetzenden Inhalt haben, den Massenmord an JüdInnen in KZs des dritten Reiches leugnen und die Ehre der in Deutschland lebenden Juden verletzen, wurde die Villa durchsucht. Hier fanden sich auch, neben zahlreichem anderen „volksverhetzendem" Material, 1600 dieser Flugblätter. Presserechtlich verantwortlich für dieses Hetzblatt ist wieder Deckert.. In seiner Garage fand die Polizei auch ein Kleinkaliber-Gewehr, für das er keinen Waffenschein besitzt. In der Bundesgeschäftsstelle beschlagnahmten sie Nachdrucke von Hitlers „Mein Kampf" sowie den „Leuchter-Report" und den „Rudolf-Report", in denen der Massenmord an JüdInnen geleugnet wird. „All die schönen Hitlerfilme haben sie mitgenommen" trauert Deckert außerdem. Wenn mensch nun aber bedenkt, daß alle Durchsuchungen auf den 27. Januar koordiniert waren, scheint es fast so als wollte die deutsche Justiz wenigstens am 50 Jahrestag der Befreiung Auschwitz der Weltöffentlichkeit zeigen wie toll sie doch die Nazis im Griff haben könnte - wenn sie wollte...

Schöffenstreik gegen Orlet

JW, Taz 2./8.2.95 - Der wegen des Urteils gegen den NPD-Chef Deckert umstrittene Richter **Rainer Orlet** hat am 1. Februar '95 im Mannheimer Landgericht vergeblich auf eine Schöffin gewartet. Diese gehört zu einer siebenköpfigen Gruppe von LaienrichterInnen, die mit Berufsrichtern der 6. Strafkammer nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Diese Kammer hatte im Juni '94 den ***NPD***-Vorsitzenden **Günter Deckert** wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß auf Bewährung verurteilt. In der Begründung des vom bundesgerichtshofs mittlerweile teilweise aufgehobenen Urteils war Deckert von Orlet als *„charakterstarke und verantwortungsvolle Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen"* bezeichnet worden. 40 SchöffInnen unterstützen den Streik der LaienrichterInnen in einer Erklärung. Mittlerweile ist die 33jährige Schöffin massiver Bedrohung durch Rechtsradikale ausgesetzt. Höhepunkt war der Drohanruf, der mit den Worten endete: *„Jetzt kommen wir!"*. Kurz danach klingelte es an ihrer Wohnungstür. Die Frau, die seitdem woanders wohnt, erklärte: *„Ich kann mit dem Richter Dr. Orlet aus Gewissensgründen nicht gemeinsam richten. Herr Orlet hat in seiner Urteilsbegründung Herrn Deckert eine charakterstarke und vertrauensvolle Persönlichkeit bescheinigt, obwohl er einer Partei angehört, die die demokratische Grundordnung in Frage stellt..."*. Weitere Mannheimer SchöffInnen haben eine gemeinsame Erklärung formuliert: *„Wir weisen darauf hin, daß auch andere Schöffinnen und Schöffen sowie die Hilfs- und Ersatzschöffen überlegen sollten, ihre Verweigerung zu erklären, wenn sie dazu bereit sind"*. Das nicht ausformulierte Ziel ist klar: Wenn sich genügend Schöffen der Verweigerung anschließen, könnte eine Situation eintreten, in der Orlet nicht mehr an seinem jetzigen Posten zu halten ist und zumindest innerhalb des Gerichts ersetzt werden müßte.

Orlet abgelehnt

JW 29.1.95 - Mehrere Anwälte, die vor dem Landgericht Mannheim angeklagte KurdInnen vertreten, haben die drei Richter als befangen abgelehnt, die die Begründung des Urteils gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert zu verantworten haben. Die Richter - darunter der damalige Berichterstatter **Rainer Orlet** - hätten der „extremen Rechten ihre Sympathie angedeihen lassen", sagten die Anwälte in Karlsruhe. Es sei davon auszugehen, daß sie der entgegengesetzten Seite nur Antipathie und Ablehnung entgegenbringen".

Rechtsradikale Burschen

AN 3/95, JW 26.1., 7.2.95 - Fünfzig Polizeibeamte haben am 23. Januar '95 bei einer Durchsuchung in den Räumen der ***Europa-Burschenschaft Arminia zu Zürich*** in Heidelberg NS-Material in vielfältiger Form sichergestellt. Als die Polizei dort erschien, war gerade die 47jährige Buchhändlerin **Edda Schmidt** aus Balingen zu Gast. Gegen die Frau und ihren Sohn führen die Staatsanwaltschaft und das LKA in Stuttgart bereits seit Monaten ein Ermittlungsverfahren. Ihnen wird die Verbreitung von NS-Propaganda zur Last gelegt. In den Räumen der Burschenschaft stellte die Polizei u.a. *„Lieder der Hitlerjugend"*, SS-Liederbücher und ein *„Liederbuch der NSDAP"* sicher. Die Nazi-Literatur lag in einem Nebenraum zum Verkauf aus. Bei Eintreffen der Polizei befanden sich etwa 40 Personen in den Räumen der Burschenschaft. Nach Angaben der Polizei ist die Buchhändlerin seit Jahren in der neofaschistischen Szene „außerordentlich aktiv". Sie sei in jüngster Zeit bei Razzien an Treffpunkten von Neonazis wiederholt beobachtet worden. Bei einer Durchsuchung ihrer Räume des ***Versand-Antiquariats Schmidt*** im letzten September wurden auch NSDAP-Abzeichen, Videos wie *„Der ewige Jude"* u.ä. sichergestellt. Ein Sprecher der Burschenschaft sagte der Polizei, man habe der Händlerin Gastrecht gewährt und im einzelnen nicht gewußt, welche Gegenstände zum Verkauf angeboten würden. Die Burschenschaft war zuletzt

im Oktober '94 mit einer Veranstaltung mit dem Geschichtsrevisionisten **German Rudolf** (seit seiner Hochzeit **German Scheerer**) aufgefallen. Vor wachsenem Rechtsradikalismus innerhalb der deutschen Burschenschaften hat auch der Rassismusforscher **Jürgen Schlicher** gewarnt: *„Immer mehr Burschenschaftler vertreten ganz offen rassistisches und neofaschistisches Gedankengut und fordern die Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches von Königsberg bis Südtirol"* sagte der Vorsitzende des Informationszentrums für Rassismusforschung der Marburger Universität.

Chronologie '94: Lörrach / Waldshut

Antifa-Aktion Lörrach

22.1.94 Lörrach: Flüchtlingsdemo gegen die Verteilung von Lebensmittelpaketen statt Geld. Es waren nur ca. 100 Menschen bei der Kundgebung.

26.1.94 Schopfheim: Flüchtlinge boykottieren die Essenspakete, zur Einschüchterung war bei der Ausgabe die Polizei anwesend.

28.1.94 Zeil (?): Das Auto eines Italieners wird beschädigt und mit Faschosprüchen versehen.

29.1.94 Wehr: Antifa-Bündnisdemo mit ca. 300 Menschen und großem Polizeiaufgebot. Am Rande der Demo versuchten die Neonazis **C. Bauer** aus Grenzach und **R. Melzner** aus Oflingen zu filmen, was ihnen aber nicht gelang. Auch **M. Pensel** war anwesend.

Jan. '94 Weil: Flugblätter von Neonazis werden nachts in Briefkästen gesteckt.

Feb. '94 Lörrach: Prozeß gegen zwei Jugendliche wegen des Anschlags gegen den jüdischen Friedhof. Einer der Beteiligten heißt **Gugel** und tritt offen als Neonazi auf.

Feb. '94 Bad Säckingen: Kirchenblätter werden gefälscht und mit NS-Parolen versehen.

2.3.94 Lörrach: Wieder kommt es in der Hagener Straße zu Hakenkreuzsprühereien. Zwei bewaffnete Jugendliche werden dabei erwischt.

April '94 Schopfheim: In der Umgebung des Cafés „Irrlicht" werden Nazi-Aufkleber gefunden. Am Bahnhof treffen sich z.T. rechte Jugendliche, die Punks und AusländerInnen anpöbeln.

April '94 Bad Säckingen, Murg: Die ***ASD (Aktion Sauberes Deutschland)*** mit **Christoph Bauer** und andere Nazigruppen machen Aktionen gegen Kirchen („Tretet aus"). In Murg sind gefälschte Antifa-Aufkleber mit ähnlichen Sprüchen aufgetaucht.

15.4.94 Murg: Sechs Jugendliche führen mit Benzinflaschen zwei Anschläge auf verschiedene Flüchtlingsunterkünfte durch. Es wird niemand verletzt. Der Anführer der Gruppe ist als Neonazi bekannt.

16.4.94 Wehr, Bern: Die Wehrer Nazis gehen zum Feiern des Hitlergeburtstages nach Bern. Die sogenannte ***Neofaschistische Front*** der Schweiz lädt zur „2. Glatzenparty" ein. Mit Saufen, Feiern und AusländerInnen jagen solle die Party gefüllt werden (laut Einladungsschreiben). Am Abend kam es dann zu Auseinandersetzungen. Einer der vier daraufhin verhafteten Deutschen ist **Marco Pensel**.

20.4.94 Efringen-Kirchen: Eine Familie mit drei Kindern wird aus dem Flüchtlingsheim geholt und abgeschoben.

26.4.94 Murg, Wallbach: Die Wahlkampfveranstaltung der ***Republikaner*** muß abgesagt werden, nachdem Antifagruppen Proteste angekündigt haben. In einer spontanen Demo zogen dann ca. 50 Antifas zum Flüchtlingsheim in Murg, wo es den Anschlag gab.

April '94 Lörrach, Freiburg: Vom ***Arbeitskreis Ausländerpolitik*** tauchen immer öfter Aufkleber auf. Bei der Gruppe handelt es sich um Nazis, die in den 80er Jahren als „Ausländerstopp-Initiative" auftraten.

13.5.94 Rümmingen, Augsburg: Eine Jugendgruppe aus Rümmingen vom Pfadfinderstamm „Anne Frank" mußte ihr Zeltlager bei Augsburg abbrechen, da sie von ca. 20 rechten Skins, die nachts im Lager aufmarschierten, eingeschüchtert worden waren.

26.5.94 Wehr, Öflingen: Antifa-Konzert im Jugendhaus. Zeitweise sammelten sich bis zu 30 rechte Jugendliche vor dem Jugendzentrum, darunter auch organisierte Nazis, die beim Nazitreffen in Bern im Vormonat dabeiwaren.

4.6.94 Straßburg: Antifaschistische Demonstration

9.6.94 Wehr: Antifa-Veranstaltung in der Stadthalle

18.6.94 Murg-Oberhof: Drohungen gegen das Café Verkehrt von rechten Jugendlichen, die dort Hausverbot erhalten haben.

29.6.94 Schopfheim: Die von Abschiebung bedrohte kurdische Familie Özcan erhält Kirchenasyl bei der evangelischen Gemeinde.

Juni '94 Kandern: Hakenkreuzsprühereien

2./3.7.94 Schopfheim: Open-Air-Konzert, organisiert vom Café Irrlicht, der Antifa, dem Infoladen Lörrach, dem freien Radio „Kanal Ratte" und der KTS-Vambam-Initiative.

20.7.94 Bad Bellingen: Bei der Flucht vor dem Bundesgrenzschutz wird ein Flüchtling von einem Zug erfaßt und getötet.

22.7.94 Schopfheim: Die Zwangsverlegung von Flüchtlingen in eine Sammelunterkunft führt zu Protesten.

23.7.94 Karlsruhe: Landesweite Antifa-Demo gegen die Repression gegen den Antifa-Widerstand. Anlaß: Die Durchsuchungen und §129a-Ermittlungen gegen Göttinger Antifas sowie der Prozeß um die Tötung des Faschisten Gerhard Kaindl in Berlin.

1.8.94 Basel-Liestal: Brandanschlag auf die Fremdenpolizei.

3.8.94 Rheinfelden: Wegen schlechter Verpflegung treten 300 Flüchtlinge in den Hungerstreik.

19.8.94 Lörrach: Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren gegen zwei Polizisten ein, die einen Mann aus Senegal verprügelt haben. Inzwischen wurde das Verfahren aber wieder aufgenommen.

30.8.94 Wehr: Zum zweiten Mal wurde das Auto eines Antifaschisten beschädigt.

22.9.94 Wehr: In einem Wohnhaus, in dem eine Familie aus Eritrea wohnt, wurde Buttersäure im Haus verteilt und versucht, die Wohnung unter Wasser zu setzen.

Sept. '94 Basel: In mehreren Stadtteilen sind Aufkleber der NSDAP/AO aufgetaucht.

Sept. '94 Basel, Mannheim: Das Basler **Jürgen Graf**, Verfasser mehrerer Hetzschriften, welche den Holocaust leugnen, hat ein Verfahren wegen Volksverhetzung. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt.

20.10.94 Lörrach: Der ***CDU***-Stadtrat **Herbert Piorr** meint während einer öffentlichen Stadtratssitzung zu den Asylunterkünften: *„Die sollte man alle warm abbrechen"*.

22.10.94 Schopfheim: Der ***NPD***-Bundesvorsitzende **Günter Deckert** stellt sich zur Wahl als Bürgermeister. Auch derf Rechtsextremist **Teuber** kandidiert.

28.10.94 Rheinfelden: Erneut machen die 300 Flüchtlinge, die in der Schildgasse untergebracht sind, mit Protestaktionen auf ihre schlechte Versorgung und Unterbringung aufmerksam.

9.11.94 Lörrach: Ausstellung und Diavortrag zur Reichspogromnacht in Lörrach.

12.11.94 Schopfheim: Einen Tag vor der Bürgermeisterwahl findet eine Demo gegen die Kandidatur der Rechtsextremisten statt. Zur Demo, die auch vom örtlichen DGB unterstützt wird, kommen 150 meist junge Menschen.

13.11.94 Schopfheim: Bei der Wahl zum Bürgermeister bekommen Teuber und Deckert nur wenige Stimmen.

17.11.94 Lörrach: Bei der Stadtratssitzung wird die Äußerung von Herbert Piorr am 20.10. behandelt. Nachdem AntifaschistInnen im Saal ein Transparent enthüllten, bekamen sie Hausverbot. Eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch wurde zwei Tage später wieder zurückgenommen.

17.11.94 Basel: Bei einer Hausdurchsuchung wurde der 37jährige **Jürgen Künzli** festgenommen und für vier Wochen in Untersuchungshaft genommen. Eine Hausdurchsuchung brachte neben umfangreichem Nazi-Propagandamaterial auch Drohbriefe an AusländerInnen zutage. Künzli gründete 1978 die ***Volkssozialistische Partei der Schweiz (VPS)*** und hat Kontakt zu NSDAP/AO.

19.11.94 Müllheim: Die Antifa-Jugend (JRE) macht eine Aktion gegen den Verkauf von Fascho-Zeitungen.

Nov. '94 Lörrach: Zwei Jugendliche wurden von Neonazis angegriffen und verletzt.

6.12.94 Lörrach: Prozeß gegen drei AntifaschistInnen, denen vorgeworfen wurde, 1992 drei Stände der „Republikaner" beschädigt zu haben.

Polizist verwarnt

JW 1.2.95 - Wegen der Befreiung eines Flüchtlings aus der Abschiebehaft hat das Landgericht Landau am 30. Januar '95 den Polizisten **Roland Schlosser** verwarnt. Der Landauer Beamte hatte 1993 einen angolanischen Mann, dessen Asylgesuch abgelehnt worden war, aus der Abschiebehaft entlassen, weil er die Unterbringung des Gefangenen in einer unmöblierten Zelle ohne Toilette nicht menschenwürdig fand. Das Amtsgericht Landau hatte den Polizisten 1993 zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht hob jetzt mit seinem Urteil diesen Spruch des Amtsgerichts auf.

Rückgang rassistischer Straftaten

SZ, Tsp 31.1.95 - In Baden-Württemberg sank im vergangenen Jahr die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten von 848 auf 334 um rund 60 Prozent. Der *SPD*-Innenminister **Frieder Birzek** führte den Rückgang auf den hohen Fahndungs- und Verfolgungsdruck sowie auf die gesellschaftliche Ächtung der Gewalt gegen Ausländer zurück. Auffällig sei eine deutliche Verlagerung der Straftaten weg von der direkten Konfrontation hin zu anonymen Drohanrufen und zum Versenden volksverhetzenender und beleidigender Schriften.

Bayern

„Deutscher Block" aufgelöst

bnr 2/95 - Im Oktober des vergangenen Jahres, so meldete jetzt der rechte Informationsdienst „DESG-inform", wurde mit dem „Deutschen Block" (DB) eine der ältesten rechtsextremistischen Organisationen aufgelöst. Der DB wurde 1947 durch **Richard Etzel** und **Karl Meissner** gegründet. Von 1962 bis zu seinem Tod 1992 leitete Richard Etzel den DB. Etzel (Jahrgang 1910), der 1929 der NSDAP beigetreten war, fungierte anfänglich als „Reichsorganisationsleiter" des DB. Anfang der 70er Jahre arbeitete der DB eng mit der „Deutschen Volksunion e.V." zusammen, so gehörte der DB auch dem 1972 gegründeten „Freiheitlichen Rat" unter **Dr.Gerhard Frey** an. Der DB wurde den Angaben von „DESG-inform" zufolge von Amts wegen im Münchener Vereinsregister gelöscht.

Brunner-Annonce

SZ 13.2.95 - Mit einer Anzeige in einer Münchener Tageszeitung sorgt **Manfred Brunner**, Chef des rechten ***Bund Freier Bürger (BFB)*** für Aufregung. In dieser Annonce heißt es: In diesen Tagen gedenke der BFB der Opfer des 2. Weltkrieges, und zwar vor allem jener Opfer, über die in Deutschland kaum gesprochen werde, nämlich der deutschen. Genannt werden dann die „2,5 Millionen Todesopfer von Flucht und Vertreibung", der „Verlust von mehr als einem Viertel deutschen Staatsgebiets", die „unschuldigen Opfer des sinnlosen alliierten Bombenterrors" und die „Millionen gefallener und in Kriegsgefangenschaft umgekommener Soldaten, die ihr Leben für ihre Heimat und ihre Angehörigen ließen". Von den Opfer der NS-Herrschaft ist in der Anzeige nicht die Rede. Die bayrische *SPD*-Vorsitzende **Renate Schmidt** bezeichnete Brunner als geistigen Wegbereiter für einen neuen Nationalsozialismus in Deutschland.

Razzia bei Antifas

JW 2.2.95 - 20 Polizisten haben am 1. Februar '95 eine Wohngemeinschaft von AntifaschistInnen in Passau durchsucht und Broschüren, Bücher und Computer beschlagnahmt. Die Beamten weigerten sich nach Angaben einer Zeugin, den Durchsuchungsbefehl zu zeigen. Auf Nachfrage sagten sie, eine der BewohnerInnen werde einer „politisch motivierten Sachbeschädigung" verdächtigt. Die Frau arbeitet in einem Plattenladen, auf den im November '94 zwei Anschläge verübt worden waren, weil dort indizierte Tonträger rechtsextremistischer Bands verkauft wurden. Die Durchsuchten erklärten, die Beamten hätten weniger nach Beweisen gesucht, sondern nach politischen Broschüren und Papieren.

Drohbrief von Deckert

Presse 30/31.1.95 - Der *NPD*-Vorsitzende **Günter Deckert** hat dem Leiter der Buchenwald-Gedenkstätte, **Volkhard Knigge**, mit Verfolgung für die Zeit „nach dem Machtwechsel" gedroht. In einem der Zeitschrift „Focus" vorliegendem Brief kündigt Deckert an, daß Knigge jetzt im ***Nationalen Salzgitter-Brighton*** erfaßt sei, einem Datenspeicher in Brighton, in dem Rechtsextremisten Daten über „deutschfeindliche Kräfte" sammeln sollen. Knigge hatte im November einen „politischen Spaziergang" Deckerts im ehemaligen KZ Buchenwald verhindert, indem er dem rechtsextremen Politiker Hausverbot erteilte.

Was geht ab...

...im Land und in der Welt? Wir wissen ja auch nicht alles und deshalb brauchen wir auch Deine Hilfe! Schickt uns Zeitungsartikel, Aktionsberichte, Veröffentlichungen aus Deiner Region! Nur was wir mitkriegen, können wir auch weiter veröffentlichen - in dieser Zeitung! ***Redaktionsschluß ist immer am 20.*** jedes Monats, bis dann muß alles hier sein. Also schickt uns, was Du hast, damit es alle wissen!

REPs in Bayern

Presse 28.1.95, bnr 3/95 - Die fünfköpfige Fraktion der ***Republikaner*** im Augsburger Stadtrat ist geschlossen aus der Partei ausgetreten. Die Stadträte, darunter der frühere bayrische REP-Chef **Wolfgang Hüttl**, begründen ihren Schritt mit „innerparteilichen Ehrabschneidungen". Sie haben sich jetzt in ***Die Freiheitlichen Augsburg*** umbenannt. Währenddessen ist auf dem Landesparteitag am 20. Januar '95 in Ingolstadt ein neuer Vorstand gewählt worden. Neuer Landesvorsitzender ist **Alexander Hausmann**, als StellvertreterInnen wurden **Bärbel Bannert** aus Ingolstadt, **Johann Gärtner** (Schwaben), **Gernot Jellinek** (Bezirksvorsitzender Oberbayern) sowie **Richard Graupner** aus Schweinfurt.

Rassistisches Gedicht

Taz 8.2.95 - Ein 44jähriger Gastwirt wurde am 7. Februar '95 zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark verurteilt. Ein am Stammtisch ausgelegtes Pamphlet war, nach Ansicht der Richter, „dazu geeignet, Haß gegen Asylbewerber zu schüren". Der Text unterstellt Asylbewerbern, Deutsche mit Aids anzustecken, Rauschgift zu verteilen und auf kosten der Steuerzahler zu leben.

Abschiebung trotz Folter

Taz 31.1.95 - **Fariz Simsek** ist Folteropfer. Bayrische Amtsärzte attestierten ihm seine vernarbten Wunden. Doch Simsek soll abgeschoben werden. In das Land, in dem ihm diese Wunden von der Staatsgewalt zugefügt wurden. Sein Asylantrag wurde als „unbegründet" abgelehnt. Er sei Straftäter, und falle damit nicht unter den Abschiebestopp, so das bayrische Innenministerium. Dort ließ man keinen Zweifel daran, Simsek möglichst schnell „in die Türkei zurückzuführen". Ihm wird vorgeworfen, im März letzten Jahres an gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und kurdischen DemonstrantInnen teilgenommen zu haben. Das Verfahren wurde jedoch bereits eingestellt. Dies ist aber nicht ausschlaggebend, denn „*ein Straftäter nach dem Sinne des Ausländergesetzes ist man nicht erst mit Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung*" so der Pressesprecher des Innenministeriums, **Christoph Hillenbrand**. Die Münchner Psychotherapeutin Waltraut Wirtgen ist der Ansicht Simsek, sei selbstmordgefärdet: „Wenn er die deutsche Grenze überschritten haben wird, ist es höchstwarscheinlich, daß er Hand an sein Leben legen wird, seine Frau wird dies ebenfalls nicht überleben", urteilte sie nach einem Gespräch mit Simseks Frau. Aufgrund dieser Tatsachen hat **amnesty international** zum ersten Mal einen Fall in Deutschland zu einer Eilaktion, einer „Urgent Action" erklärt. Sobald die deutsche Übersetzung des aus der Londoner Zentrale stammenden Beschlusses in der Bonner Zentrale vorliegt, soll die Eilaktion ausgerufen werden. 5.000 Protestbriefe werden im

Bayrischen Innenministerium erwartet. Doch dort fährt man einen harten Kurs. Innenminister **Günther Beckstein** kündigte bereits an, daß er, falls die Innenministerkonferenz einen Abschiebestopp über den 28. Februar `95 hinaus beschließen sollte, diesen Beschluß nicht mittragen werde.

Naziskin-Fete

Taz 6.2.95 - Bei einer Skinhead-Fete in Nürnberg hat die Polizei am Samstag den 4. Februar '95 insgesamt 31 Personen, darunter fünf Frauen, in Gewahrsam genommen. Sie hatten auf der Feier NS-Lieder gesungen und PassantInnenen angepöbelt. Am Sontag morgen wurden die Fascho-Skinheads wieder freigelassen.

Tod eines Flüchtlings

JW 7.2.95 - In der Nacht vom 2. auf den 3. Fenruar '95 starb der Asylbewerber Sammy N. in Folge einer Polizeiaktion. Vier Zivilbeamte nahmen ihn zuvor in seinem Zimmer im Münchener Containerlager an der Triebstraße fest. Soweit sind sich die BewohnerInnen des Lagers und die Polizei einig. In der weiteren Darstellung gibt es erhebliche Widersprüche. Die BewohnerInnen berichten, daß der 26jährige Liberianer sich gegen seine Festnahme wehrte und die Beamten solange auf ihn einschlugen, bis er regungslos und blutüberströmt am Boden lag. Sie fesselten ihn, so die Augenzeugen weiter, an Händen und Füßen und zwei Beamte trugen ihn die Treppe zum Ausgang hinunter. Auf den Treppenstufen sei er noch einmal gestürzt. Vor der Unterkunft sei Sammy N. dann in einen Rettungswagen gelegt worden. Der Sanitäter habe ihn nur kurz untersucht und dann ein weißes Tuch über seinen ganzen Körper gebreitet. Die Augenzeugen gehen deshalb davon aus, daß er von den Beamten zu Tode geprügelt wurde. Ganz anders klingt die Darstellung der Polizei. Nach der Festnahme sei der mutmaßliche Dealer in einen Streifenwagen gebracht worden. „Dort kollabierte der Mann und begann zu würgen". Ein Sanitäter habe dann festgestellt, daß er ein mit Pulver gefülltes „kondomähnliches Behältnis" geschluckt hatte. Gestorben sei er einige Zeit später im Krankenhaus an einer bisher unbekannten toxischen Substanz. Bei der Festnahme habe die Polizei zwar seinen erheblichen Widerstand gebrochen, aber keineswegs so, daß er danach stark blutete. Dagegen berichten BewohnerInnen, in der Unterkunft habe es erhebliche Blutspuren gegeben, die aber von den uniformierten Beamten, die nach dem Vorfall die Container durchsuchten, mit Putzlappen beseitigt wurden. Der Polizeisprecher weist diese Darstellung zurück. Erstens habe es gar keine Augenzeugen gegeben und zweitens konnten bei der Obduktion an Sammy N. keine äußeren Verletzungen gefunden werden - lediglich eine Abschürfung an der rechten Schulter. Diese sei erst entstanden, als er aus dem Streifenwagen gezogen wurde, um ihn zum Notarzt zu bringen. Angesichts dieser widersprüchlichen Darstellungen fragt sich das Münchener „Bündnis gegen Rassismus", ob die Polizei hier nicht ein Verbrechen vertuschen will: „Nach dem jetzigen Stand der Dinge müssen als Todesursache schwerste Mißhandlungen durch die genannten Polizisten angenommen werden". Am 5. Februar '95 wollten etwa 100 Menschen, vorwiegend AfrikanerInnen, gegen den - wie sie es bezeichnen - Mord an Sammy N. demonstrieren. Nach kurzer Zeit schritt ein großes Polizeiaufgebot ein und löste die Demonstration auf - mit der Begründung, daß diese nicht angemeldet gewesen ist.

Fascho-Terror

taz 31.1.95 - Die drei Schläger trugen Bomberjacken und Springerstiefel, bedrängten zuerst eine ältere Frau und fielen dann über einen 36jährigen her. Erst raubten sie ihm seine ganze Börse, dann drückten sie ihm eine Zigarette im Gesicht aus, und schließlich schmissen sie ihn zwischen sie ihn zwischen Friedrichsfelde-Ost und Marzan-Springpfuhl aus der S-Bahn. Der Mann verletzte sich dabei zum Glück nur leicht. Ob es sich bei den Tätern um rechte Skins handele, sei unklar, meinte die Polizeisprecherin zu dem Vorfall, der sich bereits am 22.1. ereignete. Wer nach oben tritt und nach unten duckt, ist ein Linker, und wer nach unten tritt und nach oben duckt ist ein Rechter: Ist doch ganz einfach!

Antisemitismus in der „Jungen Union"

Presse 12.2.95 - „Kein Judendenkmal am Potsdamer Platz" - mit dieser Parole überschrieb Anfang Februar '95 die ***Junge Union*** eine Presseerklärung. Darin hatte sich der Landesausschuß sowie der JU-Geschäftsführer **Thorsten Dorn** mehrheitlich gegen das geplante Denkmal für die ermordeten Juden und Jüdinnen Europas nahe dem Brandenburger Tor ausgesprochen und den Senat (CDU/SPD-Koalition) aufgefordert, seinen Beschluß unverzüglich zurückzunehmen. In der Erklärung hieß es weiter, für die Mitte Berlin solle eine sinnvollere Nutzung gefunden werden, man habe zudem bereits ausreichend Gedenk- und Mahnstätten in der Stadt. Außerdem seien die Kassen leer, das Geld solle lieber anders verwendet werden. Der Zehlendorfer JU-Vorsitzende **Marcus Müller** sprach klar von antisemitischen Strömungen innerhalb der CDU-Jugendorganisation, bezeichnete diese aber als Minderheitenmeinung. Der Bundesvorsitzende **Klaus Escher** sieht die Entwicklung der JU Berlin „mit großer Besornis"; er und seine Vizes, **Christine Arlt-Palmer** und **Michael Hahn** haben die Entlassung von Thorsten Dorn gefordert. Doch der Berliner Landesvorstand stellte sich voll hinter seinen Geschäftsführer, im Gegensatz zum Landesvorsitzenden **Heiner Kausch**, der sich von der Erklärung distanzierte. Aber auch er schob gleich hinterher, daß er gegen die „immer neue Errichtung von Mahnmalen" sei. Michael Hahn, der auch in Berliner Landesverband organisiert ist, entschuldigte sich beim Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Berlin, **Jerzy Kanal**. Während sich führende ***CDU***-Mitglieder, der Berliner Landesvorstand sowie die Bundes-CDU deutlich gegen die Presseerklärung stellte, löste diese innerhalb der Berliner JU anscheinend tatsächlich keine großen Widersprüche aus. Lediglich vier Bezirksverbände (Zehlendorf, Kreuzberg, Wilmersdorf und Steglitz) wandten sich dagegen. Dieser Vorfall ist nichts neues; in der Ver-

Berlin

Sprengstoff bei Priem

BeZe 16.2.95 - Seitdem am 13. August '94 der führende Neonazis **Arnulf Priem** in seiner Wohnung im Wedding festgenommen wurde, sitzt er in Haft. Das kann eventuell auch noch sehr lange der Fall sein: In der jetzt von der Staatsanwaltschaft fertiggestellten Anklageschrift werden Priem, der einer der wichtigsten Köpfe der deutschen NS-Szene ist, insgesamt 15 Delikte zur Last gelegt. Nach der damaligen Festnahme wurde auch die Wohnung Priems durchsucht und dabei vier Luftdruckgewehre, zwei Zwillen, Steine und Dachziegel, Messer, sieben Gaspistolen eine scharfe Waffe, sowie 220 Gramm Sprengstoff gefunden. Bombenexperten der Polizei kamen nach einer Untersuchung zum Schluß, daß dieser zur Herstellung von Rohrbomben geeignet ist. Neben dem Sprengstoff wurde noch eine durchbohrte Gaspistole sowie mehrere Brandflaschen gefunden. Aufgrund all dieser Funde wird Priem wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt. Andere Anklagepunkte sind „Bildung und Befehligung eines bewaffneten Haufens", „Verwendung und Verbreitung von verfassungsfeindlichen Kennzeichen" u.ä.. Auch die Bezeichnung der Bundestagspräsidentin als „Rita Süßjud" wird in der Anklageschrift berücksichtigt.

Rassist festgenommen

Taz 1.2.95 - Ein 26jähriger Deutscher wurde festgenommen, nachdem er am 31. Januar '95 mehrere Ausländer angegriffen hatte. Er hatte in Mitte zwei Männer aus Bangladesh mit einem Butterflymesser bedroht. Ein 25jähriger, der den Ausländern zu Hilfe kommen wollte, wurde von dem Angreifer vor eine heranfahrende Straßenbahn gestoßen und im letzten Moment von einer Passantin von den Gleisen gezogen. Die Polizei nahm den Rassisten fest.

gangenheit geriet die Berliner „Junge Union" schon oft mit extrem rechten bzw. rassistischen Äußerungen ins Zwielicht. Für einige heute führende Neonazis war sie zudem der „Durchlauferhitzer" in ihrer Karriere.

Neonazi verurteilt

WGA, BeZe 8.2.95 - Wegen der Herstellung von NS-Propaganda ist am 7. Februar '95 von Berliner Landgericht der Neonazi **Sven Ruda** zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt worden. Im Januar '94 wurden in der Wohnung des gelernten Schlossers Druckvorlagen für eine Publikation eines ***Freundeskreis Nationales Deutschland*** gefunden. Er gab an, die Satzung des gegründeten Vereins erarbeitet zu haben. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß er auch die Vorlagen hergestellt hat. Elf Drucke enthielten Propagandamittel und Kennzeichen von verbotenen Nazi-Organisationen. Zeichnungen wie Soldaten der Waffen-SS, Hitlers sowie Hakenkreuze und das SA-Emblem waren zu sehen. Nachdem er sich vor einer Hakenkreuzfahne hatte fotografieren lassen und seine Tätowierungen mit faschistischen Symbolen zur Schau stellte, wurde der 26jährige 1994 zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Ruda war bereits seit 1990 in der ***Nationalen Alternative*** aktiv, schaffte es bis in den Vorstand, wo er als Stiefellecker des Vorsitzenden **Oliver Schweigert** seine Position verbesserte. Rudas Wohnung in der Brunnenstraße in Mitte soll lange Zeit als NA-Büro fungiert haben. 1993 ging Ruda nach Frankfurt/Oder, wo er mit Jungfaschos eine Wehrsportgruppe aufbaute.

Senatsknete für Nazi-Rock

JW 25.1.95 - Der Klamotten- und T-Shirt-Laden ***Ha-Ra-Kiri*** in der Grellstr. 1 b im Prenzlauer Berg wird mit staatlichen Geldern gefördert und verkauft Neonazi-Material. Wie bekannt wurde, bezieht die dort beschäftigte Jugendliche **Nicole R.** seit August '94 ihre monatlichen Überweisungen als Teilnehmerin im sogenannten 301-Programm, einem hauptsächlich durch die Senatsverwaltung für Soziales gefördertes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm für langzeitarbeitslose Jugendliche. Ihr Arbeitgeber ist **Henry Harm**, der bereits als Inhaber des vergleichbaren Ladens ***No Remose*** bekannt wurde. Nach antifaschistischen Protesten mußte er den Verkauf von Nazi-Rock und entsprechenden Fanzines (Szenezeitungen) einstellen und umziehen. Im neuen Laden, dem nun auch ein Versandhandel angegliedert ist, wird alles an Nazimusik geboten, was auf dem Index des Bundesjugendministeriums zu finden ist. Angefangen bei der deutschen Kultgruppe ***Störkraft***, den Bands ***Endstufe***, ***Kahlkopf*** und ***Märtyrer*** reicht das Sortiment über die böhmische Gruppe ***Diktator*** bis hin zu den Idolen ***Skrewdriver*** und ***No Remose*** aus Großbritannien. Auch Skinzines, das Medium, mit dem organisierte Neonazis ihr Umfeld bei der Stange halten, können im „Ha-Ra-Kiri" erworben werden. Ihr Verkauf wie auch der CD-Vertrieb ist in der Regel verboten, deshalb werden sie nur unter der Hand vertrieben. Ohne Probleme konnte bei einem Testkauf das Berliner Neonazi-Fanzine ***Wehrt Euch*** erstanden werden, das die junge Verkäuferin unter der Theke hervorholte. Darin kann man sich mit den „Richtlinien der Hammer-Skins" vertraut machen, die seit über einem Jahr als ***Hammer-Skin-Division Berlin*** bestehen. Sie sind Teil eines internationalen Netzwerks, das von den USA über Westeuropa bis nach Osteuropa reicht. Die „Hammer-Skins" sind ein „eng verflochtener rassistischer Stamm von gleichgesinnten Brüdern und Schwestern". Sie sehen sich als „wichtigen Teil der arischen Geschichte", ihr Ziel ist der „Rassenkrieg", ihre Ideologie nationalsozialistisch. Der Leiter der für das „301-Programm" zuständigen BBJ-Consult, Hanjo Schildt, erklärte, daß es nicht im Sinne der BBJ sei, derartige Projekte zu fördern. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, würde dem „Ha-Ra-Kiri" die Unterstützung gestrichen. Nicht gestrichen werde die Stelle von Nicole R., denn „grundsätzlich gehören auch Rechte zu unseren Zielgruppen".

Neue Nazizeitung

AN 1/95 - Im ***Berliner Verlag der Freunde*** ist zum Jahresbeginn die erste Ausgabe der Zeitschrift ***SLEIPNIR*** erschienen. Abgedruckt werden dort u.a. ein Gespräch des Geschichtsrevisionisten ***Ernst Zündel*** mit ***Fred Leuchter***, ein im Oktober 1994 bei der ***Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg*** gehaltener Vortrag von **Germar Rudolf**, ein Augenzeugenbericht von **Rainer Baber** über den geplatzten Hess-Gedenkmarsch in Luxenburg, ein nicht gehaltener Vortrag vom „DESG-Vater", (***DESG - Deutsch-Europäische Studiengesellschaft***) **Reinhold Oberlercher** und vieles mehr. Über den Buchdienst des Verlag der Freunde, dem u.a. **Andreas Röhler** und **Peter Töpfer** angehören, werden sowohl Nazi-Bücher, als auch rechtsradikale Musik angeboten.

Nazi-Spitzel bei der JRE

Antifa Infoblatt #29 - Bis zum Herbst 1994 arbeitete bei ***Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)*** ein Mensch mit, der heute als Informant der Neonazis bezeichnet werden muß. **Dirk Aschoff** hatte innerhalb der Organisation sehr viel Einblick und eine hohe Position. Bis heute, vier Monate nach seinem Abtauchen, hat sich die JRE nicht öffentlich dazu geäußert und nicht mal diejenigen gewarnt, deren Personalien er in die Hände bekommen hat. Anfang 1995 begann dann eine anscheinend gezielte Terrorkampagne gegen einzelne Menschen, die offensichtlich über Aschoff bei den Faschisten bekannt geworden sind.

Es fing an mit der Vorbereitung zum JRE-Sommercamp 1994. Im Berliner Büro der „am schnellsten wachsenden antifaschistischen Jugendorganisation" (JRE über JRE) liefen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Eine Anmeldeliste nach der anderen wurde ausgedruckt und wanderte, wenn Fehler drauf waren, in den Papiercontainer. Die Adressen von jungen Antifas wurden in einem Computer verwaltet, der sich in einem nicht abschließbaren Büro befand. Einfache Fahrlässigkeit oder steckt mehr dahinter? Dirk Aschoff war maßgeblich an den Vorbereitungen des Sommerlagers beteiligt. Er war Mitglied der Berliner Leitung der sozialistischen Gruppe ***Voran***, deren Vorfeldorganisation die JRE darstellt. Aschoff war auch in der Berliner JRE-Leitung sowie im Bundesausschuß der Organisation. Leider scheint die JRE der Sicherheit ihrer Mitglieder wenig Beachtung zu schenken. Auf dem Sommercamp 1994 in Bayern lagen die Adressenlisten offen aus und waren, nach Beobachtung einiger Antifas, für alle zugänglich. Bei tausend TeilnehmerInnen, darunter auch einer Gruppe aus Berlin, die niemand kannte, besteht natürlich leicht die Möglichkeit, daß auch bisher unbekannte Neonazis darunter sind. Von Seiten einiger Berliner JRE-Mitglieder (die die Gruppe mittlerweile verlassen haben) geriet Aschoff in die Kritik, speziell unter Spitzelverdacht. Ihnen fiel auf, daß er, obwohl fast von Anfang an dabei, immer noch sehr anonym war. So wußte niemand seine Adresse, offiziell wohnte er im JRE-Büro. Es sind weder Verwandte noch andere Kontakte bekannt. Niemand weiß auch, woher er sein Geld bezieht, obwohl er sich teure Sachen leisten konnte und gleichzeitig angab, keinen Job und kein Geld zu haben. Sechs Wochen später war Aschoff weg, er soll sich eventuell in Wien aufhalten. Einer derjenigen, die beim Lager den Spitzelverdacht äußerten, war Anton (Name geändert). Er bekam nach dem Abtauchen von Aschoff mehrere Drohbriefe, 6-8 Nazis versuchten seine Wohnungstür einzutreten und wurden nur durch auftauchende andere Antifas daran gehindert. Danach wurde versucht, ihn gezielt zu überfahren. Auch andere JRE-Mitglieder und TeilnehmerInnen am Sommercamp erhielten Drohbriefe nach Hause geschickt. Es ist nicht klar, ob Aschoff die JRE gezielt unterwandert hat oder die Adressen aus Rache weitergegeben hat - fest steht aber, daß die Nazis über die Anschriften aus dem JRE-Sommercamp verfügen. In der Folge kam es immer wieder zu Angriffen und Überfällen, die sich auch auf Menschen aus der PDS Marzahn ausweiteten (Aschoff war u.a. in diesem Bezirk sehr aktiv). Ob auch mehrere Überfälle bis hin zu scharfen Schüssen auf Antifas in Königs Wusterhausen in diesem Zusammenhang stehen, ist bisher nicht geklärt. Doch auf jeden Fall ist klar, daß der lasche Umgang mit persönlichen Daten von insgesamt mehreren hundert AntifaschistInnen ein Skandal ist. Genauso ein Skandal aber ist der (Nicht)-Umgang, den die Organisation seit-

dem praktiziert. Wir fordern die JRE auf, all diejenigen zu warnen, die mit ihnen im Sommercamp gewesen sind oder auf andere Weise direkt oder indirekt mit Dirk Aschoff zu tun hatten!

Anti-Antifa bei der PDS

Berliner Linke 10.2.95 - Nicht nur die JRE ist Ziel der Ausspähungsversuche der Neonazis, auch die ***PDS*** lohnt anscheinend. Jedenfalls waren ***Anti-Antifa***-Aktivisten bei der AG „Autonome in der PDS" zugange. Schon vor Weihnachten '94 sind gezielt mehrere Personen zusammengeschlagen worden, meist nur wenige Tage nach ihrem Eintritt in die Partei. Einem Marzahner Mitstreiter hatten Faschos die Wohnung kurz und klein geschlagen. Ein Friedrichshainer fand sich im Krankenhaus wieder: *„Du dreckige Zecke, wir wissen wo du wohnst! Der nationale Widerstand wird dich nicht verschonen"* heißt es in einschlägigen Drohbriefen. Ein Foto im „Spiegel" habe sie darauf gebracht, daß unter ihnen ein V-Mann der Nazis war, sagt der 21jährige Stefan, der ebenfalls betroffen ist. Seither erklären sich auch die Angriffe, denen die „autonomen" PDS'lerInnen vor allem in Königs Wusterhausen, Wildau und Berlin ausgesetzt sind und die bis hin zum Mordversuch gehen; mindestens einmal ist bereits scharf auf einen Antifaschisten geschossen worden.

Friedhof geschändet

Tsp, BeZe 30/31.1.95 - Am Sonntag den 29. Januar '95 schändeten „Unbekannte" den Friedhof in der Kiefholzstraße in Berlin-Treptow. 103 Grabsteine wurden umgestoßen. In den Gräbern ruhen vor allem Opfer des Naziregimes. In der Vergangenheit wurde der Friedhof schon mehrfach verwüstet, heißt es in einer Mitteilung des Bezirksam Treptow. Dort wurden die Schäden auf rund 10.000 DM beziffert.

Kantor angegriffen

Taz 23.1.95 - Ein 60jähriger Kantor der jüdischen Gemeinde zu Berlin ist am 21.1. während eines Gottesdienstes angegriffen und verletzt worden. Als Täter wurde ein 28jähriger ukrainischer Asylbewerber festgenommen. Der Mann hatte in der Synagoge in dr Pestalozzistraße in Charlottenburg dem Kantor zwei Thora-Rollen entrissen und ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Mann wurde von Gemeindemitgliedern überwältigt.

S-Bahn Prozeß zuende

ND, Tsp 28.1., 1.2.95 - Die Urteile im S-Bahn Prozeß sind am 31. Januar '95 gesprochen worden. Der Anführer der Nazimeute, der 23jährige **Thomas B**. ist als einziger mit vierJahren und sechs Monaten Haft härter bestraft worden. Dieser ist der Meinung, gar nicht mehr rechtsradikal zu sein. Ein Unschuldsengel ist er bei weitem nicht. So staffierte er seine Kleidung mit Symbolen wie das Hakenkreuz aus und ist schon mehrmals vorbestraft. Die andern sieben angeklagten Jugendlichen kamen mit milden Urteilen (mit Jugendstrafen) davon. *„Zu harte Urteile würden sie völlig ins Kriminelle abstürzen lassen, zu milde würden den Eindruck erwecken, rechte Gewalttaten seien Kavaliersdelikte"* - so Richterin Eschenhagen. Der Angeklagte **Erik B**. flog aus der Armee, obwohl es ihm beim Bund so gut gefiel, daß er sich freiwillig für einen längeren Dienst verpflichtete. Die acht Täter, überwiegend Skinheads, hatten in der Nacht zum 8. Oktober '94 in der S-Bahn und auf Bahnhöfen mehrere Männer und Frauen - in ihrer Definition alles „Linke", „Zecken" und „Neger" - mit Schläger und Tritten mißhandelt, ein Jochbein gebrochen, Jacken abgezogen, „Sieg Heil" gebrüllt und einiges mehr. Insgesamt wurden von ihnen in dieser Nacht 13 Fälle von Körperverletzung, Raub und Sachbeschädigungen bekannt.

Frank Seifert - Aktiver Neonazi?

AIM, Grüne/Bündnis 90 - Das Verwaltungsgericht hat den Antrag des Tiergartener ***Republikaner***-Bezirksverordneten **Frank Seifert** auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen seine Abwahl aus dem Jugendhilfeausschuß abgelehnt. Die Bezirksverordnetenversammlung hatte den REP-Vertreter Ende November auf Antrag von ***Bündnis 90/Grüne*** aus dem Gremium ausgeschlossen. Seifert legte Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ein.

Zur Person: Frank Seifert wurde 1992, also bereits im Alter von nur 21 Jahren, als einer von drei REP-MandatsträgerInnen auf Platz 2 der bezirklichen REP-Liste in die BVV Tiergarten gewählt. Noch in der Wahlnacht rief er vor dem Wahlbüro im Rathaus Tiergarten: *„Jetzt zieht endlich deutsche Politik ins Rathaus ein!"* Als Beruf gibt Seifert an: „Kaufm. Angestellter und Mitarbeiter bzw. Betreiber einer Sicherheitsfirma". Er ist Vorsitzender der ***Republikanischen Jugend*** in Berlin und in dieser Funktion im Landesvorstand der REPs, außerdem war er jugendpolitischer Sprecher. Seiferts Aufteten in der BVV ist meistens sehr gereizt und aggressiv, er ist in seiner kurzen BVV-Karriere rekordverdächtig oft ermahnt, gerügt oder von Sitzungen ausgeschlossen worden; in der Regel aufgrund rechtsextremistischer Äußerungen oder permanenten Widerspruchs gegen den BVV-Vorsteher. Seifert hat, nachdem er vom Vorsteher der BVV gerügt worden war (wegen persönlichen Pöbeleien und störenden Zwischenrufen), ihn erst beleidigt und dann bedroht (ihm ein Nachspiel angekündigt). In der gleichen Sitzung hat Seifert - zum wiederholten Male - einen Bezirksverordneten der ***Grünen*** bedroht. Quer durch den BVV-Saal rief er: *„Dich krieg ich auch noch, mein Freund!"* In einer Sitzungspause der BVV vom 4. November 1993 besuchte Seifert einige REP-Sympathisanten auf der Zuschauertribüne. Er bezeichnete deutlich hörbar dort sitzende offensichtliche Grüne als *„linke Zecken und Arschlöcher"*. Mit Hinweis auf die Bezirksverordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AL) erklärt er: *„Diese linksextremistischen Abgeordneten, diese Wichser gehören alle an die Wand gestellt und erschossen!"*. In einem Redebeitrag in der BVV vom 27.5.93, in Zusammenhang mit Gleisblockaden durch Wehrdienstgegner bei der Einberufung von neuen Wehrpflichtigen zeigte Seifert, wie sein Demokratieverständnis aussieht: *„...wenn ich Zugführer wär, ich wüßte was ich machen würde..."*. Der BVV-Vorsteher stufte diese Äußerung als Aufruf zum Mord ein. Am 14. September '94 sucht Seifert eine Buchhandlung in Moabit auf. Bestimmte Publikationen, die dort auslagen, waren ihm nicht genehm. Er forderte den Buchhändler auf, diese (antifaschistischen) Zeitungen umgehend zu entfernen, ansonsten würde er *„...mit Freunden wiederkommen"*. Seifert ist ständiger Waffenträger, auch innerhalb des Rathauses Tiergarten. Er begründete dies damit, daß er ja in der „Sicherheitsbranche" tätig sei, außerdem habe er einen Waffenschein. Entgegen dem Verbot, in Versammlungsräumen scharfe Waffen zu tragen, hatte Seifert seinen 9mm-Colt immer dabei. Als der Tagesordnungspunkt „Bennung einer Brücke nach Rosa Luxemburg" dran war, lehnte er das natürlich ab. Die Frage, ob er lieber eine „Adolf-Hitler-Brücke" hätte, bejahte er. Zum Thema Gedenken an die Nazizeit bezeichnete Seifert die Fahrten von SchülerInnen zu Gedenkstätten als Verbrechen, den Jugendlichen würde *„ein falsches Geschichtsbild aufgezwungen"*. Natürlich ist er auch ein ständiger Verfechter revanchistischer Standpunkte. So bezeichnet er die ostdeutschen Bundesländer konsequent als „Mitteldeutschland", in Abgrenzung zu „Ostdeutschland" (gemeint sind Gebiete innerhalb Polens), dessen Angliederung an Deutschland er fordert. In Flugblättern, für die er verantwortlich zeichnet, wird auch entsprechend gefordert: *„Rückgabe der deutschen Ostgebiete, denn Deutschland ist größer als West- und Mitteldeutschland!"*. Ein anderes Flugblatt ist überschrieben mit *„Republikanische Jugend - von der Maas bis an die Memel"*. Daß ihm zum Thema AusländerInnen vor allem einfällt *„Ausländer sind größtenteils kriminell veranlagt"* wundert schon gar nicht mehr.

Bei einer solchen Einstellung und Position ist Seifert natürlich auch in der Berliner Neonazis-Szene kein Unbekannter mehr. Am 3. September '94, beim „Vertriebenentreffen", trat er offen zusammen mit führenden Kadern der Nazipartei ***FAP*** auf. Auch die andere jungen REPs hatten keine Berührungsängste zu den bekennden Nationalsozialisten der FAP. Seifert selbst bestätigte in einem Gespräch seine Kontakte zur FAP. Er bezeichnete auch den getöteten Funktionär der ***Deutschen Liga***, **Gerhard Kaindl**, ausdrücklich als seinen Freund. Im engen Umfeld von Seifert bewegt sich auch ein Funktionär der kürzlich verbotenen rechtsextremisti-

schen *Wiking-Jugend*. Auch innerhalb der Republikaner ist Seifert umstritten. Die Tiergartener REP-Fraktion distanziert sich von ihm und er darf z.B. die Fraktionsräume nicht mehr ohne Begleitung betreten. Anscheinend ist ihnen das zu offene Auftreten Seifert als Rechtsextremist zu schädlich für die Partei...

Junge Freiheit

bnr 24.1.95 - Der frühere Berliner Lesekreis der ***Jungen Freiheit*** um **Helge Drescher** firmiert inzwischen als ***Deutsches Kolleg***. Für die „Berliner Gespräche" des „Deutschen Kollegs", angekündigt sind **Franz Uhle-Wettler**, Referent auf der ersten „JF-Sommeruniversität" 1993 in Ravensburg, und Dr. **Winfried Knörzer,** Autor in ***Criticon*** und der JF, wird in der JF und „Nation & Europa" geworben. Hintergrund der Umbenennung des einstigen Berliner JF-Lesekreises waren Auseinandersetzungen um die politische Linie der JF. Die Berliner hatten im Zuge der Entlassung von **Andreas Molau** (26) durch Chefredakteur **Dieter Stein** (27) im September des vergangenen Jahres Partei für den einstigen Leiter des JF-Kulturressorts ergriffen. Mitte Oktober '94 erging an Drescher, so die aktuelle Ausgabe der rechtsextremistischen ***Berlin-Brandenburger Zeitung***, „eine einstweilige Verfügung, die ihm untersagte, weiterhin den Namen Junge Freiheit zu verwenden". Nachfolgerin von Molau wurde die ehemalige „Münchener Freiheit"- und „Criticon"- Autorin **Angelika Willig** (31). Als Ressortleiter hat mittlerweile nach einer Mitteilung der JF 2/95 auch ***Hans-Ulrich Kopp*** die Redaktion der JF verlassen. Frischgebackener Kolumnist der „Jungen Freiheit" (ab 3/95) ist **Günther Zehm** alias **„Pankraz"**, der publizistisch zuvor bei der „Welt" und beim „Rheinischen Merkur" beheimatet war. Zehm, der heute als Philosophieprofessor in Jena tätig ist, wird von der JF als „Synonym für das Genre der scharfsinnigen, brillanten Glosse" charakterisiert. Zehm ist Unterzeichner des „Berliner Appells" und einer Solidaritätskampagne für den umstrittenen Historiker Rainer Zittelmann. Im „Deutschland Magazin" (4/95) beklagte Zehm, dessen Gedanken auch schon in den „Staatsbriefen" zu lesen waren, wie die „Welt" auf einen „linken Kurs" getrimmt würde.

Verbot für TOM

WGA - Auf Berliner Taxis darf kein Comic-Aufkleber von dem in linken Kreisen sehr beliebten Zeichner TOM mit der Aufschrift *„Nazis ins Museum"* kleben. Das entschied das Berliner Verwaltungsgericht und gab damit einem Verbot des Einwohnermeldeamtes recht, das u.a. für die Zulassung der Taxi-Konzessionen zuständig ist. Der Aufkleber (siehe Abbildung auf der Titelseite) stelle eine zu hohe politische Beeinflussung eventueller Fahrgäste dar...

Werbeveranstaltung der FAP

WGA - Am Sonnabend den 18. Februar '95 fand nahe Berlin eine Werbeveranstaltung der ***FAP*** statt. Über 100 Leute, vor allem Jugendliche, nahmen daran teil. Organisiert war sie von der „FAP Mitteldeutschland" und dem Berliner Landesvorsitzenden **Lars Burmeister**.

Freispruch

JW, taz 27.1.95 - Ein 22jähriger ist vor dem Landgericht Berlin vom Vorwurf der Verbreitung von NS-Propagandamaterial freigesprochen worden, da diesem nicht nachgewiesen werden konnte, daß er den ***NS-Denkzettel*** verteilt hatte. Die Hetzschriften waren am 30. Juni 1994 bei einer Durchsuchung in dem mit Stahlhelm, Reichskriegsflagge u.ä. dekorierten Zimmer in der elterlichen Wohnung in Berlin-Hohenschönhausen gefunden worden. Der Mann war verdächtigt, als Mitglied der Gruppe ***Weißenseer Arischer Widerstand*** Drohschreiben an die ***PDS*** geschickt zu haben.

Razzia gegen rechte Rocker

BeZe, JW, BM, Tsp, Welt 17.2.95 - Mehr als 330 Beamte aus verschiedenen Dienststellen durchsuchten am Dienstag den 16. Februar '95 sechseinhalb Stunden lang drei Lokale und 14 Wohnungen der Rockergruppen ***Hells Angels*** und ***Eastside***. Beschlagnahmt wurden Kleidung mit SS-Runen, etwas Rauschgift, mehrere scharfe Waffen mit Munition (u.a. ein Revolver, eine Pistole und eine Pumpgun), 15 Hieb und Schlagwaffen sowie eine Handgranate und Sprengstoff. Bei den Lokalen handelt es sich um das ***Angels Place*** in Tiergarten, der ***Roten Harfe*** und der Discothek ***Trash*** in Kreuzberg. 13 Personen wurden festgenommen, einige von ihnen tragen nach Angaben der Polizei Hakenkreuztätowierungen. Zehn von Ihnen wurden nach erkennungsdienlicher Behandlung wieder auf freien Fuß gesetzt. Die drei anderen werden wegen Verstoß gegen das Waffengesetz dem Haftrichter vorgeführt. Auch von der Polizei festgenommen wurde der 34jährige Rockerchef **Holger B.**, welcher am 7. Juli 1994 in der Quitzstraße zwei Türken mit einem Baseballschläger niedergeschlagen hatte und bereits gesucht wurde.

Kinospot beschlagnahmt

JW 11.2.95 - Am 8. Februar '95 stellten sich im Kino „Adria" in Steglitz Beamte des Staatsschutzes vor, um einen kaum einminütigen Kinospot zu beschlagnahmen. In dem Streifen der ***Kampagne gegen die Wehrpflicht*** wird gezeigt, wie ein in sein Heimatland abgeschobener Deserteur die Hinrichtung eines anderen Kriegsflüchtlings durch sein Zellenfenster beobachtet. Lesen konnten die ZuschauerInnen in dem bundesweit in 70 Kinos gezeigten Film: *„Seit dem ersten Dezember 1994 lassen die Innenminister - Kanther, Heckelmann, Beckstein und andere - Deserteure und Kriegsflüchtlinge abschieben. Abschiebung ist Mord!"* Nach Auskunft eines Sprechers der Justiz soll ein Anfangsverdacht bestehen, daß der Spot Tatbestände der Beleidigung und Verleumdung der erwähnten Politiker erfüllen könnte. „Um diesen Verdacht zu überprüfen, ist der Film sichergestellt worden".

Ausländerwahlrecht

FAZ 30.2.95 - In einem Papier, das der „Freiburger Kreis" der ***FDP*** nach seiner Tagung am 29. Februar '95 veröffentlichte, stellten die Abgeordneten fest, die Bundesrepublik sei „faktisch zum Einwanderungsland" geworden. Zur „qualitativen und quantitativen Steuerung" der Zuwanderer sei daher eine aktive Einwanderungspolitik notwendig. „Gefestigte Ausländer" sollten aktives und passives Kommunalwahlrecht erhalten. Bei ihrer Einbürgerung seien doppelte Staatsbürgerschaften hinzunehmen, wenn den Betroffenen die Aufgabe ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft nicht möglich oder unzumutbar sei. Außerdem sollen die Kinder von in Deutschland ansässigen Ausländern mit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

Brandenburg

Urteile wegen Mordversuch

BeZe 24.1., Tsp, JW 14.2.95 - Das Landgericht Frankfurt/O. verurteilte am 13. Februar '95 den Rechtsradikalen **Carsten Szczepanski** wegen Mittäterschaft am versuchten Mord zu einer Haftstrafe von acht Jahren. Szczepanski war nach Ansicht des Gerichts einer der Hauptverantwortlichen, als im Mai 1992 der nigerianische Asylbewerber **Steve E.** von einer Gruppe Rechter in Wendisch-Rietz brutal zusammengeschlagen wurde und im nahen Scharmützelsee ertränkt werden sollte. In der sehr interessanten Begründung des Urteils führte die Richterin Frau Hecht aus, daß der ideologische Tatbeitrag das gleiche Gewicht habe, wie der physische, also die unmittelbare Ausführung der Tat: *„Rechtsradikale Gesinnung und Rassenhaß waren unmittelbare Grundlage und Auslöser der Tat. Dieser Rassenhaß hat sich auch im Nichtverhalten des Angeklagten, unter anderem in der Herausgabe des Fascho-Skinzines 'United Skins' bestätigt."* Szczepanski habe sich in der Tatnacht in Wendisch-Rietz zum Anführer der Gruppe erhoben und die Tötungsabsicht des bereits verurteilten Haupttäters **Kai Müller** nicht nur unterstützt, sondern einen eigenen Tatbeitrag geleistet, erklärte die Richte-

rin. Während die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von zehn Jahren gefordert hatte, hatte Szczepanskis Verteidiger **Aribert Streubel** aus Berlin auf Freispruch plädiert. Streubel ist bereits bekannt als Verteidiger von Arnulf Priem und anderen Nazigrößen. In dem jetzigen Verfahren wurde Szczepanskis Rolle im bundesweiten Neonazi-Netzwerk deutlich: Im Februar '92 führte die Bundesanwaltschaft unter anderem gegen ihn ein Ermittlungsverfahren nach §129a („Terroristische Vereinigung") durch, wegen der Gründung einer Gruppe des ***Ku-Klux-Klans (KKK)***. So war Szczepanski auch Herausgeber des KKK-Blattes ***Feuerkreuz***, an dessen Erstellung auch der Berliner **Norman Zühlke** beteiligt war. Beide hatte im September '91 eine Kreuzverbrennung mit dem US-amerikanischen KKK-Chef **Dennis Mahon** durchgeführt. Aber auch Szczepanskis Mitbewohner sind bekannte Nazis. So fand er gleich nach der Wende 1989/90 in Berlin Unterschlupf bei **Andreas Pohl**, Gründer und ehemaliger Vorsitzender der mittlerweile verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***. Zwei Jahre später wohnte er in Königs Wusterhausen zusammen mit **Eric Otto**, der erst im Januar '95 an der österreichischen Grenze mit faschistischem Propagandamaterial festgenommen wurde. Gegen Otto läuft ebenfalls ein Verfahren wegen Mordversuchs: Er hatte 1991 in Zeesen mit einer scharfen Pistole auf einen Hausbesetzer geschossen. Bei der damaligen Hausdurchsuchung bei Szczepanski und Otto wurden u.a. auch Rohrbombenhülsen und Bombenbau-Anleitungen gefunden worden. Dennoch wurde das §129a-Verfahren im September '92 wieder eingestellt, angeblich weil zu der Vereinigung noch mehr Leute notwendig wären, nicht nur zwei. Dabei hatte Szczepanski bei der Polizeivernehmung selbst schon mehrere weitere Namen genannt, die in diesem Zusammenhang wichtig sind. Zum Beispiel **Dennis** [illegible] aus Essen und **Marc Klaasen** aus Elmshorn. Das Szczepanski in seiner einjährigen Untersuchungshaft engen Kontakt zu allen möglichen Nazigrößen unterhielt, versteht sich wohl von selbst. Bis heute ist er in einschlägigen Kreisen aktiv, erst im Januar dieses Jahres schrieb er einen Artikel in der Zeitung der Nazi-Gefangenenhilfsorganisation ***IHV***. Der Nebenklagevertreter von Steve E. kritisierte scharf die schleppenden Ermittlungen, u.a. lagen die Akten ein dreiviertel Jahr lang in Frankfurt/O. herum, Verfahren gegen Mitbeteiligte waren bereits eingestellt, der Verfassungsschutz weigerte sich, über Szczepanski auszusagen und vieles mehr.

Bereits am 23. Januar '95 sprach das Potsdamer Landgericht drei junge Männer der Beihilfe zum Mordversuch im selben Fall schuldig. Die drei hielten andere Personen davon ab, dem schon am Boden liegenden Nigerianer zu helfen, außerdem feuerten sie Kai Müller noch an. Sie wurden zu Bewährungsstrafen zwischen eineinhalb und zwei Jahren verurteilt. Ihnen wird ein Bewährungshelfer zur Seite gestellt und brauchen außerdem nur 60 und 100 Stunden Sozialarbeit leisten. Während des Prozesses wurde deutlich, daß die Angeklagten bzw. Freunde von ihnen alles daran setzten, eine Verurteilung zu verhindern. Das geschah vor allem durch die Bedrohung von ZeugInnen, damit diese nicht gegen die Angeklagten aussagen. Ein Ermittlungsverfahren wegen dieser Nötigung wurde wieder eingestellt.

Überfall auf Behinderten

BeZe 6.2.95 - Etwa 10-15 Jugendliche haben am 4. Februar '95 nachmittags in einer Straßenbahn in Brandenburg/Havel verfassungsfeindliche Parolen, darunter „Sieg-Heil", gerufen. Bürger alarmierten die Polizei. Diese nahm dann die Personalien von zehn Tatverdächtigen auf. In der Nacht zum 4. Februar '95 wurden zwei Männer im Alter von 44 und 45 Jahren, von denen einer körperlich behindert sein soll, von drei Männern angegriffen. Diese zogen sie von ihren Fahrrädern, schlugen sie und entwendeten Geld und Dokumente.

Haftstrafe für Brandanschlag auf PDS-Chef

BeZe 14.2.95 - Zu Freiheitsstrafen zwischen einem und sechs Jahren verurteilte das Potsdamer Amtsgericht am 13. Februar '95 drei Männer, die im Dezember '93 das Haus des PDS-Politikers **Rolf Kutzmutz** in Brand stecken wollten. Der heute 18jährige Bauhelfer **Heiko Groch** wurde wegen versuchter schwerer Brandstiftung und der Herstellung einer Brandflasche sowie wegen dreier weiterer Straftaten zu sechs Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der Schüler **Paul Zakrzewski**, der zur Tatzeit 14 Jahre alt war, erhielt eine Jugendstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. „Geistiger Urheber" des Anschlags auf den Politiker sei der heute 30jährige Eisenbahnarbeiter **Uwe Wiedenbusch** gewesen, so Richter Klaus Przbilla. Er habe die beiden Jugendlichen „in die Spur geschickt", um das Wohnhaus von Kutzmutz mit einem Brandsatz anzuzünden. Dafür soll er nach Auffassung des Richters für drei Jahre und vier Monate ins Gefängnis gehen. Der Anschlag hatte sich in der Nacht des 27. Dezember '93 ereignet. Die Angeklagten hatten politische Motive als Grund für den Brandanschlag auf das Kutzmutz-Haus im Potsdamer Stadtteil Stern jedoch verneint. Kutzmutz habe sie zwei Tage vorher aufgefordert, leere Hülsen von Silvesterraketen vor seinem Haus wegzufegen, gaben die beiden Jugendlichen vor Gericht an. Darüber seien sie erbost gewesen und hätten schließlich nach reichlichem Alkoholgenuß den Racheakt geplant. Die mit Benzin gefüllte Flasche hatten sie von einem fahrenden Motorrad auf das Haus geworfen. Es war nur leichter Sachschaden entstanden, da der Brandsatz nicht in das Verandafenster einschlug, sondern an der Hauswand abprallte. Das Hauptmotiv war für die Staatsanwaltschaft jedoch nicht persönliche Rache, sondern eindeutig Feindschaft gegen andere politische Anschauungen gewesen.

Urteil in Schwedt

JW 10.2.95 - Am 9.2.'95 wurde der 24jährige Neo-Nazi **Sven Hansen** vom Amtsgericht Schwedt wegen Bedrohung eines linken Jugendlichen zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen à 33 Mark verurteilt. Der Angeklagte hat im März '94 bei einem Besuch des vorrangig von linken und unpolitischen Jugendlichen besuchten Jugendclubs ***HIT*** den Zeugen **J.T.** angegriffen und mit den Worten:"Ich mach dich kalt!" bedroht. Die Richterin dazu: „Vor dem Hintergrund Ihrer Vergangenheit ist es nicht auszuschließen, daß solche Worte von Ihnen als Bedrohung ausgelegt werden". Hansen war in der jetzt verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** als Leiter der Bereiche Soziales und Sicherung von Arbeitsplätzen tätig gewesen. In seiner Eigenschaft als Nazikader galt er schon 1991 als Kontaktperson der Schwedter NF. In dieser Zeit nahm er auch an einem Fascho-Aufmarsch in Halbe und an einer Schulung der ***Deutschen Kulturgemeinschaft e.V.*** in Berlin teil. Heute soll er in der NF-Nachfolgeorganisation ***Sozialrevolutionäre Arbeiterjugend (SrA)*** für die Abteilung „Schulungen" verantwortlich sein. Er hingegen beteuerte, er wäre in seinem ganzen Leben noch nie durch körperliche Gewalt aufgefallen, es passe seiner Ansicht nach nicht zu seinem Charakter. Ein Schwedter Jugendlicher dazu:" Sven Hansen ist immer dabei, wenn die Nazis zuschlagen. Aber er schlägt nicht selber, sondern läßt schlagen. Das ist in Schwedt stadtbekannt." Hansen sei im März '94 auch noch bei anderen Aktionen gegen linke Jugendliche gesehen worden. Zuletzt vor dem HIT. Im Vorfeld des Prozesses wurden die Eltern des Opfers von rechten Jugendlichen besucht, die androhten, es würde Konsequenzen geben, falls ihr Sohn nicht die Anzeige gegen Hansen zurückziehen würde.

Gedenkstein für Synagoge besprüht

BeZe 7.2.95 - Der Gedenkstein für die ehemalige Synagoge in Frankfurt (Oder) ist geschändet worden. Die Polizei teilte mit, Unbekannte hätten mit schwarzer Farbe einen Judenstern und das Wort „Jude" auf den Stein am Brunnenplatz gesprüht. Die Ermittlungen dauern an.

Pole mißhandelt

BZ 9.2.95 - Ein 42jähriger Pole wurde in Guben von zehn Jugendlichen zusammengeschlagen und mit Füßen getreten. Einer der Täter trug Tarnanzug und Schnürstiefel. Das Opfer erlitt eine Platzwunde am Kopf.

Glatzen-Terror

BZ 16.1.95 - In Bad Saarow wurde der Chef der Disco „Neptun", **Nils-Uwe Sch.** von drei vermummten Skinheads bedroht. Sie zerstachen die Reifen seines Kleinbusses und lauerten ihm nach der Disco auf. Als er in den Bus sprang, zerschlugen die Skins noch eine Scheibe, wobei einem Insassen 16 Splitter ins Auge gerieten. Einer der vermummten schrie: „Deine Disco kannst du vergessen! Das nächstemal machen wir dich platt."

Hand in Hand mit Faschisten

JW, BZ 7./9.2.95 - Obwohl laut dem Leiter der Strafrechtsabteilung im Brandenburger Justizministerium, **Dr Lemke** ,der Kampf gegen die Rechten Priorität haben soll, kommt es in brandenburgischen Dörfern immer häufiger zu Razzien und anschließenden Ermittlungsverfahren gegen linke und antifaschistische Projekte. Diese wurden in der Presse im Anschluß stets von Diffamierungskampagnen begleitet, die dann über die „linken Chaoten" berichten. Das jüngste Beispiel ist ein rechter Jugendlicher, der die Bewohner eines alternativen Wohnprojektes beschuldigt, ihn und seinen Freund mit heißen Eisenstangen mißhandelt zu haben. Er hätte flüchten können, doch sein Freund wäre verschleppt worden. Auf diese Anzeige hin wurden alle Räume des Hauses durchsucht, und bei sämtlichen BewohnerInnen erkennungsdienstliche Behandlungen durchgeführt . Gefunden wurde in dem Haus lediglich die Atrappe einer Handgranate, was in den Schlagzeilen für eine Darstellung der „brutalen Gewalttäter" sorgte. Wenig später mußte die Staatsanwältin **Langen** jedoch zugeben, daß die beiden in der rechten Szene einschlägig bekannten Jugendlichen sich mit heißen Bratspießen die Verletzungen selber zugefügt hatten. Die Staatsanwältin hält das Vorgehen der Polizei auch im Nachhinein für gerechtfertigt. „Das hätte jedem Bürger passieren können. Im übrigen gehen wir gegen die rechte Szene genauso massiv vor wie gegen die linke", beteuerte sie. Die Gleichheit der Verfahrensweisen gegen Rechts und Links zeigten sich mal wieder, als im August '94 in der Kleinstadt Straußberg bei einer Plakataktion Freilassungsforderungen für die inzwischen tatsächlich auf freien Fuß gesetzte Irmgard Möller verklebt wurden. Zwei Verdächtigen wurde wegen angeblicher „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§129a StGB) das Verfahren gemacht. Und es war Staatsanwältin Langen, die das Verfahren an den Generalbundesstaatsanwalt in Karlsruhe weiterleitete. Viele Bewohner von linken Wohnprojekten in Brandenburg befürchten, daß, wenn in Kürze ihre Mietverträge auslaufen, sie aufgrund der Stimmungsmache gegen Linke keine Verlängerung bekommen werden. Anzeigen von Rechten gegen Linke zeigen aber einen durchschlagenden Erfolg. Nach einer Aktion gegen ein Fascho-Zentrum in Barndenburg/Havel erstatteten die Rechten, die dort aktiv waren, Anzeige gegen einen stadtbekannten Linken. Gegen diesen wurde auch prompt ein Haftbefehl wegen „Mordversuch" erlassen, und das SEK hatte erneut einen Grund,innerhalb von zwei Wochen zum zweitenmal das besetzte Haus in der Klosterstraße zu durchsuchen. Nach einer Woche mußte der Haftbefehl allerdings zurückgezogen werden, weil der Angeklagte zur Tatzeit auf einer Geburtstagsfeier war und 50 Zeugen vorweisen konnte. „Die Staatsanwaltschaft arbeitet hier wohl Hand in Hand mit den Faschisten, wenn es darum geht, linke Jugendliche zu kriminalisieren", befürchtet ein Brandenburger Hausbesetzer. „Wir lassen uns aber nicht unterkriegen. Es ist wichtig, daß auch in den Kleinstädten linke Kultur und Politik präsent sind."

Rechtsradikale verhaftet

Taz 27.1.95 - Die Grenzpolizei Lindau hat am 24. Januar '95 zwei Rechtsradikale aus dem Raum Potsdam verhaftet. Bei den 24 und 26 Jahre alten Männern handelt es sich unter anderem um einen der Mitbegründer des ***Ku-Klux-Klan*** in Deutschland. Er wird außerdem wegen Verdachts des gemeinschaftlichen Totschlagsversuchs seit längerer Zeit gesucht.

Hooligans in Potsdam

BeZe 30.1.95 - Polizeibeamte haben nach kurzer Verfolgung zwei Hooligans in Potsdam festgenommen, die am 28. Januar '95 nachmittags mit Baseballschlägern an einer Straßenbahnhaltestelle wahllos auf drei Jugendliche eingeschlagen hatten und einen dabei verletzten. Zwei weiteren Randalierern gelang die Flucht. Bei den beiden einschlägig bekannten Festgenommenen wurden zwei Baseballschläger, ein amerikanischer Schlagstock und ein Funktelefon sichergestellt.

Urteil aufgehoben

WGA, Tsp, BeZe 3./4. 2. 95 - Das Urteil gegen einen mutmaßlichen Friedhofsschänder wurde aufgrund eines Formfehlers wieder aufgehoben. Der 26jährige Angeklagte **Sven Ruda** soll am Abend des 12. September 1992 mit roter Farbe Parolen wie „Sieg heil" und „Jude verecke" sowie SS-Runen auf Grabsteine und die Friedhofsmauer geschrieben haben. Sein Komplize **Daniel Schünemann** wurde vom Jugendschöffengericht Strausberg zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Das Verfahren von Sven Ruda wurde abgetrennt und vor dem Erwachsenenschöffengericht verhandelt. Nach der Strafprozeßordnung hätte das Verfahren jedoch ebenfalls vor dem Jugendschöffengericht verhandelt werden müssen. Das Urteil wäre dann jedoch von einem normalen Schöffengericht gefällt worden. Im ersten Prozeß im April '94 wurde der Angeklagte wegen „gemeinschaftlicher Volksverhetzung in Tateinheit mit Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung" zu einem Jahr und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Zur Tatzeit waren beide Angeklagten führende Mitglieder der rechtsextremen ***Nationalen Alternative***, Ruda war Vorsitzender, Schünemann sen Stellvertreter. Unterdessen ist Ruda in Berlin zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden (siehe „Berlin").

Böse Kinder

TATblatt 29 - Ganz Neubrandenburg empört sich über eine „Gedenkstättenschändung". Jedoch stört die braven Bürger nicht, daß Faschisten in ehemaligen Konzentrationslagern marschieren, sondern eine antifaschistische Sprühaktion dreier SchülerInnen. Die drei Jugendlichen im Alter von 13 und 14 Jahren besprühten in der „Gedenkstätte für die Opfer des ehemaligen Sowjetischen Sonderlagers Fünfeichen" die Wände mit Parolen, wie Nazi verecke und Nazis raus. Außerdem kennzeichneten sie mehrere Granithakenkreuze, um darauf aufmerksam zu machen, wem diese Gedenkstätte gewidmet ist: Nazi-Verbrechern, die 1945 von den Sowjets interniert wurden. Da die beiden Jungen erst 13 Jahre alt, und daher noch nicht strafmündig sind, baut die Polizei die Anklage gegen das 14jährige Mädchen als Haupttäter auf.

Prozeß geht weiter

Taz 27.2.95 - Im Juni '94 wurde **Silvio Jankowski,** der wegen eines Brandanschlages auf ein leerstehendes Asylbewerberheim, in das am nächsten Tag 86 Afrikaner einziehen sollten, vor Gericht stand, mangels Beweisen freigesprochen. Nun hat der Bundesgerichtshof (BGH) den Freispruch wieder aufgehoben. Im letzten Prozeß beschuldigte der Angeklagte die Bewohner des Dorfes, in dem das Asylbewerberheim eingerichtet war, gegen ein Honorar von 2.000 Mark mehrere Brandstifter angeheuert zu haben. Die Dorfbewohner hatten keinen Hehl daraus gemacht, das ihnen die Zerstörung des Heimes wilkommen gewesen war. Die damalige Bürgermeisterin Dolgenbrodts, **Ute Preißler**, kommentierte: „Ich weiß nichts von einer Geldsammlung. Aber keiner war traurig über diese Lösung." Der zur Tatzeit 18jährige Angeklagte rühmte sich zu Anfang mit der Tat, zog jedoch später sein Geständnis zurück. Der BGH verwies das Urteil und gab der Revision der Staatsanwaltschaft statt. Der Fall wurde an das Landgericht Frankfurt (Oder) überwiesen. Am Urteil der Potsdamer Kollegen kritisierte der BGH vor allem, das sie sich nicht ausreichend mit den vorhandenen Indizien auseinandersetzten, beispielsweise mit dem Zugeständnis des Angeklagten, daß er sich am Vortag des Brandanschlages Flaschen zur Herstellung von Molotowcocktails besorgte.

Hamburg

Neonazis freigesprochen

Presse 3./6.2.95 - Zwei Neonazis, die im Zusammenhang mit den Massenmorden der Nazis vom „Auschwitz-Mythos" gesprochen hatten, sind am 2. Februar '95 vom Hamburger Amtsgericht freigesprochen worden. Der Richter erklärte, daß **André Goertz** und **Jens Siefert** ein Leugnen des Massenmordes nicht nachzuweisen sei, da das Gericht der Ansicht sei, daß die Rede von einem „Auschwitz-Mythos" nicht identisch sei mit dem Begriff „Auschwitzlüge". Der Begriff des „Mythos Auschwitz" sie ein selbstständiger Begriff geworden und müsse die Greueltaten nicht leugnen.

Die Staatsanwaltschaft, die ursprünglich sechs Monate Haft mit Bewährung gefordert hatte, will [illegible]e Berufung gehen. Die Angeklagten wurden von dem bekannten Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger** verteidigt. Der CDU-Politiker und Mitglied im Zentralrat der Juden **Michel Friedman** sowie der Kölner Publizist **Ralph Giordano** kritisierten das Urteil scharf. Im ***Nationalen Infotelefon*** der Naziszene in Hamburg hieß es dagegen triumphierend, das Urteil zeige, daß es „anständige Richter mit Zivilcourage" gebe. „Bündnis 90/Grüne" beantragten, daß sich der Bundestag in seiner nächsten Sitzung mit dem Freispruch befaßt. Inzwischen hat der Vorstandsvorsitzende der Telekom- und Postholding, **Hans Gottfried Bernharth**, gefordert, daß die Telekom die Möglichkeit erhalten muß, volksverhetzende Infoltelefone abzuschalten.

Ehrengerichtsprozeß gegen Neonazi-Anwalt

SZ 17.2.95 - Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat gegen den Neonazi-Verteidiger **Jürgen Rieger** ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Es wird geprüft, ob Rieger sich in einem Verfahren gegen den Neonazi **Jürgen Mosler** standeswidrig verhalten hat. Er hatte vor dem Landesgericht in Stuttgart versucht, die Hauptverhandlung „standeswidrig durch zahlreiche Beweisanträge zu sabotieren". Wenn die Hamburger Staatsanwaltschaft zu diesem Urteil kommt, drohen Rieger ein befristetes Berufsverbot oder ein dauernder Kammer-Ausschluß.

Hessen

Grabsteine beschmiert

FR 13.2.95 - Ein Friedhof in Riedstadt-Wolfskehlen (Kreis Groß-Gerau) ist von unbekannten Tätern geschändet worden. Die Täter hätten vermutlich in der Nacht zum Samstag Hakenkreuze auf vier Grabsteine und ein Holzkreuz gesprüht, teilte die Polizei am Sonntag in Rüsselsheim mit. Auch die Urnenwand des Friedhofs sei beschmiert worden. In derselben Nacht hätten Unbekannte in Wolfskehlen die Reifen von rund 40 Autos zerstochen. Außerdem seien Autos, Hauswände und Zäune ebenfalls mit Hakenkreuzen beschmiert worden. Nach Einschätzung der Polizei stehen die Friedhofsschändung und die anderen Taten möglicherweise miteinander in Zusammenhang.

Morddrohungen gegen AStA

AN 2/95 - Am Montag den 8. Januar 1995 erhielt der AStA der Uni-Marburg einen in Hamburg abgestempelten Brief, der eine perverse Morddrohung enthielt. Auf dem dem Briefkopf war das NSDAP-Emblem abgebildet. Wir zitieren wörtlich: *„An den AStA der Uni-Marburg. Betr.: Einäscherung. Sehr geehrte Mitglieder des StudentInnenausschusses, da wir aus zahlreichen Quellen erfahren haben, daß aus ihrem Weiterleben keine sozialen Vorteile zu erwarten sind, und Sie mit Ihrem erbärmlichen Erscheinen nur zum Schrecken der gesamten Menschheit herumlaufen, und Ihren Mitmenschen zur Last fallen, haben wir, auf der Grundlage unserer Vorstellungen zur Lenkung des Menschenüberschusses in Europa, Ihre Beerdigung beschlossen. Sie werden hiermit aufgefordert, sich am Mitwoch dem 11.1.1995 um 22 Uhr in den Räumen des AStA Marburg, zum Zwecke der Verbrennung Ihrer Körper mit Leinenhemd bekleidet und Gesangbuch einzufinden. Sie werden gebeten, am Tage Ihrer Einäscherung keinen Alkohol zu sich zu nehmen, um Explosionen zu vermeiden. Ferner ist von Ihnen ein Topf für die Grieben und die anfallenden Fette, sowie eine Urne zu stellen. Für die Löschung Ihres Namens beim Einwohnermeldeamt wollen sie pesönlich Sorge tragen. Da aus politischen Gründen zur Zeit keine direkte Rücksprache mit uns erfolgen kann, bitten wir Sie gegebenenfalls sich bei unserer amtlichen Zentrale zu melden: NSDAP-AO, Box 6414, Lincoln/NE 68506 USA. Mit deutschem Gruß, die Sektion der NSDAP-AO West- und Mitteldeutschland."* Sollten ähnliche Briefe an anderen ASten aufgetaucht sein, bittet der AStA Marburg um Meldung: Tel.: 06421-1703-0, Fax: 06421-1703-33.

„Linksfaschistischer Terror"

WGA, Taz 23.1.95 - Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und ca. 250 DemonstrantInnen kam es am 20. Januar '95 bei einer Wahlkampfveranstaltung der ***CDU*** mit Bundesinnenminister **Manfred Kanther** im Frankfurt/M. Mit Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz räumte die Polizei den Eingang zum Bürgerhaus im Stadtteil Bornheim. Als Kanther kam, flogen ihm Flaschen, Farbbeutel und Eiern entgegen, angeblich auch Leuchtspurgeschosse. Die DemonstrantInnen wandten sich vor allem gegen den harten Kurs des Innenministers, den sie für die vermehrten Abschiebungen verantwortlich machten. Mit den Abschiebungen verbunden sind oft Folter und Tod der betroffenen Flüchtlinge. Kanther beurteilte die Proteste gegen seine Politik als „linksfaschistischen Terror", dem er energisch entgegentreten wolle: *„Wir werden verhöhnt als Law-and-order-Leute. Wir sind es. Und wir sind es gerne"* ließ er einen Tag später im Landesausschuß der hessischen CDU verlauten. Über etwaige Festnahmen bei der Protestaktion ist uns nichts bekannt.

Ermittlungen gegen REP-Beamte

AN 2/95 - Der hessische Innenminister **Gerhard Bökel** hat entschieden, „Vorermittlungen" gegen Beamte einzuleiten, die Funktions- und Mandatsträger der Republikaner sind. Die Partei sei rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich, sagte Bökel; wer sich als Beamter öffentlich für diese Partei einsetze, setze sich daher auch dem Verdacht aus, „ein Dienstvergehen zu begehen". Das Innenministerium formulierte parallel zu dem Erlaß auch eine mehrseitige Entscheidungs- und Begründungshilfe. In dieser heißt es u.a., die REP`s ließen mangelnde Distanz zur Herrschaft des Nationalsozialismus erkennen und betätigen sich mit „rassistisch gefärbter Hetze" sowie „fremdenfeindlicher Agitation". Beamte, die Mitglied der REP`s seien, müßten daher in Zukunft in Hessen mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.

Höhn-Vorlesungen untragbar

JW 21.1.95 - Am Mittwoch, den 18. Januar '95, veröffentlichte der AStA der Uni Gießen einen offenen Brief an die Unileitung und die Professoren des Fachbereichs 19. In dem Brief hieß es, es dürfe für **Charlotte Höhn** keinen neuen Lehrauftrag geben. Frau Höhn hatte bis zum Wintersemester 1994/95 einen Lehrauftrag für das Fach Bevölkerungswissenschaften. Die Dozentin war ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, als sie im September letzten Jahres während der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz in einem Interview äußerte, daß die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner niedriger sei, als die anderer. Nun soll entschieden werden, ob Frau Höhn, die am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung angestellt ist, ein neuer Lehrauftrag beantragt werden soll. In dem Schreiben des AStA heißt es, es sei wichtig, das Höhn nicht bereit sei, aus ihrem Denken und Handeln Konsequenzen zu ziehen. Die umstrittene Bevölkerungswissenschaftlerin hatte sich damit zu entschuldigen versucht, daß die von ihr gemachten Äußerungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Sie habe nur die „Freiheit der Wissenschaft" verteidigt. Die Rassenunter-

schiede seien leider „statistisch nachweisbar". Nach einer Direktoriumssitzung wurde verlautet, daß man geneigt sei, ihr im Sommersemester wieder eine Chance zu geben. Die Studenten der Uni waren laut AStA geteilter Meinung über Frau Höhn. Viele halten sie wegen ihrer rassistischen Äußerungen für untragbar. Andere halten ihre Vorlesungen für sehr interessant, und würden sie im nächsten Semester gerne wiedersehen.

Antifaschist soll in den Knast

JW 15.2.95 - Seit Anfang Februar '95 wartet der Wiesbadener Antifaschist **Gunther S.** auf den Bescheid, in den Knast gehen zu müssen. Sein Antrag auf Revision seiner Verurteilung durch das Mainzer Landgericht aus dem Jahr 1994 schmetterte der Bundesgerichtshof jetzt ab. Damit ist der 29jährige rechtskräftig wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt und muß noch eineinhalb Jahre einer zweijährigen Haftstrafe absitzen. Er hatte bereits ein halbes Jahr in U-Haft verbracht. Letztes Jahr hatte die 2. Strafkammer des Landgerichts Mainz unter Vorsitz von Richter **Friedrich Jungbluth** Gunther S. für schuldig befunden, mit anderen autonomen AntifaschistInnen ein Treffen der sich in ***Deutsche Nationalisten (DN)*** umbenannten Neonazipartei ***Deutsche Alternative (DA)*** angegriffen und deren Autos beschädigt zu haben. In der ausschließlich als Indizienprozeß geführten Gerichtsverhandlung verurteilte ihn Richter Jungbluth letztlich wegen dem Fund von Glassplittern, einem Knüppel, einer Liste mit Autonummern in seinem Fahrzeug sowie seiner „Gesinnung". Der Antrag auf Neuaufnahme des Verfahrens wegen einer geschwärzten Zweitakte der Polizei und der Zurückhaltung entlastender Zeugenaussagen wurde abgelehnt.

Gegen Diskriminierung

FR 13.2.95 - Die Leiterin des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten (Amka) **Rosi Wolf-Almanasreh** fordert eine bessere rechtliche Grundlage, die AusländerInnen vor Beleidigung, Benachteiligung oder Herabsetzung schützt. Ein solches Anti-Diskriminierungs-Gesetz gebe es beispielsweise schon in den Niederlanden, Frankreich, USA, Schweden oder Dänemark. Bei seinen Bemühungen, gegen Diskriminierungen vorzugehen und ein respektvolles Zusammenleben aller deutschen und ausländischen FrankfurterInnen zu ermöglichen, arbeite das Amt bislang „wie ein Artist ohne Netz", sagte Wolf-Almanasreh. Dabei seien Beschwerden über vermeindliche oder tatsächliche Benachteiligung von AusländerInnen an der Tagesordnung im Amt. Sehr häufig, so die Amtsleiterin, lasse sich der Fall durch einen Anruf klären. Bei „harten Fällen", etwa dauerhafte Benachteiligung bei Behörden, habe das Amt aber keine Handhabe, außer Überzeugungsarbeit zu leisten. Jetzt hat das Amt eine Broschüre im 15 Sprachen herausgegeben, in der Adressen der zuständigen Stellen bei Polizei, Gewerkschaften und Amka aufgelistet sind, an die sich Menschen wenden können, die aufgrund der Hautfarbe, Sprache oder Religion angegriffen oder verletzt werden. Die Amka-Beschwerdestelle ist unter der Tel.-Nr. (069) 212-38765 zu erreichen, dort kann auch die Broschüre bestellt werden.

Anschlag gegen Abschiebungen

Tsp 4.2.95 - Der Anschlag auf Telekom-Leitungen im Umfeld des Frankfurter Flughafens hat sich offenbar gegen die Abschiebungen von Asylbewerbern auf dem Rhein-Main-Flughafen gerichtet. Darauf wies am Donnerstag ein bei der „Frankfurter Rundschau" eingegangenes Bekennerschreiben der bislang unbekannten Gruppierung „Keine Verbindung e.V." hin. Spezialisten der Frankurter Kripo untersuchten am Donnerstag den zweiseitigen maschinegeschriebenen Brief. Techniker der Telekom hatten die in der Nacht zum Mittwoch durchtrennten Glasfaserleitung in drei Kabelschächten bis zum frühen Donnerstag morgen wieder repariert. „Seit 1.00 Uhr morgens sind die unterbrochenen Telefonverbindungen wieder hergestellt", sagte ein Sprecher der Frankfurter Telekom-Direktion. Nach seiner Darstellung sind die Kabelschächte so gesichert, daß es schon einer „massiven kriminellen Energie" bedürfe, um an die Leitungen zu gelangen. Die an der Landschaft angepaßten, ebenerdigen Schachtzugänge seien mit zentnerschweren Betondeckeln versperrt.

Mecklenburg-Vorpommern

Mosambikaner angegriffen

BeZe 6.2.95 - In Schwerin haben am Sonnabend nach Polizeiangaben zwei Männer und eine Frau einen 30jährigen Mosambikaner angepöbelt und geschlagen. Er mußte ins Krankenhaus, konnte nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden, teilte die Polizei gestern mit. Die Angreifer seien festgenommen worden.

NPD-Funktionär ein Terrorist?

JW, SZ, Tsp 11./14.2.95 - Die Organisierung und Finanzierung eines Überfalls auf ein Flüchtlingslager in Bahlen bei Boizenburg wird dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der ***NPD*** von Schleswig-Holstein, **Heinrich Förster**, vorgeworfen. Der 67jährige Rentner steht seit dem 10. Februar '95 vor dem Landgericht Schwerin, er ist wegen Mordversuch, schwerer Brandstiftung und schwerem Landfriedensbruch angeklagt. Förster soll am 31. Juli '92 den Überfall von 30 Neonazis organisiert, aber nicht selber daran teilgenommen haben, was auch vom ehemaligen NPD-Vorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, **Rüdiger Klasen**, bestätigt wurde. Klasen ist im vergangenen Dezember wegen versuchtem Mord zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Heinrich Förster streitet alle Vorwürfe ab, er stellte sich als gewaltfrei dar und behauptete, von dem Anschlag vorher nichts gewußt zu haben.

Niedersachsen

Geldstrafe für Rassisten

Taz 7.2.95 - Das Oberlandesgericht Celle hat den Verfasser eines rassistischen Flugblatts wegen Volksverhetzung zu 2.250 DM Geldstrafe verurteilt. Der Strafsenat wertete das Flugblatt als Angriff auf die Menschenwürde von Asylbewerbern und bestätigte ein Urteil der Vorinstanz. Das Flugblatt enthielt das gefälschte Bekenntnis eines Flüchtlings, er bringe den Deutschen Aids, verteile Rauschgift an Kinder und lebe faul auf Kosten der als Nazi-Schweine bezeichneten Bevölkerung.

§129a gegen Plakat

JW 17.1.'95 - Gegen die Göttinger Gruppe ***Kunst und Kampf (KUK)*** wird wegen eines Plakats nach §129a („Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") ermittelt. Die Gruppe KUK stellt vor allem Plakate und Bilder her, die sich mit antifaschistischen Themen befassen, oft rufen ihre Plakate zu Demonstrationen auf, die von der ***Antifa M***, gegen die sowieso schon nach §129a ermittelt wird (siehe WGA #3), mitveranstaltet werden. Auslöser der Ermittlungen jetzt war ein Plakat, das vor der Abbildung des gesprengten Knastes in Weiterstadt Vermummte zeigt, die ein Transparent mit der Aufschrift „Kampf der Klassenjustiz" tragen, die Überschrift lautet „Zusammen gehört uns die Zukunft". Für die Generalbundesanwaltschaft ist der Tatbestand eindeutig erfüllt und es wird jetzt auch gegen VerkäuferInnen eines Heftes ermittelt, in dem das Bild abgedruckt wurde.

Ministerin kritisiert Asylpraxis

HAZ 6.2.95 - Die niedersächsische Justizministerin **Heidi Aml-Merk** bedauerte in ihrer Festrede bei der Verleihung des Werner-Holtford-Preises Anfang Februar '95 in Hannover, daß vom Verfassungsrecht auf Asyl „nicht mehr viel übriggeblieben" sei. „Noch nie zuvor wurde ein Grundrecht so ausgehöhlt wie dieses". Häufig kommt es zu Rückschiebungen in den Verfolgerstaat.

Der im Asylkompromiß vorgesehene Sonderstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge sei wegen der Uneinigkeit von Bund und Ländern über die Finanzierung bisher in keinem Fall verwirklicht worden, meinte die Ministerin. Besonders „peinlich" seien angesichts des grauenhaften Krieges in der Türkei mit Folter und Hinrichtungen Vorschläge auch aus ihrer eigenen Partei, mit Ankara Vereinbarungen über Abschiebungen von KurdInnen zu treffen.

Rassistisch beleidigt

WSS 12.2.95 - Die 15jährige Schülerin Leshia C. ist im Dezember '94 von Hanau ins niedersächsische Hodenhagen gezogen. In ihrer neuen Schule in Hademstorf ist sie rassistischen Beleidigungen einiger MitschülerInnen ausgesetzt, durch die sie jetzt gezwungen ist, die acht Kilometer zwischen Schule und Wohnort zu Fuß zurückzulegen. Leshias Mutter besteht jetzt darauf, daß diese Beleidigungen von der Schulleitung unterbunden werden, zumal sie teilweise vor den Augen des Lehrpersonals stattfinden. Wie bekannt wurde, ist Leshia an der Schule kein Einzelfall, mindestens drei weitere nichtdeutsche MitschülerInnen leiden unter den Aggressionen, die ihnen entgegengebracht werden.

Nordrhein-Westfalen

NPD-Treffen verhindert

AN 2/95 - Die rechtsradikale ***NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands)*** wollte sich am Januar '95 zum wiederholten Male in Essen treffen. Anders als bei den Veranstaltungen im „Schloß Borbeck" und im „Burghof" ging diesmal jedoch ein anonymer Anruf bei Essener AntifaschistInnen ein. Etwa 50 Antifas begaben sich daraufhin gegen 18 Uhr am Abend der Veranstaltung in die Gaststätte „Zum krausen Bäumchen" in Essen-Rellinghausen. Nach Angaben der Wirtin wurde der Raum unter dem Namen **Kremer** angemeldet (so heißt der langjährige Kreisvorsitzende der NPD in Essen). Die Leute, die sich regelmäßig in der Gaststätte treffen, seien „gute Kunden und anständige Bürger". Überhaupt seien in der Gaststätte „alle Kunden willkommen, ob CDU, SPD odert NPD". Hinweisen, daß die NPD eine rechtsradikale Partei sei, trat sie mit einem Lokalverbot für die Antifas entgegen. Während der Diskussion mit dem Wirt entstand der Eindruck, die NPD war und wird auch in Zukunft gerngesehener Gast in dem Lokal sein. Die von der Wirtin alarmierte Polizei wußte laut eigenen Angaben von dem Treffen nichts. Vorbeifahrende Autos und Passanten wurden durch Gespräche und kurzerhand erstellte Transparente auf das Treffen aufmerksam gemacht. Die Gespräche mit den AnwohnerInnen stießen durchweg auf positives Echo. Die um Ruhe bemühte Wirtin sagte gegen 18.30 Uhr die Veranstaltung ab. Trotzdem wurde die spontane Demonstration bis 20.30 Uhr fortgesetzt.

Festival in Rheinbach

Presseinfo, 5.1.95 - Nach dem großen Erfolg des Antifa-Festivals Ende 1993 in Rheinbach (über 900 BesucherInnen) veranstaltet die Autonome Antifa REM erneut ein Festival, dessen Erlös auch diesmal wieder der antifaschistischen Arbeit im Raum Rheinbach, Euskirchen und Meckenheim (in der Nähe von Bonn) zugute kommen soll. Das Festival in diesem Jahr steht unter dem Motto: „Tanz in den Frühling" und findet am

Freitag, den 17. März '95 ab 18.00 Uhr

in der Stadthalle Rheinbach statt. Auf dem Programm stehen: Anarchist Academy (Hiphop aus Dortmund), Kapitulation Bonn (Melodischer Punk aus Frankfurt/M.), Highzung (Politpunk aus der Eifel) und Special Guests. Karten kosten 12 DM im Vorverkauf und 15 DM an der Abendkasse. Zu bestellen sind sie beim

Edelweiss-Versand
c/o Le Sabot, Breite Straße 76, 53111 Bonn

Prozeß gegen Weidner

RSZ 23.12.94 - Am 9. März '95 ab 9.00 Uhr findet der Prozeß gegen **Norbert Weidner *(FAP)*** wegen des Überfalls auf die Rheinbacher Kneipe „Ahorn" satt. Ort: Amtsgericht Euskirchen, Kölner Str. 40-42, Raum 121 (1.Stock). Was vorgefallen war: Augenzeugenberichten zufolge feierte der 22jährige an diesem Abend in einer Rheinbacher Diskothek den 61. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers. Gegen 21 Uhr soll er dann mit einigen Rheinbacher und Bonner Kameraden Richtung Deinzer Platz gegangen sein. Als sie dort eine Gruppe von Jugendlichen, die sie für Angehörige der Rheinbacher linken Szene hielten sahen, sollen sie Parolen wie „Wie kriegen Euch alle" und „Antifa verrecke" gebrüllt haben. Augenblicke später habe dann der Bonner FAP-Aktivist das Feuer mit Leuchtspurmunition auf die Jugendlichen eröffnet. Laut Staatsanwaltschaft soll der erste Schuß aus etwa 10 Metern Entfernung gegen eine Hauswand geprallt sein. Der zweite traf einen jungen Mann in den Rücken. Voller Panik versuchten die jungen Leute daraufhin, sich in das Kellerlokal zu flüchten. Doch auch dort waren sie nicht sicher, denn die Täter schossen mit Tränengas in die menschenvolle Kneipe. Ein Kellner, der versuchen wollte, die Situation zu entschärfen, wurde vor dem „Ahorn" brutal zusammengeschlagen. Erst als er blutüberströmt am Boden lag, sollen die Schläger, unter ihnen auch ein bekannter Neonazi aus Flerzheim, den Rückzug angetreten haben. Nach Informationen der Staatsanwaltschaft und des Pressedienstes der Autonomen Antifa (REM) ist Norbert Weidner kein unbeschriebenes Blatt. So wurde der Bonner Neonazi schon zweimal wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt, einmal zu 18 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung und 20.000 DM Geldstrafe. Im November war er an einem Skinheadüberfall im Bonner Loch beteiligt, bei dem ein Mann so schwer verletzt wurde, daß ihm später die Milz entfernt werden mußte. Als strafmildernd erkannte die Justiz damals an, daß Weidner erklärte, sich künftig lediglich politisch zu betätigen. Neben seinen Ämtern als stellvertretender Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer ist Weidner Beauftragter der FAP für „Anit-Antifa". Im letzten Jahr sei der Bonner Neonazi öfters in Rheinbach gewesen. Die sogenannte „Ermitlungsgruppe", die für die Beobachtung der Neonaziszene zuständige Gruppe der Antifa spricht von einem „Kontaktaufbau zu Rheinbacher Kameraden" und „Rekrutierungsversuchen Weidners bei Rheinbacher Jugendlichen". So tauchten beispielsweise an Rheinbacher Schulen und in einem Jugendzentrum Aufkleber der FAP und der ***Anti-Antifa*** auf. Die Überführung des Gewalttäters sei mehr als wahrscheinlich, da er vor Zeugen mit der Tat geprahlt haben soll und die Beweislage eindeutig sei, so die Staatsanwaltschaft.



Rechter Verlagsprospekt

bnr 3/95 - Der neueste Verlagsprospekt des Wuppertaler ***Zeitschriften und Musikverlages*** von **Dieter Koch** ist im Januar erschienen. Im Angebot sind neben CDs wie „Helden sterben einsam" von „Odins Erben", „Sieg des Glaubens" von „Agard", MCs von Frank Rennicke („Ich fühle deutsch") auch T-shirts von „No surrender". Werbung für seinen Verlag macht Koch unter anderem in der NPD-Postille „Deutsche Stimme". Zugleich ist er Redaktionsmitglied des Organs der „Jungen Nationaldemokraten", „Einheit und Kampf", das auch von ihm herausgegeben wird. Thematische Schwerpunkte bilden nach Eigenangaben „Interviews mit bekannten Persönlichkeiten des nationalen Lagers, Berichte aus der nationalsozialistischen Szene, Nachrichten von der „Überfremdungsfront" sowie Veranstaltungsberichte und Aufklärungsarbeit über den politischen Gegner".

Rechte Schülerzeitung

Antifa REM 18.1.95 - Am 18. Januar '95 wurde an einem Dürener Gymnasium eine Schülerzeitung namens ***Hoppla*** verteilt. Verteiler waren Faschos aus den ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** Düren/Jülich. Als Herausgeber ist **Manfred Rouhs** (Ratsherr der ***Deutschen Liga*** in Köln) angegeben. In der Zeitung wurde Werbung für die JN und diverse Fascho-Bands gemacht.

Zeugen sagen für Solingen-Angeklagte aus

BeZe 2.2.95 - Zeugen wollen drei der im Prozeß um den den Brandanschlag von Solingen angeklagten vier jungen Männer knapp eine Stunde vor der Tat an einem entfernter gelegenen Ort in Solingen gesehen haben. Die Aussagen machten gestern eine 31jährige Hausfrau und ihr Ehemann. Nach dem Zeitablauf der Bundesanwaltschaft hätten die drei zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg zum Tatort sein müssen.

Nazi-Propaganda im WDR

Taz 20.1.95 - Die HörerInnen des WDR-Morgenmagazins im Hochsauerlandkreis mußten sich am Morgen des 19. Januar '95 rechtsradikale Propaganda pur reinziehen. In den Regionalnachrichten des Senders Siegen konnte man hören: *„Ein Begegnungszentrum für nationale Bürger und Jugendliche plant ein sogenanntes* ***Aktionsbündnis Nationaler Widerstand****. Wie aus einer Presseerklärung der* ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei*** *Olpe hervorgeht, haben sich in Südwestfalen alle nationalen Parteien, Vereine sowie Freundeskreise zu diesem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Neben der* ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*** *aus Siegen, Olpe und dem Hochsauerlandkreis wird das Bündnis beispielsweise auch von der* ***Deutschen Liga für Volk und Heimat*** *Siegerland getragen. Das Bündnis kündigte für die nächste Zeit einige „spektakuläre Aktionen an"*. Was das Siegener WDR-Team sich bei der Meldung gedacht hat, wurde nicht bekannt. Die WDR-Zentrale in Köln bewertete die Meldung lediglich als „mißverständlich formuliert".

Kölner Schikanen gegen Roma

JW 26.1.95 - Kölner Roma durften nicht am 27. Januar '94 zur offiziellen Gedenkfeier anläßlich der Befreiung des KZ Auschwitz nach Polen reisen. Die Stadt Köln verweigert ihnen die notwendigen Reisedokumente. Roma wurden aufgefordert, Pässe bei den Botschaften der jugoslawischen Nachfolgestaaten zu beantragen. Dem halten die Betroffenen entgegen, sie seien nach dem Zerfall Jugoslawiens staatenlos und wollten sich keine neue Staatsangehörigkeit überstülpen lassen. Aachen hat dagegen den eingeladenen Roma Reisedokumente ausgestellt. Der Kölner Roma e.V. protestierte gegen das Vorgehen.

Demo gegen Abschiebungen

JW 26.1.95 - Gegen Abschiebungen vom Düsseldorfer Flughafen demonstrierten am Freitag mehr als 200 Menschen. Mit Transparenten wie „Alle reden vom Krieg, wir fliegen Sie hin" machten sie auf die Verletzung der Menschenrechte, auf Verstöße gegen Abkommen und Gesetze aufmerksam. **Frank Eyssen** vom ***Büro für notwendige Einmischungen*** in Hamburg führte den Demonstrationszug als „Flughafenbegleiter" durch den Flughafen: „Ich möchte Sie über Sicherheitsstandards und Menschenrechtsverletzungen auf diesem Flughafen informieren." Vor den Schaltern von Ghana Airways fand die Hauptkundgebung statt. Eine Maschine der Gesellschaft hob kurz nach Beginn der Demonstration ab. „Wir konnten beobachten", informierte Eyssen, „wie soeben einige Mittäter des Bundesgrenzschutzes die Papiere von Flüchtlingen über den Tresen reichten, es sind also Flüchtlinge an Bord dieser Maschine." Den Fluggästen wurden Möglichkeiten zum Handeln genannt: „Schnallen Sie sich bitte nicht an, dann hat der Flugkapitän ein erhebliches Problem: Er kann nicht starten!" Bei der Flughafenverwaltung, beim Bundesgrenzschutz und bei Ghana Airways liefen Telefone und Faxgeräte heiß: Die Initiatoren hatten alle, die nicht zur Demo erschienen waren, aufgefordert, per Telefon und Fax ihren Protest auszudrücken.

Rheinland-Pfalz

Nazi-Veranstaltung verhindert

ND 30.1.95 - Eine zehnstündige Jagd haben sich am 28. Januar '95 rechte Skinheads und die Polizei geliefert. Laut Polizeiaussagen wollten die etwa 80 Skins und andere Rechte in einer Gaststätte im Westerwald einen Vortrag zur „Rassenlehre" hören. Der Wirt erteilte ihnen Hausverbot. Rund 70 Polizisten verfolgten daraufhin die Skins zu fünf weiteren Kneipen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Polizei ließ von der Verfolgung ab, als die Mitglieder der Gruppe, darunter eine 84jährige, in ihre Heimatorte fuhren.

Staatsanwaltschaft ermittelt

JW 27.1.95 - Die Bonner Staatsanwaltschaft hat 700 Ermittlungsverfahren gegen TeilnehmerInnen einer Demonstration am 10. Dezember 1994 in Worms angestrengt. Die DemonstrantInnen hatten die Schließung von Abschiebeknästen gefordert. Nun wird ihnen der Aufruf zu Straftaten - Landfriedensbruch und Sachbeschädigung - vorgeworfen. Damals sollte eine symbolische Entzäunung des Abschiebeknastes in Worms stattfinden, was nicht gelang. Vor der Kundgebung hatte das Amtsgericht Bonn Hausdurchsuchungen bei den Initiatoren durchgeführt und bei den Razzien Computer und Listen mit den Namen von 700 UnterstützerInnen mitgehen lassen. Aufgrund dieser Personendaten wird jetzt ermittelt. **Klaus Vack**, einer der Initiatoren der Dem[illegible]m Aktionskreis „Ziviler Ungehorsam für Asylrecht", hatte schon im Vorfeld Selbstanzeige erstattet und damit Strafverfolgungsbehörden auf die Aktion aufmerksam gemacht. Oberstaatsanwalt Peter Iwand aus Bonn erklärte, man habe aber schon wegen des Legalitätsprinzips ermitteln müssen. **Martin Singe**, Sprecher der Aktion, bleibt gelassen: „Wir wollten damit eine neue Form der Auseinandersetzung provozieren." Den Angeboten der Staatsanwaltschaft, mit einer Geldbuße die Sache zu den Akten zu legen, werde man nicht entsprechen, sondern sich vor Gericht verantworten. „Wir haben für unser Tun Rechtfertigungsgründe die, wenn das Grundgesetz ernstgenommen wird, zu Freisprüchen vor Gericht führen müssen." Ein für allemal wollen sie geklärt haben, daß es legal ist, gegen die herrschende Flüchtlingspolitik zu demonstrieren: „Nicht wir sind kriminell, sondern die Asylpolitik der Bundesregierung." Falls die Staatsanwaltschaft die PR-Aktion gegen die Flüchtlingspolitik mitmacht, stehen in mehr als 60 deutschen Städten Prozesse an. Die DemonstrantInnen kamen aus allen Teilen der Republik.

Flüchtling erselbstmordet

JW 1.2.95 - Der algerische Flüchtling **Amar Tahir** beging in einer Zelle der JVA Wittlich am 20. Januar '95 Selbstmord. Er saß seit neun Monaten in Abschiebehaft, nachdem er im Juni vergangenen Jahres wegen Verdachts des illegalen Aufenthalts in Mainz „vorläufig" festgenommen worden war. Die Landesbehörden versuchten diesen Selbstmord geheimzuhalten. Zwei Tage vor seinem Tod wurde Tahir Vertretern des algerischen Konsulats zwangsweise vorgeführt. Dort wurde ihm eröffnet, daß er bald in seine Heimat „zurückkönne". Bereits seit 1991 versuchte Amar Tahir, Asyl zu bekommen. Damals setzte er sich aber nach Belgien ab, da er kein Vertrauen in die deutschen Behörden hatte. Anscheinend hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz keine Schwierigkeiten damit, Flüchtlinge von Konsulatsvertretern ihres Verfolgerstaates verhören zu lassen. Am selben Tag wie T[illegible] wurden 40 bis 60 weitere algerische Flüchtlinge zur Zentralen Asylstelle in Ingelheim gebracht, um dort Rede und Antwort zu stehen. Früher fanden diese Anhörungen sogar im Konsulat statt. Da sich die Flüchtlinge allerdings wehrten, kam es regelmäßig zu Polizeieinsätzen. Weil es sich bei den Konsulaten um algerisches Hoheitsgebiet handelt, wurden die Verhöre in die örtlichen Asylstellen verlagert, um die rechtliche Form zu wahren. Neben der Überprüfung der persönlichen Daten sind die Konsulatsbeamten an allem interessiert, was einer Verfolgung in Algerien dienlich sein kann.

Saarland

Friedhof geschändet

Autonome Antifa Saarbr., SZ 14.2.95 - Am 10. Februa[illegible]5 kam es in Saarlouis zu einem Anschlag auf 13 Grabsteine im jüdischen Teil des Alten Friedhofs. Die Steine wurden mutwillig umgeworfen, was auf eine gezielte Aktion hinweist. Während die Polizei meint, es könne sich ja um einen „Einzeltäter" handeln, ordnen örtliche Antifas den Anschlag eher dem Umfeld des ***FAP***-Aktivisten **Peter Strümpler** zu.

Sachsen

Nazis in Wurzen

JW 1.2.95 - Wurzen liegt zwischen Leipzig und Riesa. Zur Zeit ist in der Kleinstadt übermäßig viel Polizei präsent, denn seit Monate eskaliert dort die sogenannte Jugendgewalt. Die sächsische Sonderkommission Rechtsextremismus ermittelt gemeinsam mit einer Soko „Mulde" (so heißt der örtliche Fluß), die die zuständige Polizeidirektion in Grimma gebildet hat. Gründe dafür sind eine Eskalierung faschistischer Aktionen im Ort. In der Nacht des 21. Januar '95 überfielen etwa 40 mit Baseballkeulen bewaffnete Rechtsradikale ein Haus in Wurzen, in dem Jugendliche aus dem Umfeld des linken Musikprojekts „Villa Kunterbunt" zur Miete wohnen. „Die von innen verriegelte Tür wurde im Handumdrehen eingeschlagen. Die zehn Leute, die sich im Haus befanden, versuchten sich über das Dach zu retten oder aus dem Fenster zu springen. Die es nicht schafften, wurden zusammengeschlagen", so ein Bewohner des Hauses. Auch scharf geschossen worden sei in jener Nacht, mehrere Einschußlöcher zeugten davon, die Polizei habe ein Projektil sichergestellt. Bereits vor dem Überfall waren am selben Abend zwei linke Wurzener Jugendliche an der ***Barakke*** zusammengeschlagen worden. Die „Barakke" hat ihre Geschichte: Am 6. Oktober '94 war ein Dutzend mit Eisenstangen bewaffneter junger Rassisten auf portugiesische Bauarbeiter losgegangen, die in Wurzen beschäftigt waren. Fünf Portugiesen waren verletzt worden, die Angreifer bewarfen die anrückende Polizei noch mit Steinen. Nach diesem Vorfall lud die Stadtverwaltung zu einem Gespräch ein, an dem Polizei, rechte und linke Jugendliche teilnahmen. Ergebnis war eine Gewaltverzichtserklärung sowie die Zusage, den Rechten ein eigenes, städtisch gefördertes Jugendzentrum einzurichten. Dieses ist nun die „Baracke", die sie seit Mitte Januar benutzen. Die Stadt bezeichnet diese zwar als „offene" Einrichtung, doch sorgt z.B. ein selbsteingerichteter Ordnungsdienst dafür, daß nur Jugendliche mit rechter Gesinnung Einlaß finden. Seitdem kam es dort schon mehrmals zu Angriffen gegen linke Jugendliche. Einen Tag nach dem Überfall auf die „Villa Kunterbunt" wurde ein Jugendlicher in der Nähe der Discothek „Joy", die ebenfalls als Rechtentreff bekannt ist, verfolgt und durch einen Streifschuß am Kopf verletzt. Das LKA Sachsen behauptet der Lokalpresse gegenüber, diese Gewalttaten seien von der linken Szene ausgegangen, sie hätten die Rechten provoziert. Auch der zuständige Mitarbeiter des Jugendamts, ein Herr **Stör**, soll sich nach den Ausschreitungen eindeutig geäußert haben: *„Die Linken gehören doch alle in den Knast"*... Auch von der örtlichen ***PDS***-Fraktion können die linken Wurzener Jugendliche nicht viel Hilfe erwarten. Die Meldungen in der Lokalpresse seien ja sehr widersprüchlich gewesen, und zu „diesen sogenannten Linken" habe bisher auch niemand Kontakt. Auch zehn Tage nach dem rechten Überfall sah PDS-Stadtrat **Meisner** keinerlei Anlaß, einzuschreiten. In einem Presseaufruf der Wurzener Initiative ***Jugend gegen Extremismus*** heißt es: *„Wurzen und umliegende Städte wie Thräna, Naunhof und Grimma haben sich zu Zentren rechtsextremistischer Gruppierungen und Kameradschaften entwickelt, die in letzter Zeit wieder mit brutalster Gewalt gegen 'andersaussehende' und mutmaßlich 'andersdenkende' Jugendliche vorgehen"*. Seit über zwei Jahren wirbt die mittlerweile verbotene ***Wiking-Jugend*** in der Region und rekrutiert besonders unter SchülerInnen für ihre Unterorganisation ***Jungsturm***. Auch der ***FAP***-Führer des sogenannten „Gau Sachsen", **Dirk Zimmermann**, wurde in den Tagen um den 21. Januar mehrfach in Wurzen gesehen. Am Samstag nachmittag, wenige Stunden vor dem Überfall auf das Wurzener Wohnhaus, fand im ca. 50 Kilometer entfernten Waldheim ein Treffen der sogenannten ***Kameradschaft Mitteldeutschland*** mit 50-60 Nazis statt. Diese Gruppierung gilt als Sammelbecken für Neonazis aus verschiedenen verbotenen Organisationen.

Haftstrafen für Rechtsradikale

SZ 20.1.95 - Im Bautzen-Prozeß gegen sechs Gewalttäter aus der rechtsradikalen Szene sind am 19. Januar '95 die Urteile gesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte den zumeist Jugendlichen vorgeworfen, Ende Dezember 1993 einen 38jährigen Mann aus der sächsischen Stadt Kamenz entführt, zusammengeschlagen und mit brennbaren Chemikalien übergossen und in einem Moor alleingelassen zu haben. Sowohl die Täter als auch ihr Opfer, das zur Tatzeit selbst mit Haftbefehl gesucht wurde, sollen Verbindungen zu „organisierten Kriminalität" haben. Die beiden Hauptangeklagten haben sich nach den Worten des Vorsitzenden Richters des Menschenraubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung schuldig gemacht. Die beiden sind zu vier Jahren und acht Monaten sowie zu vier Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Einer der sechs Angeklagten erhielt eine Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Bei zwei Angeklagten setzte das Gericht eine Jugendstrafe von jeweils einem Jahr und drei Monaten zur Bewährung aus. Ein Angeklagter wurde zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu jeweils 20 Mark verurteilt.

Demoverbot für Nazis

JW 11.2., SZ 13.2.95 - Zu den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten zur Bombardierung Dresdens vor 50 Jahren hatten sich auch rechtsextreme Gruppen angekündigt. Unter anderem mobilisierte die Tarnorganisation ***Bund für Gesamtdeutschland*** zu einem Aufmarsch am 11. Februar '95 in die sächsische Hauptstadt. Die Stadt Dresden unterlag zunächst einem Beschluß des Verwaltungsgerichts, das die Demo wieder erlaubte. Allerdings wurde dessen Beschluß vom Oberverwaltungsgericht in Bautzen dann endgültig abgelehnt. Schon am Freitag, dem 10. Februar, sollte eine Mahnwache und Kundgebung der ***NPD*** stattfinden, die allerdings ebenfalls verboten worden ist. Diese wurde vom Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** angemeldet. Deckert selber wurde bei seiner Anreise in einem Konvoi mit neun Fahrzeugen schon auf der Autobahn zwischen Eisenach und Dresden angehalten und zwei Tage lang festgehalten. Bei dem 55jährigen wurde massenweise Propagandamaterial gefunden, das zur Verteilung in Dresden gedacht war.

Sachsen-Anhalt

Haldensleben: Die Gewalt eskaliert

SZ, Taz, Welt 14./15.2.95 - Bei einem faschistischen Überfall in Haldensleben ist in der Nacht des 12. Februar '95 der Jugendliche **Mike T.** lebensgefährlich verletzt worden und lag mehrere Tage im Koma. Seitdem ist er halbseitig gelähmt. Etwa 15 Rechtsradikale stürmten ein Haus, in dem sich ca. zehn linke Jugendliche aufhielten. Sie schlugen unter anderem mit Baseballkeulen auf die Leute ein, dabei wurde der 22jährige Mike am Kopf schwer verletzt. Die Opfer konnten der Polizei Angaben über die Identität mehrerer der Täter machen, so daß es in den folgenden Tagen mehrere Festnahmen gab. Gegen sechs Nazis ist Haftbfefehl erlassen worden. Derjenige, der Mike den Baseballschläger auf den Kopf schlug, muß mit einer Anklage wegen versuchten Totschlags rechnen, so die Staatsanwaltschaft. Zwei Täter sind noch auf der Flucht. Zwei Tage nach dem Überfall besetzten linke Jugendliche einen Teil des Rathauses und forderten von der Stadt neue Räume, da sie in diesem Haus offensichtlich nicht mehr sicher seien. Es wird befürchtet, daß nun die Situation in Haldensleben wieder eskaliert: Schon im Sommer 1991 gab es harte Auseinandersetzungen von Antifas und Neonazis. Am 18. Februar kam es im Ort zu einer antifaschistischen Demonstration, an der etwa 300 Menschen teilnahmen.

Nazi-Überfall in Magdeburg

JW, Taz 31.1.95 - Rund 20 Naziskins machten in der Nacht des 28. Januar '95 Jagd auf linke Jugendliche. Eines der Opfer wurde zusammengeschlagen und ausgeraubt. Die Polizei nahm in der Nähe 12 rechte Skinheads fest, denen der Überfall zugerechnet wird. Fünf der Festgenommenen waren bereits bekannt: Sie waren in der Silvesternacht in Wernigerode an Krawallen beteiligt, bei denen Nazis aus der ***FAP*** drei Polizisten schwer verletzten.

Rechtsextreme im Oberharz

Welt 1.2.95 - Im Ostharz wird ein dichtes Netz neofaschistischer Aktivitäten geknüpft. Nach einer Studie von ***Bündnis 90 / Die Grünen*** operiert dort die rechtsextreme Szene mit festen Organisationsstrukturen. Hochburgen seien die Städte Wernigerode, Quedlinburg, Halberstadt und Ilsenburg. In der Region kämen Übergriffe nicht spontan zustande, betont die grüne Landtagsabgeordnete Martina Bendler. Als Beispiel führt die Theologin aus Halberstadt an, daß unlängst linksorientierte Jugendliche zunächst fotografiert und dann zusammengeschlagen wurden. In Quedlinburg, wo 1992 randalierende Jugendliche nächtelang Brandsätze auf ein Asylbewerberheim warfen, gilt der westdeutsche Neonazi **Steffen Hupka** als Drahtzieher. Hupka lebt seit Mitte 1993 in der Vorharzstadt und gibt dort seit April 1994 das neonazistische Theorieorgan ***Umbruch*** heraus, das er als „persönlichen Rundbrief an Freunde, Bekannte und andere Interessierte" deklariert. Seine wichtigste Zielgruppe: „Schüler an Gymnasien, um die zweite Generation der unzufriedenen Jugend in den Griff zu bekommen". Auf Hupkas Initiative wurden in Quedlinburg und Ilsenburg ***„Stammtische"*** gegründet, an denen sich militante Neonazis, ***Republikaner***, Mitglieder der ***NPD*** und „autonome" Rechte versammeln. In Wernigerode nahmen die Gewalttaten gegen Flüchtlinge und einstige DDR-VertragsarbeiterInnen aus Vietnam nach einer Kundgebung der ***FAP*** drastisch zu. Landesweit verdoppelte sich 1994 die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten gegenüber 1993. Fraktionschef Hans-Jochen Tschiche rügt, politische Hintergründe würden vor Gericht nicht erkannt oder heruntergespielt. Obgleich es sich bei jungen Gewalttätern oft nicht um organisierte Neofaschisten handele, sei der Einfluß rechtsextremistischer Organisationen breiter als angenommen. Laut Bündnis sucht die rechte Szene im Land zunehmend auch Weggefährten aus dem bürgerlichen Lager.

Keine Wohnberechtigung für Juden?

Taz 1.2.95 - Rund 2.000 Wohnungssuchende sind in Schönebeck registriert. Hinzu kommen seit kurzem 60 jüdische ZuwanderInnen aus Rußland, die derzeit in einer Sammelunterkunft leben. Als diese Wohnberechtigungsscheine (WBS) beantragen wollten, wurde ihnen stattdessen ein Zettel in die Hand gedrückt: *„Sie haben die Möglichkeit, in anderen Städten eine Wohnung zu finden"*, erfuhren die ZuwanderInnen auf deutsch und russisch. *„Hier in Schönebeck gibt es zur Zeit keine Möglichkeit, eine Wohnung für Sie zu finden".* Das sei blanker Antisemitismus, findet der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Sachsen-Anhalt, Peter Ledermann. In Schönebeck nehme man offensichtlich an, daß die Zuwanderer in Unkenntnis ihrer Rechte die Auskunft als gegeben hinnehmen, ohne daß man die eigentliche Motivation hinter der Angelegenheit zeigen müsse. *„Wenn man Schönebeck judenfrei haben möchte, sollte man dies auch laut sagen und nicht mit solchen Schriftstücken arbeiten"* meint Ledermann, der gegen den verantwortlichen Dezernenten der Stadt, **Martin Hennig**, Dienstaufsichtsbeschwerde erhob. Dieser Beschwerde will der Oberbürgermeister **Hans-Jürgen Haase** (CDU) jedoch nicht nachgehen. Er meinte, daß Ledermann die Sache unnötig hochspiele und Stimmungsmache betreibe. Haase befürchtet soziale Unruhen, falls die jüdischen ZuwanderInnen „bevorzugt" mit Wohnraum versorgt werden. Auch der frühere Vorsitzende des Museumsvereins von Schönebeck, **Günter Kuntze**, wirft Haase Antisemitismus vor. Kuntze beschäftigt sich schon seit Anfang der 80er Jahre mit der Geschichte der Juden in diesem Ort.

Gräber zerstört

Taz 15.2.95 - In der Nacht zum 12. Februar '95 wurden in Eisleben mehrere Gräber zerstört. Dabei handelte es sich um Gräber von Opfern des sogenannten Blutsonntags, an dem die Faschisten zahlreiche AntifaschistInnen hinmetzelten. Selbstverständlich gibt es wieder keinerlei Hinweise auf die Täter.

Täter wiedererkannt

Taz 20.1.95 - Im Prozeß um den Überfall aus das Flüchtlingsheim in Thale hat am 19. Januar '95 eine Zeugin einen der Täter wiedererkannt. Die Vietnamesin beschuldigte den Mann der versuchten Vergewaltigung. Im Oktober '92 hatten jugendliche Rechtsradikale das von 50 VietnamesInnen bewohnte Asylheim angegriffen.

Prozeß in Magdeburg

BeZe, JW, ND 31.1.95 - Der sogenannte „Elbterrassen-Prozeß" wird neu aufgerollt. Seit dem 30. Januar '95 steht in Magdeburg der 23jährige Skinhead **Frank F.** aus Wolfsburg vor dem Landgericht. Ihm wird vorgeworfen, im Mai 1992 bei einem Überfall von 60 Neonazis und rechten Skins auf eine Punk-Geburtstagsparty einen der anwesenden Punks mit einer Baseballkeule verletzt zu haben. Frank F: wurde we[illegible] versuchten Totschlags bereits zu sechs Jahren Haft verurteilt, jedoch hob der Bundesgerichtshof diese Verurteilung wieder auf. Die Begründung der Bundesrichter: Der Angeklagte hätte nicht unbedingt billigend den Tod eines Menschen in Kauf genommen, eventuell hätte er diese Gefahr nicht erkannt... Der BGH verdonnerte das Landgericht Magdeburg nun, unter anderem diesen Punkt genauer zu behandeln. Schon zu Beginn des Prozesses gab es einen Eklat, denn das Gericht weigerte sich, neun der damaligen Opfer als NebenklägerInnen zuzulassen. Die Nebenklage hat das Recht, nicht nur dem Prozeß beizuwohnen, sondern auch selber einzugreifen, z.B. mit Fragen an den Angeklagten oder an Zeugen. Die Begründung für die Ablehnung der Nebenklage war, daß ja nicht sicher sei, daß der Angeklagte jemanden der Neun geschädigt habe. Das ist aber als ein Vorwand anzusehen, da ja der Prozeß gerade diese Frage - wen hat Frank F. „geschädigt" - klären soll. Bisher gilt nur als sicher, daß er mindestens einer Person mit dem Baseballschläger ins Gesicht geschlagen hat.

Schleswig-Holstein

Synagogenbrandstifter „geistesschwach“

SZ 17.2.95 - Einem Gutachten zufolge haben die beiden jüngsten Angeklagten im Prozeß um den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge teilweise das Niveau eines geistig Behinderten. Ein Sachverständiger für Jugendpsychiatrie erklärte vor dem Oberlandesgericht in Schleswig, daß die Intelligenz der Angeklagten „im Bereich der Idiotie“ läge.

Thies Christophersen wieder in Deutschland

SZ [illegible]2.95; bnr - Am deutsch-dänischen Grenzübergang Kupfermühle sind rund 2.500 Zeitschriften mit rechtsextremen Inhalt beschlagnahmt worden, vor allem Ausgabe der Zeitung ***Die Bauernschaft***, diem von **Thies Christophersen** herausgegeben wird. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Flensburg hielten BGS-Beamte einen Kleinlaster an, mit dem im Auftrag von Christophersen Möbel transportiert wurden. Ziel des LKWs war das Dorf Mohrkirch im Kreis Schleswig-Flensburg, aus dem Christophersen 1986 flüchtete, um eine achtmonatige Haftstrafe nicht antreten zu müssen. Offensichtlich macht er nun seine Ankündigung wahr, wieder nach Deutschland zurückzukehren, nachdem er in Kollund vom massiven Protest der Bevölkerung verjagt wurde. Zwischenzeitlich kam er gegen Weihnachten '94 bei einem alten Kameraden in dem dänischen Ort Gundbjerg unter, was dort aber ebenfalls Proteste auslöste. Der ehemalige SS-Angehörige, der im KZ Auschwitz tätig war, hat in der Bundesrepublik zwei Haftbefehle offen, die aber eventuell aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht vollstreckt werden.

Polizisten unter Verdacht

JW 11.2.95 - Zwei Polizisten stehen unter Verdacht, ein Ehepaar aus dem Sudan mißhandelt zu haben. Gegen die Beamten sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, bestätigte die Kripo. Die Flüchtlinge, die Strafanzeige erstattet haben, sagten aus, von den Polizisten am 29. Dezember '94 bei einem Zwangsumzug von einem Flüchtlings- in ein Obdachlosenheim nach Bad Bramstedt geschlagen worden zu sein. Der Frau wurde der rechte Arm gebrochen, der Mann erlitt Prellungen.

„Deutsche Liga“ hat gewählt

bnr 3/95 - Im Dezember '94 fand der 4. Landesparteitag der ***Deutschen Liga (DL)*** statt. In den neuen zehnköpfigen Landesvorstand wurden als gleichberechtigte Sprecher **Ingo Stawitz** (MdL), **Ingo Schachtschneider** (MdL) und **Armin Lenzer** gewählt. In den neuen Sprecherrat wurden gewählt: **Ralf Zuchtmantel, Sven Sievers** und **Kurt Struve**.

Thüringen

Nazi-Schmierereien

SZ 6.2.95 - „Unbekannte Täter“ haben nach Mitteilung der Polizei in mehreren Städten Thüringens Geschäfte und eine Trafostation mit antisemitischen und nationalsozialistischen Parolen beschmiert. Zudem haben in Ilmenau sechs bis acht Männer mit kurzgeschorenen Haaren und Springerstiefeln bei einem Gaststättenbesuch „Heil Hitler“ gebrüllt und den Hitler-Gruß gemacht, In Pößneck sprühten Nazis mit gelber Farbe auf zwei Scheiben eines Geschäftshauses Hakenkreuze. In Ilmenau beschmierten ebenfalls Unbekannte die Scheiben eines Imbisses mit Nazisysmbolen. In Arnstadt wurden ebenfalls faschistische Parolen und Zeichen geschmiert.

Nazi-Angriff gegen Frau

SZ, WaS 12.2.95 - Wegen ihres Protestes gegen Nazi-Lieder und faschistische Parolen ist eine Mutter mit zwei Kindern am 11. Februar '95 im Zug auf der Strecke zwischen Meiningen und Erfurt von rechtsradikalen Jugendlichen angegriffen worden. Wie die Polizei in Gotha mitteilte, schlug ein junger Rechtsradikaler die Frau und spuckte sie an. Beamte nahmen zwei 17jährige fest. Die Täter wurden nach Rücksprache mit dem Staatsanwalt, der keinen Haftbefehl beantragte, wieder auf freien Fuß gesetzt.

REPs in Thüringen

SZ 4.2.95 - Der Thüringer Verfassungsschutz will ab sofort die ***Republikaner*** mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Das Land dürfe bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht außen vor stehen, sagte Innenminister **Richard Dewes *(SPD)*** in Erfurt. Die REPs seien eine extremistische und verfassungsfeindliche Partei, die Menschen wegen ihrer „Rasse“, Nationalität und wegen ihres Glaubens diskriminieren. Nach eigenen Angaben haben die Republikaner in Thüringen rund 600 Mitglieder; das Innenministerium geht dagegen von 300-500 Mitgliedern aus.

International

Argentinien

Antifa in Argentinien

TATblatt 29 - In der südargentinischen Stadt Bariloche mehren sich die Proteste gegen ehemalige Nazi-Mörder. *„Wir können kein gutes Jahr 1995 haben, wenn ein Mörder unter uns lebt“.* Dieser Spruch wurde in der Neujahrsnacht an die deutsche Schule von Baroiloche gemalt. In dieser Stadt ließen sich 1945 eine große Zahl von deutschen Nazis nieder. Unter Hilfe des Vatikans und der Fluchthilfeorganistion ***Spinne*** fand auch **Erich Priebke** unterschlupf. Priepke, ehemaliger Stellvertreter des SS-Obersturmbandführers **Herbert Kappler**, ist oder war vorsitzende des Unterstützervereins dieser deutschen Schule. Rriepke steht derzeit unter Hausarest, weil bekannt wurde, daß er 1944 an der Ermordung von über 330 Menschen in Rom beteiligt war (siehe WGA #2). In Bariloche leben noch mindestens sieben weitere ehemalige Nazi-Mörder.

Belgien

"Vlaams Blok" in Flandern

NE 2/95 - **Filip Dewinter**, der amtierende Chef des faschistischen ***Vlaams Blok***, hat bekräftigt, den Kampf seiner Partei um die Unabhängigkeit Flanderns von Belgien auch in Zukunft fortzuführen. Zum Auftakt des Wahljahres in Belgien fordert er einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge und das Verbot öffentlicher Ämter für Ausländer. Außerdem warnte er vor der „islamischen Herausforderung“. Er sagte wörtlich: „Wir sind keine Rassisten, aber der Islam als Gottesdienst gehört nicht nach Europa.“ Der Vlaams Blok ist in Antwerpen mit 38% zur Zeit die stärkste Fraktion.

Auschwitz-Lüge strafbar

SZ 6.2.95 - Die erste Kammer des Belgischen Parlaments hat ein Gesetz verabschiedet, das das Leugnen von Nazi-Verbrechen unter Strafe stellt. Belgien wäre nach Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden der fünfte europäische Staat, wo dies strafrechtlich verfolgt wird, Vorraussetzung ist jedoch, daß der Senat dem Gesetz zustimmt.

Frankreich

Rechtes Radio

Taz 13.2.95 - Ein Moderator des Jugendsenders ***Fun Radio*** aus Paris bezeichnete das Konzentrationlager Auschwitz als „ein verlassenes Landhaus, bei dem das Dach repariert werden muß". Wegen dieser Bemerkung wurde er vom Mikrophon suspendiert. Der Sender ist schon wegen sexistischer Entgleisungen bekannt.

Norwegen

Neonazis festgenommen

FR, BZ 13.2.95 - Neonazis randalierten am Samstag, den 11.Februar 95 während einer Antirassisitschen-Demo in Oslo. Etwa 81 der Randalierer wurden daraufhin in einer Gaststätte festgenommen; die Polizei beschlagnahmte bei ihnen Waffen, Munition und „verbotene Gegenstände". Nachdem die Polizei die Personalien der Nazis aufgenommen hatte, wurden bis auf zwei Ausnahmen alle wieder freigelassen.

Österreich

Faschistische Morde

Infoblatt #29, Taz, Welt 7.2., FAZ 11.2.95 - Die faschistische Terrorwelle in Österreich ist nicht gestoppt, auch wenn mehrere ihrer Drahtzieher derzeit im Gefängnis sitzen: In der Nacht des 4. Januar '95 tötete eine Sprengladung nahe des Ortes Oberwart im Burgenland vier Roma im Alter von 18 bis 40 Jahre. Sie starben beim Versuch, eine Tafel mit der Parole „Roma zurück nach Indien!" zu entfernen. Die Sprengladung war mit einem Rüttelzünder gekoppelt und in Brusthöhe angebracht - offensichtlich, um zu töten. Die Bombe war so gebaut, daß sie nur diejenigen töten konnte, die sich schwer daran zu schaffen machen. Einen Tag später explodierte ein weiterer Sprengsatz im Nachbarort Stimatz, dabei wurde einem Kroaten die Hand abgerissen. Diese Anschläge sind nur zwei in einer langen Reihe von faschistischen Aktionen gegen AusländerInnen und Andersdenkende in Österreich. Spätestens seit Dezember 1993 weiß die Öffentlichkeit, daß der Neonazismus im Land mit Terrorismus gleichgesetzt werden muß: Damals wurden zehn Briefbomben verschickt, die vier Verletzte forderten und wegen denen derzeit einige Neonazis in Haft sitzen, u.a. **Franz Radl** und **Peter Binder**. In Österreich hat der Anschlag von Oberwart zwar einiges Entsetzen und Abscheu hervorgerufen - aber zu erwarten, daß daraus eine breite antinazistische Bewegung oder Grundstimmung entsteht, ist wohl doch zu unrealistisch. Das macht sich auch daran deutlich, daß es nur wenige Tausend Menschen für nötig hielten, sich an der Trauerfeier, der Beerdigung oder der Protestdemonstration zu beteiligen. Und auch von Staats wegen ist keinerlei antirassistische Initiative zu erwarten. Erste Erklärungen nach dem Mord sprechen eine deutliche Sprache: *„Vier Zigeuner wollten eine rassistische Tafel sprengen und haben sich dabei selbst getötet"*. Noch Stunden später war von einem „Unfall" die Rede, am Abend noch von „Unfall oder Attentat". Am späten Nachmittag dann folgte ein Großeinsatz der Polizei: 80 Beamte durchsuchten die Wohnungen der trauernden Angehörigen, als ob diese für den Anschlag verantwortlich seien. Schon bei der Briefbombenserie Ende '93, als alles auf Faschisten als Täter hindeutete, wühlten die „Sicherheitsbehörden" erstmal bei Serben und Bosniern. Als im August '94 in Klagenfurt an der zweisprachigen Minderheitenschule eine Rohrbombe einem Polizisten den Arm zerfetzte, verwies der Innenminister auf das „Rotlichtmilieu". In den meisten dieser Fälle - so auch bei den erneuten Anschlägen mit den vier Toten - bekannten sich die Faschisten selbst dazu. Meist unter wechselnden Namen, die jedoch immer einen historischen Bezug herstellten. Vor allem der Name ***Bajuwarische Befreiungsfront (BBF)*** tauchte immer wieder auf, mit verschiedenen Zusätzen wie „Kommando Herzog Oadilo von Bayern" oder „Friedrich II., der Streitbare, Herzog von Österreich, Steiermark und vier Burgenland" usw. Ein wesentlicher Baustein zur Entschlüsselung der terroristischen Zellenstruktur, die hinter den Attentaten steht, dürfte der Waffenfund von Traunstein darstellen. Das bayerische Landeskriminalamt fand bei 27 Nazis das „größte Waffenlager seit 20 Jahren": 4 Maschinengewehre, 35 Maschinenpistolen, 92 Gewehre, 70 Pistolen, 40 Handgranaten, 8 Kilo Plastiksprengstoff, 100 Zünder und 22 Kisten Munition. Die Zelle, die dabei aufflog, stammt ursprünglich aus der verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** und nannte sich nach dem Verbot im Dezember '92 ebenfalls „Bajuwarische Befreiungsfront". Die Traunsteiner NF-Truppe besteht laut Unterlagen aus der Szene aus 50 Mitgliedern, davon „über ein Dutzend knallharter Kader", so die Zeitung „News" aus Österreich.

Krainer bewirbt Nazi-Verlag

AN 3/95 - Der steirische Landeshauptmann, **Josef Krainer II.**, ließ es sich nicht nehmen, dem Grazer ***Stocker-Verlag*** Räumlichkeiten zur Präsentation zur Verfügung zu stellen. Bereits im November '94 nahm Krainer höchstpersönlich an einer solchen Präsentation teil. Der Stocker-Verlag, der sich auf sog. revisionistische Literatur spezialisiert hat, hat einen festen Platz in der rechtsextremen Szene Österreichs. In dem Verlag erschienen Bücher des britischen Nazi und Gaskammern-Leugners **David Irving**. Bei Stocker publiziert auch **Theodor Mayer**, Führer des ***Vereins für die Heimkehrgedenkstätte Ulnchsberg*** aus Kärnten. Dieser Verein organisiert jährliche Treffen ehemaliger ***Waffen-SS***-Angehöriger, bei denen laut Polizei Vorbereitung zu den Briefbomben-Attentaten besprochen und durchgeführt worden sind. Die Wertschätzung der Arbeit **Ilse Dvorak-Stockers** in rechtsextremen Kreisen ist derart hoch, daß ihr der ***Verein Dichterstein Offenhausen*** im Jahr 1985 den ***Joseph Hieß Gedenkpreis*** verlieh.

Nazi-Aktionen

TATblatt 29, JW 27.1.95 - In Micheldorf, Kärnten, wurden in eine Kabine eines Sportvereins Hakenkreuze und Nazi-Sprüche geschmiert.

In Wolfurt, Vorarlberg, wurde in der Nacht zum 15. Januar ´95 die Hauptschule mit Hakenkreuzen und Nazi-Parolen beschmiert.

In Schrems, Niederösterreich, wurde in der Nacht zum 23. Januar ´95 ein Brandanschlag auf ein türkisches Lokal verübt. Durch ziemliche Dummheit der TäterInnen entstand kaum Sachschaden. Zwei Neonazis aus Potsdam wurden am 25. Januar am Grenzübergang Hörbranz, ebenso Vorarlberg, während der versuchten Einreise in die BRD verhaftet. Gegen einen der beiden ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Totschlags.

Keine Richter

TATblatt #29 - Für den Prozeß gegen **Hans-Jörg Schimanek** jun., den mutmaßlichen „militärischen Leiter" der Naziorganisation ***VAPO (Volkstreue Außerparlementarische Opposition)***, vor dem Wiener Landgericht konnte bislang kein Richter gefunden werden. Bis auf eine Richterin, die bereits das zweite Verfahren gegen den Nazi **Göttfried Küssel** leitet, konnte kein Richter gefunden werden, der sich nicht für befangen hält. Der Grund: Schimanek Sen. ist derzeit Abgeordneter der ***Freiheitlichen*** (ehemals ***FPÖ***) in Niederösterreich hatte seine Zeit als ORF-Redkteur besonders gute Kontakte zu den Wiener RichterInnen. Das Verfahren wird nach Feldkirchen verlegt.

Italien

Faschisten wechseln die Fassade

JW 28.1.95 - Am 27. Januar 1995, genau 50 Jahre nach der Befreiung des KZs in Auschwitz, hat sich die faschistische italienische Partei ***Movimento Sociale Italiano (MSI*** *- Italienische Sozialbewegung)* auf ihrem 17. und letzten Kongreß aufgelöst und heißt seit dem 29. Januar ***Alleanza Nazionale (AN*** *- Nationale Allianz)*. Schon seit einem Jahr existierten MSI und AN nebeneinander, waren aber von den Personen und der Struktur her praktisch identisch. **Gianfranco Fini**, Chef beider Parteien, ist er Urheber des Namenswechsels und will die AN so in eine geläuterte moderne rechte Partei nach französischem Vorbild wandeln. Dazu muß je-

doch zumindest für die Öffentlichkeit den Teil des ideologischen Ballastes der MSI, der sich immer offen auf die Tradition des Faschismus berufen hat, abgeworfen werden. Bis kurz vor Weihnachten '94 stellten die Faschisten fünf Minister in der Regierung **Berlusconi** und haben nach fast 50 Jahren parlamentarischer Opposition erstmals den Sprung in die Regierungsverantwortung gewagt. Für Fini ist die AN die Partei des nächsten Jahrtausends. Der Faschistenführer erfreut sich einer großen Beliebtheit in der Bevölkerung, und seine Partei ist im Aufwind. Der Faschismus sei vor 50 Jahren untergegangen, so Fini, während der Antifaschismus fortbestanden habe. Beide hätten sich heute als historisch überholt erwiesen, der MSI habe seine Aufgabe erfüllt. Tatsächlich nährte sich die faschistische Partei im Nachkriegsitalien vom massiven Antikommunismus des Kalten Krieges, angeheizt vor allem von den Christdemokraten. Mit dem Fall der Mauer und der Läuterung der kommunistischen PCI schien a[illegible] für die MSI die Zeit reif. Das Gegenteil ist der Fall: Die Faschisten standen kurz davor, in Rom und Neapel die Bürgermeister zu stellen und sind dann in die Regierung eingetreten. Auf dem Kongreß des MSI sind keinerlei Eingeständnisse von Fehlern in der Parteigeschichte zu vernehmen, obwohl verschiedene rechte Terrorgruppen in den 60er und 70er Jahren direkt von MSI-Mitgliedern gegründet oder sich dort die ideologische Schulung geholt haben. Zum Beispiel **Pino Rauti** (70), Gründer von ***Ordine Nuovo*** (Neue Ordnung) und verantwortlich für Sprengstoffanschläge. Rauti hatte persönlich in der italienischen sozialen Republik (1943-45) gekämpft, die mit Unterstützung der Nazis die Wurzeln des Faschismus bewahren wollte. Pino Rauti hat sich deshalb auf dem Kongreß auch vehement gegen die Auflösung des MSI ausgesprochen und zahlreiche Änderungsanträge zu den von Fini vorgelegten AN-Thesen angebracht. Für Rauti ist unbestritten, daß die Diktatur **Mussolinis** notwendig gewesen sei und Italien vor dem Bolschewismus gerettet habe. Demokratie sei nur ein Mittel, kein Prinzip oder Ziel, so einer der Änderungsvorschläge. Rauti denkt gar an ein strategisches Bündnis mit den Kommunisten, um den „Liberalkapitalismus" gemeinsam zu bekämpfen. Er will auch jene Kräfte um sich sammeln, die eine Auflösung des MSI ablehnen. Laut Fini hat sein Widersacher Rauti den Zug der Zeit verpaßt. Unbestritten ist jedoch, daß sich auch der Sekretär des MSI nicht zu einer deutlichen Verdammung des Faschismus durchringen konnte, sondern immer wieder den Vergleich mit dem Antifaschismus strapazierte, der kein Wert an sich und instrumentalisiert worden sein soll. Herausgestellt wurden hingegen Werte wie Familie, Leben und Gott. Besonderen Wert legte Faschistenchef Fini auch auf eine deutliche Verdammung von Rassismus und Antisemitismus, sicherlich ein Signal vor allem ans Ausland. Der Namenswechsel von MSI zu AN auf dem Parteikongreß in Fiuggi bei Rom ist vor allem ein großes (Medien)-Spektakel, daß den guten Willen der MSI bzw. AN unterstreichen soll, endlich vom Faschismus zu lassen. Die Fassade ist jedoch zu dick aufgetragen, als daß man hier nicht zweifeln müßte. Die kulturellen Werte der faschistischen Basis bleiben trotz des Kongresses erhalten: Nation, Autorität, Populismus sind weiterhin ein fruchtbarer rechter Boden, auf dem AN wachsen kann. Eine Auswechselung der Parteispitze wird es nicht geben, die Mitglieder bleiben dieselben, die Organisationsstruktur des MSI wird übernommen. Dafür können neue Mitglieder gewonnen werden, die bislang das Stigma des Faschismus scheuten. Und als Relikt bleibt der neualten Partei auch das MSI-Symbol, die Flamme: Finis Zugeständnis an die faschistische Basis, die ihm jubelnd unterAusruf seines Namens dankte. Wie in alten Zeiten.

POLEN

Ghetto-Denkmal geschändet

ND 3.2.95 - In Warschau haben Unbekannte in der Nacht des 2.2.95 das Denkmal für die Opfer des jüdischen Aufstandes in Warschau gegen die deutschen Besatzer beschmiert. Nach Polizeiangaben schrieben die Täter auf deutsch die Worte „Juden raus" und andere antisemitische Sprüche auf das Denkmal.

Auschwitz-Gedenken

BeZe 30.1.95 - Am 29./30. Januar '95 fanden in Polen mehrere Gedenkveranstaltungen anläßlich des 50. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz statt. Dabei kam es zum Eklat, weil es keine gemeinsame Feier mit den jüdischen Häftlingen bzw. zu den jüdischen Opfern der Vernichtung geben sollte. Dies mußte seperat geschehen. **Ignatz Bubis**, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland warf der polnischen Regierung unterschwelligen Antisemitismus vor. Schon bei der Vorbereitung der Gedenkfeier in Auschwitz-Birkenau habe man es an Sensibilität fehlen lassen, sagte er. Am Rande der Veranstaltungen kam es wiederholte Male zu antisemitischen Äußerungen, u.a. auch von Vertretern der polnischen Regierung, die z.B. meinten, daß die Welt die Judenverfolgung 50 Jahre lang überbewertet habe. Es seien schließlich auch viele Polen in den KZs ermordet worden.

Die Bundestagspräsidentin **Rita Süssmuth** dankte den Überlebenden des Konzentrationslagers persönlich dafür, daß sie eine Brücke zwischen den Opfern und dem Volk der Täter gebaut hätten. Papst Johannis Paul II. verurteilte ebenfalls den Antisemitismus und appellierte an die Welt, kein weiteres Auschwitz zuzulassen. Der Pope sagte, Auschwitz sei „ein Triumph des Bösen"...

RUSSLAND

Schirinowski droht

Taz 1.2.95 - Auf einer nichtöffentlichen Anhörung des Europarats zur Lage in Tschetschenien rastete der russische Delegierte **Wladimir Schirinowski** aus. Zum Ende der Sitzung sprang er plötzlich von seinem Platz auf und begann den Menschenrechtler **Sergej Kowaljow** zu beschimpfen. Umringt von zehn Leibwächtern und mit hochrotem Kopf bezeichnete er Kowaljow „Lügner", „Verräter" und „Ungeziefer", dessen Platz im Konzentrationslager sei. Er deutete auch auf andere Abgeordnete und schrie ihnen Drohungen zu. Die Niederländerin **Elisabeth Baarveld-Schaman**, die die Anhörung leitete, forderte die Saaldiener auf Schirinowski aus dem Raum zu entfernen was diesen aber trotz der Hilfe einiger Abgeordneter nicht gelang. Der Sprecher der Sozialdemokraten, **Robert Andretter** sah die Sache gelassen, im war viel wichtiger was Kowaljow gesagt hat. Dieser bat die Abgeordneten, Russland trotz des Krieges in Tschetschenien nicht allein zu lassen. Moskau brauche zur Zeit Druck und Freundschaft. Er vertrat die Meinung, die ursprünglich für Mai vorgesehene Aufnahme Russlands in den Europarat zu verschieben.

SCHWEDEN

„Mein Kampf"

AN 3/95 - Der schwedische Schriftsteller Verband hat in Stockholm gegen deutsche Versuche protestiert, die Herausgabe von **Adolf Hitlers** Buch ***Mein Kampf*** in dem skandinavischen Land zu verhindern. Das Bundesland Bayern, Besitzer der Urheber- und Verlagsrechte, hat über die deutsche Botschaft in Stockholm eine einstweilige Verfügung gegen den schwedischen Verlag ***Hägglund*** erwirkt und die Restauflage der Neuausgabe von 1993 beschlagnahmen lassen. Ein Strafverfahren gegen Hägglund läuft.

SCHWEIZ

Schweizer Rechtsaußen-Szene

bnr 2/95 - Am 25.September '94 haben die Schweizer mit einem knappen „Ja" der Einführung von Strafbestimmungen gegen Rassendiskriminierungen in das schweizer Strafgesetzbuch, beziehungsweise das Militärstrafgesetz zugestimmt, nachdem sie vom Bundes- und Ständerat einstimmig, von Nationalrat mit einer erdrückenden Mehrheit von 114 gegen 13 Stimmen, gebilligt wurden. Die neuen Gesetze sollen ethnische und religiöse Minderheiten vor Diskriminierungen schützen. Damit ist die Schweiz dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung von jeder Art von Rassendiskri-

minierung beigetreten. Dadurch kann in der Schweiz jetzt unter anderem das Leugnen des Holocaust (Auschwitzlüge) strafrechtlich verfolgt werden. Die Gesellschaft ***Minderheiten in der Schweiz*** und die ***Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus*** legten nun in vierter Auflage eine Einschätzung und Chronologie der rechtsextremen Szene in der Schweiz vor. Im Jahr 1987 registrierte die Broschüre 67 rassistisch motivierte Übergriffe. Danach ist ein beträchtlicher Anstieg auf 109 Straftaten im Jahr 1991 zu beobachten. Im Jahr 1993 sank die Zahl um die Hälfte ab, um inzwischen wieder leicht anzusteigen. Bis Ende Juli 1994 wurden 34 Übergriffe gemeldet. Bis in die 80er Jahre haben die schweizer Faschisten ihre Aktivitäten hauptsächlich außerhalb der Öffentlichkeit stattfinden lassen. Erst seit der 80er seien sie, mit einem an 1920 und 1930 erinnernden Terror auf die Straße gegangen. 1989 war der erste Tote, ein Kurde, zu beklagen. Anders als in Deutschland, gibt es in der Schweiz eine Dachorganisation aller ultrarechten Organisationen, die ***Nationale Koordination***, deren maßgeblicher Kopf **Gaston Armand Amaudruz** ist. Dieser stellt zugleich die Verbindung zum europäischen Rechtsextremismus dar. Bis auf den Einzelgänger **Eric Weber** haben die Rechten aber noch nicht den Einzug in die Parlamente geschafft. Nach einer Studie von 1992 hat jedeR vierte SchweizerIn Verständnis für die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlinge. Nach einer früheren Studie ist jeder zweite Realschüler dafür, Ausländer und Gastarbeiter möglichst schnell wieder in ihre Heimat zurückzuschicken.

Nazi-Zeitung eingestellt

bnr 3/95 - Zum Jehresende 1994 wurde die Nonazi-Zeitung ***Eidgenosse*** eingestellt. Dies verkündete nach dem 18. Jahrgang der Verleger **Max Wahl**. Wahl, in Deutschland verurteil wegen Volksverhetzung und aufstachelung zum Rassenhaß, gab in der letzten Ausgabe der revisionistischen Neonazi-Postille folgendes bekannt:

„(...) Unser Kampf gegen das Polit-Verbrechertum, gegen Geschichtsfälschung und vor allem gegen die ewige Verleumdung unseres großen deutschen Brudervolkes hat vor allem jene Kreise in Aufregung versetzt, die für die weiteren Besetzung Deutschlands durch amerikanische Truppen, für die besatzungskommissarische Macht bestimmter Juden und für die unaufhörliche Abschöpfung des deutschen Fleißes zugunsten jüdischer Interessen verantwortlich sind."

Tschechien

Skins schlugen Roma nieder

JW 24.1.95 - Etwa zehn tschechische Nazi-Skins haben in der Stadt Plzen einen Roma zusammengeschlagen. Der 16jährige erlitt eine Gehirnerschütterung und Platzwunden am Kopf und wurde am rechten Auge verletzt. In den letzten Monaten hat es wieder vermehrte Angriffe von Rechtsradikalen auf Roma und Dunkelhäutige gegeben.

Syrien

Nach Abschiebung Haft

Taz 11.2.95 - Der am 10. Februar '95 nach Damskus abgeschobene **Ashrem Hanna** wurde sofort nach seiner Ankunf inhaftiert. Der ***Arbeitskreis Asyl*** informierte, daß Hanna dierekt vom Flughafen vom Geheimdienst abgeführt wurde, über den derzeitigen Verbleib herrscht Unklarheit.

Antifa-Kontaktadressen

Folgende Adressen sind die offiziellen Anschriften von Antifagruppen, hauptsächlich aus der Bundesrepublik. Falls bestimmte Adressen fehlen, können sie uns zugesandt werden, wir werden sie dann in einigen Monaten gesondert als Zusatz veröffentlichen. Die hier abgedruckten Adressen sind nach Postleitzahlen sortiert. Diesmal sind die Gruppen aus den PLZ-Bereiche 7 bis 9 sowie ausländische Adressen berücksichtigt. Die Adressen der PLZ-Bereiche 0 bis 6 wurden schon in der vorigen Ausgabe abgedruckt.
In der nächsten Nummer der **Was geht ab?** wird es eine Auflistung von Kontaktadressen rechtsextremer Organisationen und Parteien geben, bitte schicke uns entsprechende Anschriften, wenn Du welche hast und denkst, daß wir sie noch brauchen. Aber: Alle wichtigen Organisationen und Parteien der radikalen Rechten sind natürlich schon drin.

PLZ-Bereich 7...:

70173	Stuttgart	Antifa-Café Stuttgart	c/o Infoladen, Neckarstr. 73
70199	Stuttgart	Antifa A	c/o Infoladen Heslach, Mörikestr. 69
70199	Stuttgart	AJF Stuttgart **	c/o Infoladen Heslach, Mörikestr. 69
70199	Stuttgart	Alexander	c/o Infoladen Heslach, Mörikestr. 69
70199	Stuttgart	JRE Stuttgart	Böblinger Str. 92
70795	Filderstadt	Antifa-Café Filderstadt	c/o Jugenzentrum Z, Tübinger Str. 54
72072	Tübingen	Antifant	c/o Infocafé, Schellingstr. 6
72072	Tübingen	Antifa-Hauscafé Grenzenlos	c/o Infocafé, Schellingstr. 6
72072	Tübingen	Avanti-Redaktion	c/o Infocafé, Schellingstr. 6
72072	Tübingen	TANZ-Redaktion	c/o Infocafé, Schellingstr. 6
72437	Albstadt	Antifa-AK Albstadt	ZK-Tüten, Postfach 1441

72622	Nürtingen	Antifaschistische Aktion	c/o SJR, Bahnhofstr. 13
72622	Nürtingen	Antifa Köngen	c/o SJR, Bahnhofstr. 13
72709	Reutlingen	AAR	c/o Zelle, Postfach 1952
74523	Schwäbisch Hall	EPIs Schwäbisch Hall *	c/o Club Alpha 60, Pfarrgasse 3
74523	Schwäbisch Hall	Aktion NOTEINGANG	c/o Club Alpha 60, Pfarrgasse 3
76131	Karlsruhe	EPIs Karlsruhe *	c/o Usta Uni / AK Antifa, Adenauerring 7
76149	Karlsruhe	Trafo-Häusle	Stadtjugendausschuß, Teutschenreuter Str. 54
77652	Offenburg	Antifa-Info Offenburg	Postlagernd
77652	Offenburg	Antifa Offenburg	Postlagernd
77686	Kehl	Fraz-Redaktion	Kork, Postfach 51
77886	Lauf	KSS / EPIs Baden *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
78180	Donaueschingen	EPIs Donaueschingen *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
79009	Freiburg	JRE Freiburg	Postfach 908
79100	Freiburg	Antifa Freiburg	c/o ADW, Kronenstr. 16 HH
79166	Donaueschingen	Muflon-WG	Villinger Str. 17
79540	Lörrach	Infostockwerk Antifa	Postfach 2534
79576	Weil am Rhein	EPIs Weil *	Postfach 1334
79618	Rheinfelden	EPIs Rheinfelden *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
79650	Schopfheim	Info-AG	c/o Café Irrlicht, Bahnhofstr. 3
79650	Schopfheim	In-Antifa	c/o Café Irrlicht, Bahnhofstr. 3
PLZ-Bereich 8...:			
80469	München	Fantifa München	c/o Kofra, Baaderstr. 30
80[illegible]	München	Komitee gegen Rassismus	c/o Asta GSU, Leopoldstr. 15
81667	München	Neue Antifa-Jugendgruppe	c/o Infoladen Kellergeist, Breisacher Str. 12
87600	Mindelheim	EPIs Mindelheim	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a
88131	Lindau	JRE Lindau	Postfach 3347
88190	Ravensburg	Antifa Ravensburg	c/o Bunte Hilfe, Postfach 2029
88213	Ravensburg	Antifa-Jugend Ravensburg	Postfach 2029
89520	Heidenheim	Infocafé Midian	Schnaitheim, c/o Tuc Tuc, Lammstr. 40
PLZ-Bereich 9...:			
90402	Nürnberg	Antifa-Plenum Nürnberg	c/o KOMM, Königstr. 93
90402	Nürnberg	AJF Nürnberg	c/o KOMM, Königstr. 93
90402	Nürnberg	Fantifa Nürnberg	c/o KOMM, Königstr. 93
90403	Nürnberg	Antifa Die Ratten	c/o Libresso, Peter-Vischer-Str. 25
90403	Nürnberg	Muflons gegen Rechts ****	c/o Libresso, Peter-Vischer-Str. 25
90403	Nürnberg	Rabaz Redaktion	c/o Radio Z, Hintere Ledergasse 10
90439	Nürnberg	ABIDOZ ***	Rothenburgstr. 106
90762	Fürth	Fürther Antifa Michels	c/o Kofferfabrik, Lange Str. 81
91004	Erlangen	DFG/VK - AFF	Postfach 1407
91052	Erlangen	Antifa Erlangen	Feldstr. 22
91054	Erlangen	Infobüro gegen Rassismus	c/o 3.-Welt-Laden, Neustädter Kirchenplatz 7
91[illegible]	Ebermannstadt	Antifa Hobb E22	Mittelschulweg 11
92259	Neukirchen	EPIs Neukirchen *	c/o Kopierladen, Peilsteiner Str. 6
93047	Regensburg	Jugendantifa Regensburg	c/o Infoladen, Engelburgergasse 12
94032	Passau	Antifaschistische Aktion ****	c/o BBS, Gottfried-Schäffer-Str. 6
94032	Passau	Antifa F	c/o BBS, Gottfried-Schäffer-Str. 6
96416	Coburg	Antifa Coburg	Postfach 2704
96450	Coburg	Jugendantifagruppe	c/o Juz Domino, Schützenstr. 1a
97082	Würzburg	Antifa-Café Würzburg	c/o Infoladen, Frankfurter Str. 87
97125	Wunsiedel	Fichtelgebirgs-Antifa *	c/o EPIs, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
98527	Suhl	Schwarzer Ast	c/o Alternatives Jugendzentrum, Gothaer Str. 105
99084	Erfurt	Antifa-Forum Erfurt	c/o Mainzerhof, Mainzerhofplatz 6
99338	Plauen	Antifa Plauen	c/o Eine Welt e.V., Postfach 98
99423	Weimar	Antifaschistische Aktion	c/o Infoladen, Gerbergstr. 1
Ausland			
A-1060	Wien	TATblatt	Gumpendorfer Str. 157 / 11
A-1070	Wien	Antifa-Nachrichten	Lindengasse 40
A-1100	Wien	Antifa 10	c/o GAJ-Favoriten, Pernerstorfer Gasse 42
A-1100	Wien	Antifa 11	Schneidergasse 15
A-1100	Wien	Antifa-Café Wien	Wielandgasse 2-4
A-1150	Wien	Antifa Wien	c/o Infoladen, Margaretengürtel 122-124 / 1 / Keller
A-5020	Salzburg	Aktion kritischer SchülerInnen	Averspergstr. 42
B-2000	Antwerpen	Verzeit	Kloosterstr. 5
B-9000	Gent	Radikale Antifa Aktie	Postbus 244
CAN-V5N 2S3	Vancouver B.C.	Antifascist Info	Box 35, 1744 Kings Way
CH-3000	Bern 16	SchülerInnen-AG Antifa	Postfach 179

CH-6006	Luzern	Antifa	Postfach 6347
CH-9003	St. Gallen	Antifa St. Gallen	c/o Grabenzeitung, Postfach 251
DK-1502	Kopenhagen V	Direkte Aktion	Postbox 303
DK-2200	Kopenhagen N	Rebel	Griffensfeldgade 41
DK-2200	Kopenhagen N	Demos-Butikken	Elmegade 27
E-01005	Posta-Kutxa	Herria Redaktion	Donostia - Gipuzkoa
E-08012	Barna BCN	Aena	Al Enemigo, Ni Agua, C/Perill No. 52
E-08012	Barcelona	Grup Antifa	c/o Perill, 52 Baixos
F-31030	Toulouse	Scalp Toulouse	c/o CERF, BP 4131
F-59000	Lille	Scalp Lille	c/o N.M.E., 23 rue Gosselet
F-59370	Mons en Barœl	A-Infos Humeurs Noires	c/o Federation, B.P. 79
F-75015	Paris	Reflexes Redaktion	14, rue de Nantevil
GB-London WC1N 3XX		Antifascist Action	Box BM1
GB-London WC1N 3XX		Fighting Talk	BM 1734
N-0103	Oslo	Antirasisk Senter	Postboks 244
NL-1000 AG	Amsterdam	Dwars-Antifa	Postbus 267
NL-1000 AK	Amsterdam	United	Postbus 413
NL-1040 KA	Amsterdam	Kafka	Postbus 59 043
NL-1073 TN	Amsterdam	NN	Van Ostadestr. 233 nn
NL-3507 LG	Utrecht	Antifa Utrecht	Postbus 13 287
NL-5611 GS	Eindhoven	Jongerendbond	Hooghuisstr. 29c
NL-6503 CK	Nijmegen	Radikale Antifa-Aktie	Postbus 31 420
NL-9701 BA	Groningen	Antifascisme Nieuwsbrief	Postbus 1027
PL-02792	Warszawa 78	RAAF	P.O. Box 45
PL-50900	Wroclaw 2	Anty Nazi Front	P.O. Box 771
PL-8579	Bydgodszcz 32	GAN	P.O. Box 93
S-14501	Nordsborg	Stoppa Rassismen	Box 29
USA-NY 10173	New York	Simon Wiesenthal Center	Ste. 633, 342 Medison Ave.

Anmerkungen: * = Stamm der Edelweiß-Piraten, ** = Mitglied der AJ/BZ, *** = Gruppe des Bundesweiten Antifatreffens, **** = AA/BO

Index der #4

Stichworte

Organisationen/ Medien

Personen

Orte

BRIEFE AN UNS...,

...die wir niemandem vorenthalten wollen (die Rechtschreibung wurde von uns nicht verändert):

„Sehr verachtete schwule Lesben und lesbische Bunten!
Macht es eigentlich Spas sich gegenseitig die ausgefallendsten Klamotten inden Aasch zu schieben? Sait ihr auf eure krankhaft-eklige Einstellung aigintlich Stols? Mainer Mainunk nach müste man oich alle auf eine einsame Insel werfrachten und selbige mit einer Riesentonne Lepraviren beschießen. Ihr widalichen Edelschaiß-Pis-Ratten! Schiebt euren Selptsthaß nicht auf die Welt und euch eure häßlichen billig in den Aasch. Nach dem Aaschbegatten sollte man oich fesseln und oire knallrot-wunden Hinterlöcher mit Franzbrantwein überschütten! Möge der libe Gott euch eure Aaschlöcher zutackern, für kräftigen Dünschiß sorgen, euch die Akkus in euren Vibratoren explodiren lassen und inden vohrgärten eurer Omas Kernkraftwerke aufbauen tun. Wir, die „Homojagtgesellschaft e.V." sind jedenfalls der Mainunk, das mittlerwaile die Aufstellung einer Homoverbrennungsanlage mehr als notwendig ist, um euch lastigem Kakalakenparasitengehopse den Garaus zu tun."
Rüdiger Coirsmeföt, Rheine

„Liebe Freunde!
Bei Erschaffung der Welt gab es das Gute und das Böse in der Welt. Die vielen Kriege und den Rassenhaß hat es gegeben weil man das Gute totschlagen wollte. Mit freundlichen Grüßen."
Winfried Ulrich, Dresden

In diesem Sinne...